Kinderehen: Sogar Neunjährige sind Opfer Seite 3

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland
Nr. 32 – 12. August 2016
Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro
C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Ist es Gelassenheit – oder blanke Inkompetenz? Kanzlerin Merkel gibt Rätsel auf

Bild: pa

Die Gestaltlose

Das Phänomen Merkel entzaubert sich selbst — der Unmut wächst massiv

Die Popularität von Kanzlerin Merkel stürzt dramatisch ab. Hat sie die Geduld der Deutschen endgültig überstrapaziert?

Von „Merkeldämmerung", von „sinkenden Stern" oder dem nahen Ende der Ära der amtierenden Kanzlerin war schon öfter die Rede. Jedes Mal konnte sich die CDU-Chefin wieder erholen.

Mit ihrem Sommerauftritt vor der Bundespressekonferenz nach der jüngsten radikal-islamischen Terrorwelle hat sich Angela Merkel jedoch in einen Abwärtsstrudel manövriert, der tatsächlich in ihr politisches Ende münden könnte.

Das hat gravierende Gründe: Nach den Anschlägen hat ein Gefühl von Bedrohung und Schutzlosigkeit um sich gegriffen, das nach energischem Regierungshandeln ruft. Denn dazu sind Staaten, sind Regierungen und ihre Organe — vor allem anderen — da: zum Schutz ihrer Bürger. Aus der Erfüllung dieser Pflicht leiten sie ihre Berechtigung ab, Macht auszuüben.

Merkel hat diesen Schutz für unnötig erklärt, als sie unter Missachtung der Gesetze die Grenzen öffnete für mehr als eine Million Menschen. Statt der staatlichen Pflicht zu folgen, sprach sie von der Notwendigkeit, „ein freundliches Gesicht zu zeigen", und redete den Willkommens-beseelten Deutschen ein, alles werde gut.

> Der Kanzlerin fällt nicht mehr ein als vor einem Jahr

Dann folgte mit Paris, Brüssel, Köln und schließlich den Anschlägen in Deutschland das böse Erwachen. Es wurde eben nicht gut. Und was sagt die Kanzlerin? Sie gibt sich bedrückt, deprimiert — aber was gedenkt sie zu tun? Dazu fiel Merkel, als sei nichts geschehen, nur wieder ihr „Wir schaffen das" ein und ein paar dürre Hinweise auf irgendwelche „Pakete", die man „auf den Weg gebracht" habe. Derartiges hören die Deutschen schon seit einem Jahr, während die Grenzen ebenso offen bleiben wie die Frage, wie diese Menschenmassen jemals „integriert" werden sollten. Wo doch selbst seit Jahrzehnten hier Lebende aus dem selben Kulturkreis auf einer Pro-Erdogan-Kundgebung in Köln gezeigt haben, dass sie kaum Interesse an Integration in Deutschland haben. Warum sollte bei Syrern, Irakern oder Afghanen alles besser laufen als bei Türken? Merkels Antwort am 28. Juli: „Wir schaffen das."

Kommentatoren fragen sich angesichts dessen, ob Merkel nicht in Wahrheit der größte Bluff der jüngeren deutschen Politik-Geschichte ist. Vielleicht will sie nicht nur nicht gestalten, sondern kann es gar nicht? Von taktisch motivierten Hauruck-Entscheidungen (wie dem Atom-Ausstieg nach Fukushima) abgesehen hat sie in elf Jahren Kanzlerschaft das Volk lediglich ruhig gehalten. Aus eigenem Antrieb Zukunftsweisendes gestaltet hat Merkel nichts. Nun überträgt sie ihre eigene Gestaltlosigkeit auf das ganze Land und löst den deutschen Staat quasi auf, macht ihn zum Niemandsland, in dem jeder schalten und walten kann. Die Deutschen sollen das einfach hinnehmen. Die Stimmen mehren sich, die das nicht mitmachen wollen. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Was zählt?

Mach, was wirklich zählt", heißt es auf Plakaten, mit denen die Bundeswehr seit Ende vergangenen Jahres um Nachwuchs wirbt. Zweifellos, der Dienst bei der Bundeswehr ist etwas, was zählt, sogar viel mehr, als es allgemein anerkannt wird. Und dennoch ist dieses Kampagnenmotto Ausdruck unverfrorener Borniertheit. Denn: Ist das, was andere Berufsgruppen leisten, etwa nichts, was zählt? Beispielsweise das, was die über 300 000 Polizisten für unser Land tun? Zumindest in den Augen von Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen nicht, jedenfalls nicht wirklich.

Andernfalls würde sie nicht immer wieder mit penetranter Vehemenz den Einsatz der Bundeswehr im Innern fordern. Das hat nicht nur etwas mit der ihr eigenen Profilierungssucht zu tun, sondern offenbart tiefes Misstrauen gegenüber der Polizei und eine fast schon beleidigende Geringschätzung von deren Arbeit. Die Lagen, in denen sie unbedingt ihre Truppe einsetzen will, sind Polizeilagen, die zu meistern die Polizei durchaus allein in der Lage ist. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass sie personell und materiell entsprechend ausgestattet ist.

Die diesbezüglichen Lücken lassen sich weder mit Soldaten noch mit Wehrgerät aufgabengerecht schließen. Der Einsatz gegen Terroristen erfordert Professionalität. Die hat der dafür nicht ausgebildete Soldat aber nicht, möge er auch noch so viele Stunden an einem Checkpoint in Afghanistan gestanden oder im Kosovo eine Brücke bewacht haben. Und ein Maschinengewehr ist im Innern auch nicht unbedingt das Mittel der Wahl. Ganz abgesehen davon ist die Bundeswehr bekanntlich nicht einmal mehr in der Lage, ihre eigentlichen Aufgaben zu erfüllen.

Auch noch korrupt

Geldwäsche-Ermittlungen gegen Familie Erdogan in Italien

Gegen den Sohn des türkischen Präsidenten, Bilal Erdogan, ermitteln die italienischen Justizbehörden wegen Geldwäsche. Die Ermittlungen begannen im Februar 2016 in Bologna, wo er sich seit August 2015 für ein Studium aufhält, das er 2007 unterbrochen hatte. Er soll große Geldsummen nach Italien geschmuggelt haben. Italiens Ministerpräsident Matteo Renzi reagierte gelassen auf die Verärgerung von Erdogan sen. über die Ermittlungen: „In diesem Land folgen die Richter dem Gesetz und der italienischen Verfassung und nicht dem türkischen Präsidenten. Das nennt man Rechtsstaatlichkeit", schrieb er im Kurznachrichtendienst Twitter.

Die Ermittlungen gegen Erdogan jun. beruhen auf Anschuldigungen von Murat Hakan Uzan, einem in Frankreich lebenden Großindustriellen und Kritiker von Präsident Erdogan. Uzan wirft Bilal Erdogan vor, sich mit dem Familienvermögen nach Italien abgesetzt zu haben, um das aus Korruptionsaffären stammende Geld dort reinzuwaschen.

Bereits Ende 2013 war Bilal Erdogan gemeinsam mit seinem Vater in einem Korruptionsskandal ins Visier türkischer Richter geraten. Damals tauchten Mitschnitte eines mutmaßlichen Telefongespräches zwischen Erdogan und seinem Vater auf, bei dem es darum ging, große Mengen Bargeld in Sicherheit zu bringen, sollte es dem Präsidenten nicht gelingen, die Ermittler zu stoppen. Nachdem die Istanbuler Staatsanwaltschaft im Dezember 2013 zunächst mehrere Verdächtige aus dem Umfeld der Regierung unter Korruptionsverdacht festgenommen hatte, wurden die Ermittlungen bald darauf eingestellt. Zuvor hatte Erdogan sen. mehrere daran beteiligte Polizisten und Staatsanwälte versetzen lassen.

Woher die Millionen der Erdogans stammen, ist unklar. Ein Teil soll aus illegalen Geschäften mit dem Iran unter Umgehung der Sanktionen kommen. Ende vergangenen Jahres beschuldigten russische Medien Bilal Erdogan außerdem, in Erdölgeschäfte mit dem IS verwickelt zu sein. *B.B.*

Olympia frisst seine Macher

Schöpfer der Spiele in Rio kaum mehr im Amt oder korrumpiert

Eröffnet wurden die Olympischen Spiele in Rio vom Vizepräsidenten Michel Temer – unter Pfiffen und Buhrufen. Die Fußballweltmeisterschaft und die Olympischen Spiele in Brasilien sind Produkte des großen Wirtschaftsbooms während der Amtszeit des sozialistischen Präsidenten Lula da Silva von 2002 bis 2010. Lula verstand es geschickt, durch große Sozialprogramme für die Armen und die Förderung von Großprojekten den Binnenkonsum anzukurbeln. Nutznießer dieses Booms war vor allem Brasiliens halbstaatlicher Ölriese Petrobras. Dessen Aufsichtsratsvorsitzende ist Staatspräsidentin Dilma Rousseff, die wegen Korruptionsvorwürfen ihr Amt ruhen lässt.

Weitere Profiteure dieser Großprojekte sind Brasiliens Bauriesen, die mit öffentlichen Aufträgen aufgebläht wurden. Diese werden auch als die „vier großen Schwestern" bezeichnet. Gemeint sind die Bauunternehmen Odebrecht, Andrade Gutierrez, Camargo Corrêa und OAS. Die Großprojekte brachten ihnen und auch vielen Politikern außerordentlich hohe Gewinne ein. Die „vier Schwestern", waren auch an dem von Petrobras geschmiedeten Erdölkartell der 70er Jahre groß beteiligt, häufig in gemeinsamen Konsortien. Alle vier Unternehmen waren auch mit direkten Verträgen mit dem Olympischen Komitee involviert. Der Verlierer ist die Bevölkerung.

Viele Politiker profitierten von diesen Machenschaften, allein gegen 50 Parlamentsabgeordnete laufen deshalb Korruptionsermittlungen. In den vergangenen zehn Jahren haben die „vier Schwestern" 154 Millionen Euro in Wahlkämpfe gepumpt. Wahrscheinlich ist auch Vizepräsident Temer in Korruption verwickelt. Der eigentliche Vater der Spiele, Lula da Silva, war zur Eröffnung nicht erschienen. Auch gegen ihn wird wegen Korruption ermittelt. Und Marcello Odebrecht, dessen Firmenimperium das Stadion Maracanã errichtet hatte, verfolgte die Eröffnungszeremonie von einer Gefängniszelle aus. Er war im März zu 19 Jahren und vier Monaten Haft verurteilt worden. *Bodo Bost*

MELDUNGEN

Ukrainer bei Asyl chancenlos

Berlin – Ende Juni waren beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) 6299 Asylverfahren ukrainischer Staatsangehöriger anhängig. Die Zahl der im ersten Halbjahr 2016 gestellten Asylanträge ukrainischer Staatsbürger lag bei 1474, von denen über 1292 entschieden wurde. Dabei kam es nach Angaben der Bundesregierung lediglich in zehn Fällen zur Anerkennung als Flüchtling, in sieben Fällen zur Gewährung von subsidiärem Schutz und in ebenfalls sieben Fällen zur Feststellung eines Abschiebeverbots, während sich die Zahl der Ablehnungen auf 570 und die sonstiger Verfahrenserledigungen auf 698 belief. Von Januar bis Mai 2016 wurden insgesamt 107 ukrainische Staatsbürger abgeschoben, davon 27 in die Ukraine. *J.H.*

Kim schickt Arbeitssklaven

Pjöngjang – Um seinen geringen Devisenbestand aufzubessern, schickt Nordkorea seit Jahren rund 53 000 seiner Untertanen ins Ausland, zumeist als einfache Arbeitskräfte. Rund 20 000 von ihnen werden gegenwärtig in Russland als Holzfäller eingesetzt, etwa 19 000 arbeiten in der Landwirtschaft und im Gaststättengewerbe Chinas, während es in der Äußeren Mongolei knapp 3000 Konstruktionsarbeiter sind. Nordkoreaner arbeiten aber auch in den Dschungelgebieten Malaysias, gleiches gilt für einige Staaten Afrikas. Sogar in Polen arbeiten gegenwärtig 400 bis 500 nordkoreanische Staatsbürger. Die Arbeitszeit beträgt zumeist bis zu 14 Stunden am Tage. Der offizielle Monatslohn beläuft sich durchschnittlich auf umgerechnet 700 US-Dollar (625 Euro), von denen die Arbeiter indes lediglich 150 (134 Euro) bis 200 US-Dollar (178 Euro) erhalten. Der Hauptanteil geht an die Regierung in Pjöngjang. Experten kommen zu der Ansicht, dass Nordkorea auf diese Art jährlich umgerechnet hunderte Millionen Euro einnimmt. *F.W.S.*

Sprach-Ukas für Bürgermeister

Riga – Der Bürgermeister der lettischen Hauptstadt Riga, Nils Usakovs, hat Ärger mit dem „Zentrum für Amtssprache in Lettland". In Riga nämlich ist es üblich, dass Verlautbarungen des Stadtrates in den sozialen Netzwerken auf Lettisch, Englisch und Russisch verbreitet werden; Russisch deshalb, weil es in Lettland eine sehr starke russische Minderheit gibt. Doch der Behörde gefällt das nicht und sie hat dem Stadtoberhaupt wegen des russischen Beitrags eine Geldstrafe auferlegt. Das wiederum scheint den Bürgermeister nicht zu berühren. „Es wäre empfehlenswert", erwiderte er, „wenn das Zentrum für Amtssprache sich mit Dingen befasst, bei denen etwas herauskommt; zum Beispiel darüber nachzudenken, wie man ‚Pokemon' auf Lettisch sagt. Sie taugen ohnehin zu nichts anderem." Er jedenfalls werde weiterhin mindestens drei Sprachen gebrauchen, wenn er etwas mitzuteilen habe. Das Zentrum wird sich auf eine seiner anderen Kernkompetenzen verlegen müssen: Es bestraft mangelnde Kenntnisse im Lettischen und das „unzureichende Benutzen der Sprache in Berufstätigkeit und Öffentlichkeit". *FS*

Anklage wegen britischen »Massakers«?

London soll sich nach dem Willen der Palästinenser wegen der Balfour-Deklaration vor Gericht verantworten

Um die Juden im Ersten Weltkrieg auf ihre Seite zu ziehen, sicherte der damalige britische Außenminister Arthur James Balfour am 2. November 1917 Lionel Walter Rothschild und den Zionisten die Unterstützung seines Landes zu bei der Errichtung einer „nationalen Heimstätte" der Juden in Palästina. Die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) hat sich nun an die Arabische Liga gewandt, die britische Regierung juristisch wegen dieser Deklaration zu verklagen.

Der Außenminister der Autonomiebehörde, Riyad al-Maliki, hielt im Auftrag von Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas auf dem 27. Gipfel der Arabischen Liga in der mauretanischen Hauptstadt Nouakchott eine Rede. In ihr sagte er: „Bald naht der 100. Jahrestag seit dem historischen Massaker unseres Landes. Mit der Balfour-Deklaration begann die Katastrophe unseres Volkes vor fast 100 Jahren. Wir fordern das Sekretariat der Arabischen Liga auf, die Autonomiebehörde zu unterstützen, gerichtliche Schritte gegen die britische Regierung in dieser Angelegenheit zu unternehmen."

Anschließend dankte Maliki den anderen arabischen Staaten, dass sie seit der Gründung des Staates Israel 1948 nicht aufgehört hätten, die palästinensische Sache zu unterstützen. Er warnte jedoch gleichzeitig arabische und afrikanische Staaten davor, ihre Beziehungen mit Israel vor einem endgültigen Friedensschluss und der Errichtung eines Palästinenserstaates in der Region zu normalisieren. In den letzten Monaten hatten nämlich einige afrikanische Staaten ihre seit 1967 beziehungsweise 1973 abgebrochenen Beziehungen zum Staate Israel wieder aufgenommen, darunter auch die mehrheitlich muslimischen Staaten Tschad und Niger. Begründet wurde dieser Schritt mit einer neuen Sicherheitspartnerschaft im Kampf gegen den islamistischen Terror, der immer mehr Staaten Westafrikas existenziell bedroht. Israel mit seinem Fortschritt in der Urbarmachung von trockenen Wüstengebieten hatte diesen Staaten nach ihrer Unabhängigkeit Anfang der 1960er Jahre Entwicklungshilfe geleistet.

> Die Palästinensische Autonomiebehörde fordert die Arabische Liga auf, sie bei einer Klage gegen Großbritannien zu unterstützen

Aber nicht nur afrikanische Länder sind an einer Sicherheitspartnerschaft mit Israel interessiert. Sogar das Königreich Saudi-Arabien, das gar keine diplomatischen Beziehungen zum Judenstaat unterhält, und Juden nicht einmal die Einreise in sein Land erlaubt, bemüht sich immer mehr Sicherheits-Kontakte zu Israel aufzubauen, weil längst der schiitische Iran als Hauptgegner gilt und nicht mehr der Judenstaat. Zuletzt hatte erstmals ein pensionierter saudischer General Israel besucht.



Auf dem 27. Gipfel der Arabischen Liga in Nouakchott: Außenminister Riyad al-Maliki Bild: pa

Während Israel jetzt mit einigen seiner Hauptgegner in der Region Kontakte aufnimmt, verschlechtern sich die Beziehungen mit seinem einstigen Geburtshelfer, Großbritannien. Die Liberaldemokratin, ehemalige Unterhaus- und heutige Oberhausabgeordnete Jenny Tonge prophezeite kürzlich, dass Israel kurz davor stehe vernichtet zu werden und machte das Land für den Anstieg des weltweiten muslimischen Dschihadismus verantwortlich. Laut Tonge sei die schlechte Behandlung der Palästinenser durch Israel Schuld am Anstieg des weltweiten islamistischen Extremismus, einschließlich des Islamischen Staates (IS). Israel habe durch seine Politik bei Generationen palästinensischer Jugendlichen den Hass gegen Juden und Großbritannien verursacht. Für diese Äußerung wurde Tonge von Marie van der Zyl in einer Rede verurteilt. Die Vizepräsidentin des Board of Deputies of British Jews (Abgeordnetenausschuss der britischen Juden), der bedeutendsten repräsentativen Körperschaft der britischen Judenheit, zu deren Präsidenten auch Lionel Walter Rothschild gehörte, appellierte an den Vorsitzenden der Liberaldemokratischen Partei, Tim Farron, Tonge wegen dieser Äußerungen aus der Partei auszuschließen.

Auch die Labour-Partei sieht sich in den vergangenen Monaten verstärkt mit Antisemitismus-Vorwürfen konfrontiert. Nicht alle Vorwürfe richten sich gegen muslimische Parteimitglieder. So hatte Vicki Kirby im Jahr 2014 als Kandidatin für einen Sitz im Parlament gesagt, der Islamische Staat solle Israel angreifen. Auch dass Juden „lange Nasen" hätten, behauptete sie auf ihren Tweets. Nach zwischenzeitlichem Ausschluss wurde Kirby wieder zugelassen und stellvertretende Ortsvorsitzende, nur um kurz darauf wegen weiterer Äußerungen wieder ausgeschlossen zu werden. Ein weiteres Labour-Parteimitglied sorgte auf Twitter-Post für Aufsehen, als er behauptete, Israel betreibe die Terrormiliz „Islamischer Staat".

Der Labour-Vorsitzende Jeremy Corbyn bezeichnete 2009 die sunnitische Palästinenser-Organisation Hamas und die schiitische Partei und Miliz im Libanon Hisbollah, die beide das Existenzrecht Israels bestreiten, als seine Freunde. Corbyn hatte Vertreter dieser Organisationen auch ins britische Parlament eingeladen. Er hält es für geboten, beide Organisationen, die er mit rechten israelischen Parteien vergleicht, in den Friedensprozess im Nahen Osten einzubinden. Nicht wenige sehen im Vorsitzenden die Ursache des Anwachsens der Kritik an Israel in der britischen Arbeiterpartei; von daher trauten sich viele Israel-Kritiker jetzt aus der Deckung. *Bodo Bost/PAZ*

Kuwait stellt Ultimatum im Jemen-Krieg

Sollten sich die Delegationen nicht auf einen Frieden einigen, droht ihnen die Ausweisung aus dem Emirat

Von den USA begonnen, im Westen aber kaum in den Medien präsent, dauert der Krieg im Jemen nun schon 16 Monate an. Es handelt sich dabei ebenso wie beim syrischen Beispiel um eine fälschlich als „Bürgerkrieg" bezeichnete militärische Auseinandersetzung, bei der ein Zwist von außen ins Land getragen wird, damit man dann, zum Segen der Demokratie und zum Nutzen der bedrohten Zivilbevölkerung, einschreiten kann mit Bomben und Kanonen, ganz im Sinne von Frieden und Menschlichkeit.

Mit von der Partie im Jemen ist Saudi-Arabien, Jemens Nachbar und enger Verbündeter der USA, Hüter des Glaubens, der in den Umtrieben etlicher Schiiten Gefahr erkennt für die Reinheit des Wahabismus, der Staatsdoktrin der sunnitischen Herrscher-Familie in Riad. Es hat sich aber nicht nur Saudi-Arabien gezwungen gesehen, über ein Bombardement hinaus im Jemen auch mit Bodentruppen für Ordnung zu sorgen, sondern auch die angrenzenden Emirate sahen sich in der Pflicht und wetzten ebenfalls die Säbel.

Nun aber scheint es so, als sei die größte Gefahr gebannt. Seit immerhin schon drei Monaten verhandeln die Konflikt-Parteien in Kuwait über einen Frieden. Die Fortschritte blieben aber bescheiden, sodass Mitte Juli der kuwaitische Unterhändler Khaled al-Jarallah ein Ultimatum setzte. Sollte vor dem 1. August kein Abkommen abgeschlossen sein, dann würden die Verhandlungspartner des Landes verwiesen. Folgsam setzte der UN-Sondergesandte im Jemen, Ismail Ould Sheik Ahmed, hinzu, dies könnte die „letzte Chance zum Frieden" sein.

Die Gespräche in Kuwait haken unter anderem daran, dass das Bündnis um den derzeitigen Präsidenten Ali Abdullah Saleh, das vom Iran gestützt wird, keine direkten Gespräche mit den Saudis führen kann, als deren Söldner Saleh seine Gegner auf der jemenitischen Walstatt betrachtet. Von einem Gespräch mit dem früheren Präsidenten Abed Rabbo Mansur Hadi verspricht sich Saleh nicht viel, und wahrscheinlich hat er damit Recht. Zu sagen hat Hadi nicht viel. Er muss sich sogar seinen Aufenthalt in Kuwait von den Saudis finanzieren lassen. Davon abgesehen halten sich diese bei den Verhandlungen deutlich zurück. Sie spielen auf Zeit in der Annahme, dass sich die Dinge zu ihren Gunsten entwickeln.

Doch was den Saudis recht ist, ist Saleh und den Huthi-Milizen billig. Sie standen nicht an, ebenfalls ein Ultimatum des Inhalts auszusprechen, dass, sollte Riad weiterhin den Jemen bombardieren, sie ihre Angriffe auf den Süden Saudi-Arabiens fortsetzen würden, Kanonaden der Millionen-Stadt Jizan eingeschlossen.

> »Letzte Chance zum Frieden«

Ziel der Saudis, die im Jemen ihren bisher größten Krieg führen, ist es, Hadi wieder als Präsidenten zu installieren, denn dann hätten sie eine genehme Marionette. Doch damit ist das politische Geflecht im Jemen noch nicht ganz durchsichtig. Denn als dritter Kriegsteilnehmer kämpft dort die AQAP, die „al-Kaida auf der jemenitischen Halbinsel". Während Saudi-Arabien den Norden des Jemens durch eine Seeblockade auszehrt, gelangt Nachschub mit allen benötigten Gütern vor allem aus den Emiraten in den Süden des Landes. Und dort ist die AQAP besonders stark.

Durch ihre Präsenz und ihr militärisches Gewicht ermöglichen es die Terroristen den US-amerikanischen Truppen im Lande, nunmehr der vierte Teilnehmer des „Bürgerkrieges", mit freiem Rücken gegen den Präsidenten Saleh und die Huthi vorzugehen. Der US-General Joseph Votel sprach am 15. Juli davon, dass die USA Pläne verfolgten, noch mehr Truppen im Jemen zu stationieren. Kann sein, dass es an der Abstimmung unter den Verbündeten fehlt, kann sein, dass eine Verstärkung der Amerikaner als das entscheidende Moment in der jetzigen Phase des Krieges betrachtet wird, gleichviel – jedenfalls erklärte der Kommandant der Vereinigten Arabischen Emirate am Tag darauf, dass für seine Bodentruppen der Krieg nun beendet sei.

Wie man – im Gegensatz zu den Gesprächen in Kuwait – am Verhandlungstisch erfolgreich sein kann, haben die Saudis Mitte Juli gezeigt. Ihr Land wurde von der „Schwarzen Liste der Kindermörder" der Vereinten Nationen gestrichen. Bei dieser Gelegenheit gaben die Saudis Einblick in das Regelwerk der UN. Sie erhielten das Zeichen der Unbedenklichkeit nicht deshalb, weil sie beim Jemen-Krieg mit einem Mal Rücksicht auf Zivilisten oder insbesondere Kinder nähmen, sondern weil sie drohten, die Beziehungen zu den UN abzubrechen und andere arabische Länder zum selben Schritt aufzufordern, was mit einer schweren finanziellen Einbuße für die Vereinten Nationen verbunden wäre.

Noch Tage zuvor hatte UN-Generalsekretär Ban Ki-moon erklärt, Länder wie Saudi-Arabien gefährdeten den Schutz von Millionen von Kindern in verschiedenen Kriegsgebieten. Sajjad Mohammad Sajid, der Länderbeauftragte von Oxfam, einem internationalen Zusammenschluss von verschiedenen Hilfs- und Entwicklungs-Organisationen für den Jemen, kommentierte: „Es scheint als ob politische Macht und diplomatische Ränkespiele schwerer wiegen als die Pflicht der Uno, diejenigen anzuprangern, die für den Tod und die Verstümmelung von mehr als 1000 Kindern im Jemen verantwortlich sind." *Florian Stumfall*

Zahl der Kinderehen in Europa steigt

Oberlandesgericht Bamberg beugt sich der Scharia und liefert 15-Jährige ihrem »Ehemann« aus

Handelte es sich bei der der Scharia genüge tuenden Entscheidung des Oberlandesgerichts Bamberg zur Kinderehe eines 21 und 15 Jahre alten Paares aus Syrien um einen Einzelfall, so wäre das juristisch nicht weniger gravierend, politisch aber vielleicht noch erträglich. Doch Fälle dieser beschriebenen Art werden immer mehr.

Ein gläubiger Moslem ist gehalten, in allem, was er tut und unterlässt, dem Beispiel des Propheten zu folgen. Das gilt fürs Krieg führen, dem Mohammed von seiner Erleuchtung an bis zu seinem Tode pausenlos oblag, ebenso wie für die Ehe mit teilweise unter zehn Jahre alten Mädchen. Dafür, dass der Prophet Aischa als seine jüngste Ehefrau geheiratet hat, als sie höchstens neun Jahre alt war, und die Ehe spätestens drei Jahre danach vollzog, gibt es mindestens ebenso zuverlässige Quellen wie für die Tatsache, dass der Erzengel Gabriel dem Analphabeten Mohammed die Texte diktiert hat, die seitdem als Koran das heilige Buch des Islam bilden.

Soweit, so gut, jedenfalls für den männlichen Gläubigen Allahs, insofern dieser in seiner levantinischen Heimat lebt, unbehelligt von der Strenge des europäischen Eherechts. Doch was soll geschehen, wenn der Jünger des Propheten in Europa lebt, ein Zustand, der sich mehr und mehr zur Normalität herauszubilden scheint?

Mit dem gewaltigen Strom an Zuwanderern, die Kanzlerin Angela Merkel ins Land gelockt hat, kommen nicht nur die so dringend benötigten Ärzte und Ingenieure sowie willige Financiers deutscher Renten in hellen Scharen ins Land, sondern ebenso ungehindert Gewalttäter oder aber minderjährige Mädchen, die daheim nach der Scharia als Kinder verheiratet worden sind.

Da sind sie nun im bayerischen Oberfranken wie beispielsweise ein junges Paar aus Syrien, er 21, sie 15 Jahre alt. Per Zufall sind sie in der Obhut der Berliner Rechtsanwältin Seyran Ates gelandet, einer Berliner Rechtsanwältin türkisch-kurdischer Herkunft, die selbst schon erheblichen Nachstellungen von islamischen Fanatikern ausgesetzt war. Sie sagt in einem Interview mit der vom staatlichen russischen Medienunternehmen Rossija Sewodnja gegründeten Nachrichtenportal Sputnik: „Die beiden sind nach Scharia-Recht verheiratet. Sie kommen aus einem Land, in dem das Heiratsalter nun mal geringer ist als in Deutschland. Jetzt stehen Jurisprudenz und Rechtsprechung natürlich vor großen Problemen. Erlauben wir das, würden wir Scharia-Recht annehmen.“

Nicht alle deutschen Gerichte teilen dieses Bedenken der Rechtsanwältin. Nachdem zunächst das Amtsgericht Aschaffenburg Stadt verfügt hatte, dass die beiden getrennt werden sollten, legte der Ehemann Beschwerde beim Oberlandesgericht Bamberg ein. Dieses hob den Beschluss auf, die 15-Jährige darf zu ihrem „Mann“ ziehen, der Scharia ist Genüge getan durch ein deutsches Gericht. Ein Höhepunkt des multikulturellen Ethik-Verlustes und ein tödliche Gefahren bergendes Instrument für den kulturellen Selbsthass der grünlinken Seite.

»Anscheinend kann man das nur auf eine Weise stoppen – indem wir die Grenzen schließen«

Handelte es sich dabei um einen Einzelfall, so wäre das juristisch nicht weniger gravierend, politisch aber vielleicht noch erträglich. Doch Fälle der beschriebenen Art werden immer mehr. Die internationale Kinderrechts-Organisation „Save the children“ berichtet von einem auffälligen Anstieg der Kinderehen in Europa.

Ein Fall in den Niederlanden, bei dem es um ein 14-jähriges Mädchen ging, veranlasste Parlamentarier, ein Gesetz zu fordern, das es minderjährigen Verheirateten verbietet, bei ihren älteren Ehemännern zu wohnen. Ein Kommentar: „Anscheinend kann man das nur auf eine Weise stoppen – indem wir die Grenzen schließen. Derzeit unterstützen fast 80 Prozent der niederländischen Bevölkerung solch einen Schritt, aber die Regierung geht nicht darauf ein.“

Ein solche Entwicklung gibt zu denken, denn ausgerechnet die Niederlande sind ehedem durch pathologisch liberale Eskapaden aufgefallen, ähnlich wie Schweden. Dort aber scheint man immer noch am grenzenlosen Laissez-faire festzuhalten. So wurden in sechs Gemeinden 70 verheiratete Minderjährige festgestellt. Eine Mitarbeiterin des Sozialamtes Stockholm schildert die Sicht der Behörden. Man tue sich schwer, eine Entscheidung zu treffen, berichtet sie, wenn die Minderjährigen nach Scharia-Recht verheiratet seien. „Wenn sich ein Kind beim Sozialamt als verheiratet meldet, entscheidet die Behörde über seinen weiteren Ehestand. Sollte das Kind den Wunsch äußern, mit dem Partner weiter zusammenzuleben, sieht sich das Amt in einer schwierigen Lage.“



Werden zunehmend in Deutschland anerkannt: Im Ausland geschlossene Kinderehen — Bild: Getty

Für die Mädchen ist die Lage allerdings noch weit schwieriger. Denn Kinderehen, geschlossen in Syrien oder im Irak, gibt es nicht nur bei Asylsuchern, das ist auch in Deutschland mittlerweile eine Alltäglichkeit. Dabei kommen meist zwei Tatbestände zusammen, die beide eigentlich nach dem deutschen Strafrecht verboten sind; die Kinderehe als solche und dann die Tatsache, dass die Eheschließung meist zwangsweise erfolgt. Man schätzt, dass 80 Prozent der Ehen unter Türken, die in Deutschland geschlossen werden, ebenso wie im Mutterland arrangiert sind, das heißt, dass sich Eltern und Schwiegerleute auf eine Hochzeit einigen, oft ohne dass die Brautleute einander je gesehen hätten.

Selbstverständlich sind solche Bräuche Ausdruck einer langen Tradition, aber genauso selbstverständlich steht dahinter ein Frauenbild, das in Deutschland nicht gefördert werden sollte. Die Verheiratung junger Mädchen und oft sogar von Kindern soll dem Bräutigam eine Garantie der Jungfräulichkeit der Auserwählten bieten. Auch wenn ein erwachsener Bräutigam, hierin ebenfalls dem Beispiel des Propheten folgend, die Ehe mit einer Neunjährigen nicht umgehend vollzieht, so hat er sie doch in seinem Hause unter strengster Kontrolle, bis er sie dann, sagen wir, zwölfjährig zur Frau macht.

Maliha, eine 21-jährige afghanische Mutter dreier Kinder erzählte Sputnik im Interview: „Jede meiner Schwestern kann Ihnen davon erzählen, wie viel Leid und Schikane sie von ihren Ehemännern und deren Verwandten ertragen mussten.“ *Florian Stumfall*

MELDUNGEN

Islamvertrag vor dem Aus?

Hannover – Die niedersächsische CDU hat die Gespräche zu dem geplanten Islamvertrag aufgekündigt, weil der türkische Moscheeverband Ditib ihrer Meinung nach in zu starkem Maße von der türkischen Regierung beeinflußt und gesteuert wird, hieß es zur Begründung. Die Landtagsfraktion habe einstimmig beschlossen, sich in dieser Legislaturperiode nicht mehr an den Verhandlungen zu beteiligen. Sie sehe die Ditib angesichts der aktuellen Situation in der Türkei, die viele Fragen aufwerfe und sich auch auf das gesellschaftliche Klima in Deutschland auswirke, nicht mehr als geeigneten Verhandlungspartner an. Auch mit dem Landesverband der Muslime (Schura) will die CDU nicht mehr sprechen. Weil die rot-grüne Landesregierung den Vertrag nur mit einer breiten Mehrheit beschließen will, bedeutet der Ausstieg der CDU aus den Verhandlungen möglicherweise dessen Aus. *J.H.*

Bürgerklage gegen Ceta

Berlin – Ein Aktionsbündnis der Organisationen Campact, Foodwatch und Mehr Demokratie hat für seine Verfassungsbeschwerde „Nein zu Ceta“ mehr als 100 000 Unterstützer gefunden, die dem Bündnis eine Klagevollmacht geschickt haben. Das Vorhaben ist die größte Bürgerklage in der Geschichte der Bundesrepublik. Sobald im EU-Handelsministerrat die Entscheidung ansteht, das Abkommen ganz oder teilweise vorläufig in Kraft zu setzen, will das Bündnis beim Bundesverfassungsgericht eine einstweilige Anordnung beantragen. Damit soll dem deutschen Vertreter im EU-Rat untersagt werden, für das Abkommen zu stimmen. Das Aktionsbündnis hatte die Verfassungsbeschwerde Ende Mai gestartet, weil es eine Aushöhlung demokratischer Bürgerrechte durch Ceta befürchtet. *J.H.*

Ein zweites Sachsen-Anhalt?

In Schwerin könnte nach der Wahl Schwarz-Rot-Grün regieren

Bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern am 4. September droht der SPD unter Ministerpräsident Erwin Sellering ein historisches Debakel. Sie könnte von 35,7 Prozent unter die 20-Prozent-Marke rutschen.

Stärkste Partei wäre nach den jüngsten Umfragen die CDU. Sie wird wohl ihr Ergebnis von 2011 (23 Prozent) leicht ausbauen können.

Die große Unbekannte stellt das Abschneiden der AfD dar. Ungeachtet des lähmenden Streits auf Bundesebe kommt die AfD derzeit auf 19 Prozent, regionale Beobachter sehen sie sogar noch stärker. Die Partei hat mit dem Rundfunkmoderator Leif-Erik Holm und dem Familienrichter Matthias Manthei zwei respektable Spitzenkandidaten ins Rennen geschickt. Zudem tritt die AfD flächendeckend in den 36 Wahlkreisen an. Vor allem in Vorpommern könnte die Partei mehrere Direktmandate erobern, und so sagt Landeschef Holm auch selbstbewusst: „Wir setzen auf Sieg und nicht auf Platz. Wir wollen stärkste Fraktion werden.“ Matthias Moehl von der Wahlplattform election.de hält dieses Szenario allerdings noch für gewagt: „Zurzeit geben unsere Daten es nicht her, dass die AfD stärkste Partei werden kann. Das ist zumindest im Moment noch sehr unrealistisch.“ Aber er verweist auch auf die Tatsache, dass die AfD bei den Landtagswahlen im Frühjahr wesentlich besser abgeschnitten hat als in den Umfragen vorhergesagt. Die Terrorserie, die ungeklärte Asylproblematik sowie der Einfluss türkischer Kreise in der Bundesrepublik spielen der AfD derart in die Karten, dass sich Spitzenkandidat Holm gemütlich auf landespolitische Themen zurükziehen kann: „Die Stimmung ist gut, wir haben ein Konzept, um Mecklenburg-Vorpommern fit zu machen. Wir werden die Stimme der Bürger im Parlament sein.“

Die große Unbekannte ist das Abschneiden der AfD

Die Querelen auf Bundesebene spielen für die Landespartei keine Rolle. Die beiden Parteivorsitzenden Frauke Petry und Jörg Meuthen absolvieren Wahlkampfauftritte, auch der Thüringer Björn Höcke wird erwartet. Dass dieser den ehemaligen „Welt“-Redakteur Günther Lachmann in der vergangenen Woche als Pressesprecher verpflichtete, wurde intern als Provokation gegenüber Petry aufgefasst. Lachmann wurde im Frühjahr vom Springer-Konzern gefeuert, nachdem er sich offenbar der AfD als Berater angedient hatte. Nachdem Petry dies abgelehnt habe, soll Lachmann negativ über die Parteivorsitzende berichtet haben. Öffentlich gemacht wurde der Vorgang von Petrys Lebensgefährten Marcus Pretzell, Landesvorsitzender von Nordrhein-Westfalen. Als „nicht hilfreich“ bezeichnet Holm diese Auseinandersetzungen, sagt aber auch: „Wir sind stark genug, um das auszuhalten.“

Unter der Stärke der AfD leidet auch die Linkspartei, die abermals mit dem früheren Landesminister Helmut Holter ins Rennen geht. Trotzdem könnten die „Linken“ ähnlich abschneiden wie vor fünf Jahren, als sie auf rund 18 Prozent kamen.

Aufgrund der Prognosen könnte statt der aktuell regierenden rot-schwarzen eine schwarz-rot-grüne Koalition wie in Sachsen-Anhalt als einzige Regierungsoption ohne AfD bleiben. Die FDP wird wohl abermals an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern. Das gleiche Schicksal droht auch der NPD, deren Ausscheiden aus dem Landtag laut election.de „ziemlich wahrscheinlich“ ist. *Peter Entinger*

Die Internet-Waffe

Seit dem Attentat von München steht das »Dunkle Netz« in der Kritik

Der Attentäter von München hatte sich seine Waffe über das sogenannte Darknet besorgt, einen wenig bekannten und nicht ohne Weiteres zugänglichen Teil des Internets. Hinter diesem Namen verbirgt sich ein ganzer Komplex von anonymen Netzen.

Am leichtesten ist es über einen bestimmten Browser, den „Tor“-Browser, zugänglich. „Tor“ ist frei im Internet verfügbar und ist ähnlich zu bedienen wie andere gängige Browser. Das Programm ist ein sogenanntes Open-Source-Projekt, an dem jeder Interessierte mitwirken kann. Die Weiterentwicklung selbst wird von der gemeinnützigen Stiftung „Tor Project“ in den USA koordiniert.

Wer sich ein sogenanntes Tor-Bundle herunterlädt, bekommt zusätzlich ein Programm zum verschlüsselten E-Mail-Verkehr. Und man kann mit diesem Datenpaket seinen Internet-Rechner auch für das „Tor“-Netzwerk freischalten und sich so am Betrieb des Darknet beteiligen. Dann fließt der normale Datenverkehr auch über den eigenen Rechner, und andere Nutzer können ihn nutzen, um Inhalte zu speichern. Was hinterlegt wird und welche Inhalte durch das Netz fließen, wer sie platziert und wer sie empfängt, ist allerdings nicht einsehbar.

Aus technischer Sicht ist das Darknet ein Netz aus vielen privaten Computern, deren Datenverkehr verschlüsselt abgewickelt wird. Im Gegensatz zur offenen weltweiten Web-Welt gibt es keine zentralen Server, auf denen die Daten hinterlegt werden.

Der Hauptunterschied zum offenen Internet ist die Heimlichkeit: Im Darknet ist man anonym unterwegs. Auch alle Dienste-Anbieter sind anonym. Das erleichtert zwar problematische Projekte und Angebote, aber ein nicht unerheblicher Teil des Darknets ist legal. Viele Nutzer schätzen das Darknet, weil hier ihre Bewegungen nicht von Dritten protokolliert und ausgewertet werden können – und sei es nur durch ein Unternehmen wie Google, das Suchverläufe auswertet und speichert, um die Ergebnisse dann an Marktforscher zu verkaufen. Man kann auf dem Umweg über das Darknet sogar auf soziale Medien wie Facebook zugreifen und sich dort auch selbst für das Facebook-Unternehmen unsichtbar bewegen, was anders nicht möglich ist.

> Der Vor- und Nachteil des Netzwerks ist die Anonymität

Die Anonymität zieht ein breites Spektrum von Nutzern und Diensteanbietern an. Laut den britischen Forschern Gareth Owen und Nick Savage sind rund 45 Prozent der Seiten legal. Rund fünf Prozent entfallen auf politische Dissidenten und Gruppen aus Ländern, die von repressiven Regimes regiert werden, sogenannte Whistleblower, Foren für politische Diskussionen, Nachrichtenseiten und Suchmaschinen. Auf den professionell organisierten Handelsplattformen dominieren problematische Angebote: Drogen und Aufputschmittel, Hehlerware, geknackte Kreditkarten-Daten, gefälschte Ausweise, Programme zum Knacken fremder Rechner, zwielichtige Finanzdienstleistungen oder eben Waffen und echte kriminelle Dienstleistungen.

Laut dem Bundeskriminalamt (BKA) gehört der Drogenhandel zum am schnellsten wachsenden Bereich des Darknet. Bezahlt wird in der Regel in Bitcoins, einer digitalen Währung, die eigentlich in der realen Welt entstanden ist, aber gute Möglichkeiten bietet, Zahlungswege zu verschleiern. Für Nutzer hat die Anonymität einen gravierenden Nachteil: Er kann aufrichtige Anbieter kaum von Betrügern oder verdeckten Ermittlern der Polizei unterscheiden.

Der TV-Journalist Reinhold Beckmann machte vor einiger Zeit die Probe aufs Exempel: Er bestellte und bezahlte vor laufender Kamera ein Kalaschnikow-Sturmgewehr im Darknet. Die Waffe wurde nie geliefert. Trotzdem ist der Waffenhandel dort ein Problem. Das BKA betreibt zurzeit 80 Verfahren wegen Waffen- oder Sprengstoffhandel über das verschwiegene Netz-hinter-dem-Netz.

Die Anzahl von Darknet-Seiten und Anbietern lässt sich kaum feststellen. Die Stiftung „Tor Project“ schätzt, das rund 60 000 Seiten existieren. Allerdings sind viele Seiten entweder kurzlebig oder nicht ständig aktiv. Außerdem verschwinden Teile des Darknet, sobald ein Nutzer seinen Rechner abtrennt. *Friedrich List*



Wie das Internet ist auch das Darknet eigentlich eine Erfindung des US-Militärs: Sitz des United States Naval Research Laboratory in der US-Hauptstadt Washington

Bild: Antony-22

Zeitzeugen



Christian Mihr – Für den Geschäftsführer von „Reporter ohne Grenzen“ ist das Darknet auch eine Zuflucht für Dissidenten und Journalisten, die sich in ihren Ländern nicht frei äußern können und ihre Kommunikation absichern müssen. „Uns sind zahlreiche Fälle von Journalisten bekannt, die gefoltert oder inhaftiert wurden, weil ihre Kommunikation im Internet nicht ausreichend gesichert war“, sagte er der „Badischen Zeitung“.

Matej Pfaifar – Der eigentliche Erfinder von „Tor“ beschrieb 2002 in seiner Abschlussarbeit das Verschlüsselungsprinzip, auf dem „Tor“ beruht. Daten werden in drei Schichten verschlüsselt und über Zwischenstationen geschickt. Jedes Paket kennt nur die jeweils letzte Station, sodass der Weg nicht zurückverfolgt werden kann. Pfaifar schrieb auch den Originalcode für „Tor“.



Linus Neumann – Der Hacker ist einer der Sprecher des Chaos Computer Clubs (CCC) und meint: „Das Darknet ist das Internet, wie man es sich eigentlich wünschen würde. Ein Netz ohne Zensur und Überwachung, mit all seinen Vor- und Nachteilen.“ Für ihn zeigt die deutsche Debatte, dass man in einer relativ liberalen Gesellschaft lebe. In Ländern wie China lande man schneller im Darknet, weil man sich vor staatlicher Verfolgung schützen müsse.

Roger Dingledine – Der Informatiker ist einer der Entwickler von „Tor“ und noch heute einer der treibenden Köpfe im „Tor“-Projekt. Seine Arbeit sollte ursprünglich US-Agenten sichere Kommunikation ermöglichen. Er hat Behörden wie das FBI, die NSA und die CIA im Gebrauch von „Tor“ beraten. Dingledine hat auch die „Free Haven Organization“ gegründet, die sich mit Anonymität und Datensicherheit im Netz befasst.



Herbert Mertin – Der freidemokratische Justizminister von Rheinland-Pfalz spricht sich nach dem Amoklauf von München dafür aus zu untersuchen, wie Waffenhandel über das Darknet wirksam verhindert werden kann. Das Waffenrecht hält er für ausreichend. „Schon das geltende Waffenrecht sah vor, dass der Amokläufer die Waffe nicht haben durfte“, sagte er der Deutschen Presse-Agentur in Mainz.

Helle Seiten des Darknet

Die gebräuchlichste Software zum Surfen und Kommunizieren im Darknet ist „Tor“. Die Software wurde ursprünglich von Roger Dingledine und Nick Mathewson entwickelt. Das Programm schützt seine Nutzer, indem es deren Verbindungsdaten anonymisiert und so verhindert, dass andere seinen Datenverkehr auswerten können. Die ersten Ideen für die Software stammen aus dem Jahre 2000. Die erste Version, die im September 2002 veröffentlicht wurde, stammt von Matej Pfajfar, der damals an der Universität Cambridge arbeitete.

Zwischen 2001 und 2006 finanzierten US-amerikanische militärische Forschungseinrichtungen die Arbeiten an dem Programm. Beteiligt waren neben dem United States Naval Laboratory das Office of Naval Research und die militärische Forschungsbehörde Darpa (Defense Advanced Research Projects Agency). Danach traten Stiftungen auf den Plan, so die Electronic Frontier Foundation und das Freehaven-Projekt. Das Freehaven-Projekt

> Internetzugang für Dissidenten

ist am Massachusetts Institute of Technology, einer renommierten technischen Universität, angesiedelt und arbeitet an Lösungen zur anonymen Datenspeicherung. „Tor“ selbst wird seit 2006 vom „Tor Project“, einer unabhängigen Stiftung, weiterentwickelt.

Diese Stiftung erhielt im März 2011 von der „Free Software Foundation“ einen Preis für besonderen gesellschaftlichen Nutzen. Begründet wurde die Auszeichnung damit, dass „Tor“ weltweit rund 36 Millionen Menschen unzensierten Zugang zum Internet ermögliche, insbesondere der politischen Opposition im Iran und in Ägypten. 2012 finanzierte sich das „Tor Project“ zu 60 Prozent aus Geldern der US-Regierung und zu 40 Prozent aus privaten Spendern. Facebook ist seit 2014 über eine eigene Adresse im „Tor“-Netzwerk erreichbar. Das US-Unternehmen will Menschen den Zugang erleichtern, in deren Heimat der Zugang zum Internet von staatlichen Zensurbehörden überwacht wird. *F.L.*

Dunkle Seiten des Darknet

Viele Kriminelle missbrauchen die Anonymität

Das Internet, das wir kennen, ist eigentlich eine Erfindung des US-Militärs. Auch das Darknet würde ohne US-amerikanische militärische Forschung nicht existieren. Im September 2002 publizierte das US Naval Research Laboratory, das gemeinsame Forschungslabor für die US Navy und für das US Marine Corps, die erste Version von „Tor“, einem Programm, das die anonyme Kommunikation im Internet ermöglicht, indem es deren elektronische Adressen verschleiert. Teile des Internets, oft auch „Deep Internet“ genannt, werden schon seit der Frühzeit für die Verschwiegenheit geschätzt. Hier hatten sich Computerfreaks, Kriminelle, Hacker, aber auch Anhänger der radikalen Informations- und Meinungsfreiheit in ihren eigenen abgeschotteten Bereichen getroffen. Auch politische Oppositionelle aus totalitär regierten Staaten und Whistleblower hatten dieses Deep Internet genutzt, das über normale Browser nicht zugänglich ist.

Mit „Tor“ und anderen ähnlichen Programmen wurde das Darknet in seiner heutigen Form möglich. Zunächst erinnerte es eher an das frühe Internet mit seinen schlecht gebauten und oft etwas wirren Seiten. Dann erschienen große Online-Märkte wie „Silk Road“, auf denen primär mit illegalen Rauschmitteln gehandelt wurde. „Silk Road“ wurde 2014 von den Behörden geschlossen, aber einen Monat später war bereits „Silk Road 2.0“ online.

> Geschäfte werden mit Bitcoins abgewickelt

Gezahlt wird in Bitcoins, einer anonymen digitalen Währung. Aber die Sicherheit durch Anonymität schützt weder vor polizeilichen Ermittlungen noch vor Betrügereien. Im November 2013 stahlen Hacker dem Darknet-Marktplatz „Sheep Marketplace“ Bitcoins im Wert von sechs Millionen US-Dollar – dieser „Bitcoin-Hack“ stellte sich später als Betrug durch die Marktbetreiber selbst heraus.

„Silk Road 2.0“ ging im November 2014 vom Netz. Im Zuge der Operation „Onymous“ von Europol und FBI wurden der Betreiber verhaftet und alle Daten beschlagnahmt. Ein anderer Marktplatz ging im März 2015 vom Netz, als sich die Betreiber mit den in Bitcoin angesammelten Kundengeldern aus dem Staub machten. Das hat das Wachstum des Darknet nicht aufgehalten. *F.L.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Brandenburg wird bunt

Der Asylstrom hat auch kleine Orte verändert — Islamistenszene breitet sich aus



Bislang ein vielerorts ungewohntes Bild: Freitagsgebet mitten in Potsdam

Bild: pa

Obwohl die Landesregierung in Potsdam ihre Prognose zu den Asylbewerberzahlen nach unten korrigiert hat, sind die Folgen der Zuwanderung für Brandenburg schon jetzt weitreichend. Das Straßenbild ändert sich, und eine bestimmte Gruppe von Asylsuchern bereitet Politik und Behörden ernste Sorgen.

Zumindest auf den ersten Blick suggeriert die unlängst vom Sozialministerium in Potsdam vorgelegte Zahl eine Entspannung der Lage. Nach neuesten Schätzungen wird Brandenburg in diesem Jahr „nur“ 19 000 neue Asylbewerber unterbringen müssen. Im vergangenen Jahr war vom Innenministerium noch die Zahl von 40 000 genannt worden, mit denen 2016 zu rechnen sei.

Selbst wenn der Zustrom aber tatsächlich nachlassen sollte, hat sich Brandenburg schon vielerorts verändert: Ins Auge springend sind auch in kleineren Kommunen kopftuchtragende Musliminnen oder Schwarzafrikaner nun Teil des Alltagsbildes geworden. Weniger offensichtlich sind dagegen andere Entwicklungen, die der Immigrationsstrom für Brandenburg mit sich gebracht hat.

Offiziell gibt es nur einen verschwindend geringen Anteil von Muslimen an der Bevölkerung, trotzdem hat sich mittlerweile sogar in Brandenburg eine Islamistenszene etabliert. Wie aus einer Antwort der Landesregierung auf eine Anfrage der AfD-Fraktion hervorgeht, ordnen die Behörden mit Stand Ende 2015 inzwischen 70 Personen in Brandenburg dem Bereich des „islamischen Extremismus“ zu. Die Problematik droht sich weiter zu verschärfen. Die meisten Islamisten, die ins Visier der Sicherheitsbehörden geraten sind, stammen nämlich aus Tschetschenien. Wie ebenfalls eine Anfrage der AfD-Fraktion unlängst ergeben hat, steigen die Zahlen tschetschenischer Asylbewerber seit Jahresbeginn massiv an.

Dass angesichts der Entwicklung selbst Politiker der rot-roten Koalition, wie Brandenburgs Innenminister Karl-Heinz Schröter (SPD), skeptische Töne hören lassen, hat gute Gründe. Nicht nur wegen der Rolle in der Islamistenszene Brandenburgs ist der Fall der Tschetschenen nämlich geeignet, ganz grundlegende Zweifel am deutschen Asylrecht zu bestätigen. Zahlen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf) belegen, dass es sich nur bei wenigen tschetschenischen Asylbewerbern tatsächlich um politisch Verfolgte oder Flüchtlinge handelt.

So lag die Gesamtschutzquote, hinter der sich die Anerkennung als Asylant, Flüchtling oder Person mit besonderem Schutz oder Abschiebeverbot verbirgt, in den ersten vier Monaten dieses Jahres im Fall der Tschetschenen bei lediglich 5,8 Prozent. Noch fragwürdiger wird die Migration vom Nordkaukasus nach Brandenburg vor dem Hintergrund, dass für die meisten dieser Asylverfahren eigentlich die polnischen Behörden zuständig sind. Polen ist nämlich das Land, über das ein Großteil der Tschetschenen in die EU einreist. Gezeigt hat sich allerdings, dass eine Rückführung von Asylbewerbern nach dem Wegfall von Passkontrollen an Oder und Neiße praktisch sinnlos geworden ist.

> Ohne Passkontrollen ist Rückführung sinnlos geworden

Unter den geltenden Rahmenbedingungen kaum durchführbar sind ebenso Abschiebungen abgelehnter Asylbewerber: Die Ursachen hierfür reichen von fehlenden Papieren über juristische Klagen bis hin zu Erkrankungen. Ins Bild passend, darf sich das Gros der ausreisepflichtigen Personen bislang mit einer Duldung weiter im Land Brandenburg aufhalten. Favorisiert wird stattdessen die freiwillige Ausreise abgelehnter Asylbewerber.

In jedem Fall drohen Folgen für den Landeshaushalt. Finanzminister Christian Görke (Linke) hat bereits vergangenes Jahr die Summe von 375 Millionen Euro genannt, mit der Brandenburg für die Versorgung von Asylsuchern rechnen müsse. Die Brandenburger mussten nach den Erfahrungen mit der Polizeireform ebenso zur Kenntnis nehmen, dass in Potsdam beschlossen wurde, unbefristet 240 zusätzliche Lehrer einzustellen, um Asylbewerberkinder unterrichten zu können.

Völlig offen ist die Frage, ob Brandenburgs Arbeitsmarkt den Zustrom Zehntausender geringqualifizierter Immigranten mit schlechten Deutschkenntnissen verkraften kann. Trotz des mittlerweile prosperierenden Speckgürtels um die deutsche Hauptstadt gibt es in Brandenburg immer noch relativ wenige sozialversicherungspflichtige Stellen, stattdessen sind viele Märker darauf angewiesen, nach Berlin oder in andere Bundesländer zu pendeln.

Bereits sichtbar ist eine andere Auswirkung des Zustroms von Asylbewerbern in die Region. In Potsdam ist die Abneigung gegen eine Länderfusion mit Berlin offenbar weiter gewachsen. So hat sich Minister Schröter bereits im vergangenen Jahr froh darüber gezeigt, dass die Fusion einst gescheitert ist. Man würde sonst die Probleme von Berlin nach Brandenburg abschieben, so der Innenminister gegenüber dem Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB).

Nichtsdestotrotz haben Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke und Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (beide SPD) Ende Mai vereinbart, dass rund 1000 Asylbewerber aus Berliner Erstaufnahmeeinrichtungen im brandenburgischen Wünsdorf untergebracht werden, bis über ihre Asylanträge entschieden ist. Wie zur Bestätigung alter Vorbehalte sind Meldungen aufgetaucht, wonach es zwischen Berlin und Potsdam zu einem Streit über die Übernahme der Kosten für die Asylbewerber gekommen ist. *Norman Hanert*

Wahlkampfhelfer

Von Vera Lengsfeld

Viele Jahre wurde der Linksradikalismus in Berlin von Politik und Medien als eine Art Stadtfolklore gehätschelt. Ob „Revolutionäre 1.-Mai Demo“, alternative Kneipen ohne Lizenz oder die Besetzung einer Schule zugunsten weniger Flüchtlinge — immer fanden sich Politiker, die das verteidigten oder unterstützten. Im Falle der Gerhart-Hauptmann-Schule finanzierte Kreuzberg auf Wunsch seiner grünen Bürgermeisterin mit hunderttausenden Euro die illegalen Besetzer, ehe sich die Politiker entschlossen, Räumungsklage gegen die letzten Zwölf einzureichen. Die Männer hatten alle Versuche, die Schule in ein Flüchtlingszentrum umzuwandeln, abgelehnt. Ob die Räumung wirklich klappt, stehet noch in den Sternen. Zuletzt ist eine Räumung in der Manteuffelstraße gescheitert, wo ein Rollstuhlfahrer in seiner Wohnung ein illegales Geschäft für „Revolutionsbedarf“ betreibt. Bei so viel Nachsicht und offener Sympathie wundert es nicht, dass Berlins Linksradikale immer hemmungsloser werden. Brennende Autos gehören zum Alltag. Die Berliner können sich nur mit dem Gedanken trösten, dass es wahrscheinlicher sei, seinen fahrbaren Untersatz durch einen Unfall als durch einem Brandanschlag zu verlieren.

Auch Angriffe auf Politiker, ihre Büros oder Wohnungen sind nicht neu. Der SPD-Abgeordnete Tom Schreiber ist schon mehrmals Zielscheibe linksradikaler Anschläge geworden. Auch CDU-Politiker hat es getroffen.

Das hat die im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien nicht daran gehindert, ihren Feind allein rechts zu verorten. SPD, CDU, Grüne, Linke, Piraten sowie die außerparlamentarische FDP haben sich auf ein Papier namens „Berliner Konsens gegen Rechts“ verständigt, mit dem sich die Parteien im Wahlkampf geschlossen gegen rechtspopulistische und extremistische Positionen stellen wollen. Gemeint ist die AfD, deren Umfragewerte die Etablierten nervös machen. Von linksextremistischen Gefahren ist in dem Papier nicht die Rede.

Als auf das AfD-Plakatelager ein Brandanschlag verübt wurde, gab es keine politischen Reaktionen. Dann brannte ein CDU-Wahlkampfbus aus und plötzlich wurde klar, dass die linken Attacken auf Politiker längst eine neue Dimension erreicht haben. Seit Monaten, kommentiert plötzlich die „Morgenpost“, sei die Gewalt in die politische Auseinandersetzung eingezogen. Der Brand des Busses sei nur die Spitze des Eisbergs. Politiker würden an ihren Infoständen angegriffen, in ihren Wohnungen attackiert, im Internet mit Schmähungen und Hassmails überschüttet, mit Handgreiflichkeiten bedroht. Kein Wort davon, dass es linke Gewalt ist, von der berichtet werden muss. Andere Journalisten, wie Mathias Meisner vom „Tagesspiegel“, finden es immer noch witzig, wenn ihre Follower auf Twitter das „Torten“ von Politikern ankündigen. Solange es diese willigen Helfer in Medien und Politik gibt, bleiben die Linksradikalen stark.

Neues Amt statt Lageso

Asylsucher sollen in Berlin künftig besser betreut werden

Berlins bisher für Zuwanderer zuständiges Lageso (Landesamt für Gesundheit und Soziales) war berüchtigt. Es wurde zum Sinnbild für Überforderung, lange Warteschlangen und teures Chaos. Der Senat ersetzte es am 1. August durch das neu gegründete „Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten“ (LAF). Unterkünfte und Versorgung sollen besser werden, alles komme nun aus einer Hand, so die Politik – ein trügerisches Versprechen.

Ende Juli machte der Gerichtsprozess um einen im Sommer 2015 aus der Warteschlange vor dem Lageso verschleppten und ermordeten Jungen die Zustände um die überforderte Behörde öffentlich. Claudia Langeheine sagt als Präsidentin des neuen LAF viele Änderungen zu: „Wir haben eine völlig neue Struktur geplant.“ Alle Zuständigkeiten lägen jetzt in einer Hand, die neue Behörde wolle flexibler sein und frühzeitig Integrationsangebote und Beschäftigung schaffen. Vor allem bei den Mitarbeitern rüstet der Senat auf. Deren Zahl wurde im Vergleich zum Lageso im Asylbereich mehr als verdreifacht. Der Senat hat im Eilverfahren teils per Ausschreibung qualifizierte Mitarbeiter gesucht. Ein Großteil dieser aktuell 500 Kollegen wurde vom Lageso übernommen.

> Kritiker: Nicht noch mehr Personen nach Tempelhof!

Unter den vielen „Neuen“ sind freiwillige Abgeordnetenmitarbeiter und ursprünglich nur zeitweise überlassene Angestellte der Bundesagentur für Arbeit und der Rentenversicherung. Sie alle müssen nun zusammenfinden. Im Juli waren noch rund 60 Stellen unbesetzt, derzeit 50.

Das Amt kostet kurzfristig 43 Millionen Euro. Auf lange Sicht kommt die Miete für das Hauptquartier hinzu: Die vorgesehenen zehn Jahre kosten den Steuerzahler rund 27,5 Millionen Euro.

Neuausstattung und teure Umzüge ernten Kritik: Ein Teil des Leistungszentrums und ein Wartebereich sollen vorübergehend im einstigen Kongresszentrum ICC logieren und wandern so aus dem Blickfeld an den Rand der Stadt. Auch das vom Leistungszentrum künftig getrennte Ankunftszentrum, das im Hangar des Flughafens Tempelhof entsteht, weckt Kritik – die ohnehin größte Massenunterkunft Berlins erhält so noch Zuwachs. Das größte Problem bleibt, wie Langeheine einräumt, die Unterbringung. Mit der LAF wächst Berlins Sozialindustrie erneut – ein relativer Erfolg des Amtes wird vor allem davon abhängen, ob die Zuwanderungszahlen dauerhaft rückläufig bleiben. *SG*

Harte Vorwürfe

Potsdam: Dienstwagenaffäre weitet sich aus

Die seit Monaten schwelende Dienstwagenaffäre um den Ex-Büroleiter von Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) weitet sich aus. Nach Prüfungen des Innenministeriums könnte Carsten Pranz, der ehrenamtliche Landesbranddirektor und ehemalige Bürochef Woidkes, seinen Dienstwagen nicht nur widerrechtlich privat genutzt, sondern auch Urkundenfälschung begangen haben.

> Rechnungshof witterte schon länger etwas

Bekannt geworden ist der Verdacht durch einen Bericht der „Potsdamer Neuesten Nachrichten“, der sich auf eine Anfrage der CDU-Fraktion beruft. Beziehen soll sich der Verdacht der Urkundenfälschung auf das Führen der Fahrtenbücher. Bereits Anfang Mai waren Vorwürfe laut geworden, Pranz habe seinen Dienstwagen zu Unrecht über Jahre privat genutzt. Laut den Richtlinien ist dies nur Ministern und Staatssekretären erlaubt.

Woidkes damaliger Büroleiter war nach dem Bekanntwerden der Affäre bereits Anfang Mai als Leiter der Koordinierungsstelle Asyl ins Innenministerium versetzt worden. In die Kritik geraten ist inzwischen auch der zuständige Abteilungsleiter im Innenministerium. Ihm wird vorgeworfen, in der Angelegenheit lange Zeit nicht die Staatsanwaltschaft eingeschaltet zu haben. Innenminister Karl-Heinz Schröter (SPD) betont, er habe sich auf das Urteil des Abteilungsleiters verlassen. Erste Hinweise auf Verstöße stammen bereits von 2014. Der Landesrechnungshof hat seinerzeit bei der Landesfeuerwehrschule in Eisenhüttenstadt neben einer freihändigen Auftragsvergabe auch Unregelmäßigkeiten in Fahrtenbüchern moniert. *N.H.*

Nazi-Keule gegen Kirchbau

Die Initiative für ein Potsdam ohne Garnisonkirche hat den Vorwurf erhoben, „ein großer Teil“ der Online-Unterstützer für das Wiederaufbauprojekt sympathisiere „mit rechtspopulistischen bis rechtsradikalen Gruppen und Ansichten“. Aus Sicht der Initiative ignorieren die Garnisonkirchenstiftung und die Evangelische Kirche „die Gefahr von rechts“, die „braunen Wurzeln des Wiederaufbauprojektes“ seien lebendiger denn je. Als Beleg führt die Initiative eine eigene Untersuchung auf der Basis von zwei Postings der Facebook-Seite „Potsdam MIT Garnisonkirche“. Dabei hatten 87 Mal Nutzer des sozialen Netzwerkes ein „Gefällt mir“ vergeben, in 59 Fällen waren die Profile der Facebook-Nutzer teils öffentlich. Auf Grundlage dieser sehr schmalen Datenbasis poltern die Wiederaufbaugegner, dass aus dieser Gruppe „mindestens 26“ der untersuchten Profile „rechtspopulistische, nationalistische oder rechtsradikale FB-Seiten mit einem Like versehen bzw. abonniert“ hätten. *N.H.*

MELDUNGEN

Terrorlager in der Ukraine

Kiew – Die islamische Terrororganisation IS scheint in der Ukraine, nördlich der Grenze zur Krim, ein Trainingslager für seine Kämpfer zu unterhalten, das die ukrainische Regierung zur Verfügung gestellt hat. Das jedenfalls verkündete der Vizepremier der Krim, Ruslan Balbek. Er sagte bei einem Treffen mit französischen Abgeordneten: „Uns sind Trainigscamps im Gebiet Cherson in der Ukraine bekannt, wo die Anhänger der Terrormiliz geschult werden.“ Passend dazu hat der IS in einem Video zum Dschihad gegen Russland aufgerufen. Das Video kann allerdings nicht ganz neu sein, denn darin tritt einer der Terroristenführer in der Kaukasus-Republik Dagestan, Gasan Abdullajew, auf, der vor rund eineinhalb Monaten bei einem Anti-Terror-Einsatz getötet wurde. *FS*

Katalanen weiter gegen Madrid

Barcelona – Das katalanische Parlament hat mit einer Mehrheit von 72 zu 52 Stimmen die Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung und ausdrücklich das Vorhaben einer einseitigen Unabhängigkeitserklärung beschlossen. Die Regierung in Madrid rief daraufhin umgehend das spanische Verfassungsgericht an, das den Beschluss „aufhob“ und den unbotmäßigen Abgeordneten mit einem Entzug ihrer Ämter sowie strafrechtlichen Konsequenzen drohte. Spanien weigert sich beharrlich, den bereits mehrfach auf demokratischem Wege vorgetragenen Wunsch der Katalanen nach einer Unabhängigkeit zu akzeptieren und boykottiert sämtliche Verhandlungsangebote. Die katalanische Regierung hat angekündigt, die Selbstständigkeit ihres Landes auch gegen diesen Widerstand bis Mitte 2017 zu verwirklichen. *T.W.W.*

Ende der Gas-Erpressbarkeit?

Erdogan und Putin einigten sich in Russland auf Gasleitung durch die Türkei nach Europa

Nach der Entschuldigung des türkischen Machthabers Recep Tayyib Erdogan bei Russlands Präsidenten Wladimir Putin wegen des Abschusses einer russischen Suchoi Su-24 über Syrien normalisieren sich die Beziehungen zwischen den beiden Ländern mit einer auffälligen Geschwindigkeit.

Dazu trägt die lehrhafte und bevormundende Politik des Westens erheblich bei: Wer von den USA oder der EU oder aber von beiden ständig gescholten wird, der rückt gerne näher zu einem anderen, dem es ebenso ergeht. Erdogan war es allerhand wert, nach Russland eingeladen zu werden – die Entschuldigung als erstes, aber ebenso eine finanzielle Entschädigung und die Ankündigung, dass dem Mörder des russischen Piloten der Prozess gemacht werde. Betrachtet man, mit welchem Selbstbewusstsein Erdogan vor der EU auftritt, so bedeutet seine Haltung gegenüber Russland nachgerade eine Kapitulation. Von Brüssel war die hohe Schule der Diplomatie ohnehin nicht zu erwarten, sodass die Dinge sehr zur russischen Zufriedenheit verlaufen.

Begünstig wird die Entwicklung zwischen Moskau und Ankara durch gemeinsame wirtschaftliche Interessen, vor allem auf dem Energie-Sektor. Noch vor dem Russland-Besuch Erdogans haben beide Länder die Verhandlungen über das Erdgas-Projekt „Turkish Stream“ wieder aufgenommen, die von Moskau wegen des tödlichen Angriffs auf das russische Flugzeug unterbrochen worden waren.

Das Projekt „Turkish Stream“ war im Dezember 2014 beschlossen worden. Grund dafür war, dass auf massiven Druck der USA die EU den Plan für „South Stream“, ebenfalls eine Gas-Pipeline von Russland in die EU, trotz gültiger und unterzeichneter Verträge aufgekündigt hat. Jetzt wird eine Pipeline von der südrussischen Hafenstadt Anapa durch das Schwarze Meer bis zur Ortschaft Kiyiköy im europäischen Teil der Türkei verlegt. Sie wird rund 1100 Kilometer lang sein und fast durchgehend unterseeisch verlaufen. In Anapa ist die nötige Infrastruktur für das Kopfstück der Pipeline bereits vorhanden, sie war bereits für „South Stream“ fertiggestellt worden. Die notwendigen Rohre sind gekauft, die Finanzierung ist dadurch geregelt und sichergestellt, dass der russische Partner Gazprom die Kosten zur Gänze übernimmt. Die notwendigen Verträge sind schon vor Erdogans Besuch in Russland abgeschlossen worden und mussten dort lediglich noch unterzeichnet werden.

Die Kapazität wird 32 Milliarden Kubikmeter pro Jahr betragen, von denen ungefähr die Hälfte für die Türkei vorgesehen ist. So wird die neue Pipeline nicht nur der Versorgung der Türkei dienen, sondern von dort aus wird auch Gas in die EU geleitet. Der heimliche Neben-Effekt: Damit ist obsolet geworden, dass die EU im Jahr 2014 das Projekt „South Stream“ hat platzen lassen. Die jetzige Gasleitung erfüllt denselben Zweck.

> Durch Turkish Stream würde die Ukraine als Transitland für Gaslieferungen von Russland nach Europa entbehrlich

Freilich ist jetzt die EU aus dem Spiel, ebenso wie die USA. Der russische Energieminister Alexander Nowak und der türkische Wirtschaftsminister Nihat Zeybekci beteuerten kürzlich, dass das Projekt für „beide Länder günstig“ sei, und speziell mit Blick auf sein Land setzte Zeybekci hinzu, „Turkish Stream“ entspreche „voll und ganz den Interessen der Türkei und wird die Gaslieferungen zuverlässiger und günstiger machen“. Minister Nowak erklärte: „Die Türkei ist daran interessiert, Gas direkt zu beziehen – ohne Umweg durch andere Transit-Länder. Dafür ist ein Strang allein für die türkischen Verbraucher vorgesehen. Der zweite ist für die europäischen Verbraucher bestimmt.“

Doch nicht überall teilt man die Genugtuung darüber, dass das russische Gas bald über die Türkei nach Europa fließen soll. In Brüssel fürchtet man, die Position Russlands würde dadurch gestärkt. Ein hoher Diplomat sagte zu der Agentur Reuters: „Die neue Freundschaft zwischen der Türkei und Russland kann ein Problem werden, wenn Russland versucht, die Ukraine gegen die Türkei auszutauschen.“

Ganz scheint der Diplomat die Zusammenhänge nicht begriffen zu haben. Natürlich kommt „Turkish Stream“ nicht zusätzlich zu den jetzigen Leitungen, sondern an ihrer Stelle. Im Jahr 2019 laufen die betreffenden Verträge zwischen Russland und der Ukraine aus und werden nicht mehr verlängert. Dasselbe gilt für Polen. Ganz besonders für die Ukraine hat das gravierende Folgen. Bislang hatte man in Kiew geglaubt, man besitze als Transitland ein geostrategisches Monopol. So hat im vergangenen Jahr die Ukraine die Durchleitungsgebühren für russisches Gas von 2,7 Dollar pro 1000 Kubikmeter und 100 Kilometer auf 4,5 Dollar angehoben. Bis Ende 2009 lag die Taxe sogar bei nur 1,7 Dollar. Und ungeachtet seiner eigenen Gepflogenheiten warf Kiew dem russischen Energie-Konzern Gazprom vor, er missbrauche eine Monopolstellung und verhängte eine Kartell-Strafe von 3,2 Milliarden Euro. Die Ukrainer haben also den Russen den Abschied aus dem gemeinsamen Handel sehr leicht gemacht.

Allerdings steht zu befürchten, dass man in Kiew über die Sache noch lange und angestrengt nachdenken wird. Denn ab dem 1. Januar 2020 bleiben die Durchleitungsgebühren aus, die jährlich drei Milliarden Dollar betragen und rund zwölf Prozent des ukrainischen Staatshaushalts darstellen. Man kann sich ungefähr ausrechnen, wann eine ukrainische Delegation in Brüssel vorsprechen und das Gespräch unauffällig auf die Finanzen lenken wird. Von den USA hat Kiew kein Geld zu erwarten, dort betrachtet man das als europäische Angelegenheit. Das vordringliche Interesse Washingtons an der Ukraine war erloschen, sobald der CIA-Putsch auf dem Kiewer Maidan sein Ziel erreicht hatte. *Florian Stumfall*



Treffen der Parias: Wladimir Putin (l.) und Recep Erdogan im Sankt Petersburger Konstantinpalast Bild: pa

Korrupte Streitkräfte

Das ukrainische Militär ist nicht sauberer als der Rest des Staates

Unter den Gründen, die zu einem Staatsbankrott führen können, sind zwei ganz außerordentlich bewährt, nämlich Krieg zu führen und Korruption. Beides ist in der Ukraine anzutreffen, wobei man sagen muss, dass das ukrainische Militär im Osten des Landes eine elend schlechte Vorstellung gibt und das Ausmaß der Korruption ein hohes Maß erreicht. Betrachtet man das ukrainische Militär, so sieht man, dass dort zwischen beiden Systemen der Geldvernichtung ein enger inhaltlicher Zusammenhang besteht. Beim Militär wird nicht minder gestohlen als in anderen staatlichen Einrichtungen der Ukraine.

Dass die Kiewer Streitkräfte bei ihrem Krieg gegen die beiden rebellischen Ost-Provinzen nicht richtig vorankommen, ist bekannt. Jetzt hat man sich entschlossen, in der Region Donezk eine Mauer zu bauen. Dabei sind umgerechnet 274 000 US-Dollar abhandengekommen. Die Ermittler der Staatsanwaltschaft kommen zu dem Schluss: „Dem Bauplan zufolge sollten die Anlagen mit Stahlbetonbauteilen verstärkt werden, sie wurden aber mit viel billigeren Schiffscontainern gebaut.“ Das Ergebnis: Einleitung eines Strafverfahrens wegen „Veruntreuung, Unterschlagung von Haushaltsmitteln und Missbrauch der Dienststellung“.

Im Gebiet von Iwano-Frankowsk sollte ebenfalls eine Befestigung errichtet werden. Dort gab es Mauscheleien mit den beteiligten Firmen. Die Polizei teilte mit: „Die Staatsgelder wurden mit Hilfe von Briefkastenfirmen in bar abkassiert und unter den Teilnehmern des Schemas verteilt.“ Insgesamt ist von 200 000 US-Dollar die Rede.

> Für Fehlbeträge springt die EU ein

Bei den beiden genannten Beispielen handelt es sich um die kleineren Fische, wie an den infrage stehenden Summen zu erkennen ist. Deshalb darf man auch annehmen, dass die Strafverfolgungsbehörden tatsächlich ihre Pflicht oder Ähnliches tun werden. Bei den wesentlichen Brocken aber, die im ukrainischen Militärhaushalt fehlen, dürfte die Hoffnung auf Gerechtigkeit vergebens sein. Denn auf die größeren Köder gehen die größeren Fische, und die bleiben meist ungefangen. Wenn man also das Geld von den Dieben nicht mehr zurückbekommt, dann muss die EU herhalten.

Im vergangenen Jahr wurden 1,8 Milliarden Euro nach Kiew gekarrt, um „dringende Finanzierungsbedürfnisse“ zu decken. Grundsätzlich steht die Verwendung frei. So wird auch der ukrainische Mauer-Bau an der Grenze zu Russland mit diesen EU-Steuergeldern finanziert. „Der Elektrozaun mit Minen und Stacheldraht soll eine Länge von 2000 Kilometern haben und rund 100 Millionen Euro kosten“, versichern die „Deutschen Wirtschaftsnachrichten“. Da bei diesem Bau wiederum das Militär beteiligt ist, darf man mit einem gewissen Schwund rechnen.

Was nun den Militär-Haushalt insgesamt angeht, so ist aus dem Etat im vergangenen Jahr der Gegenwert von 450 Millionen Dollar verschwunden. Juri Birjukow, ein Berater des Präsidenten Petro Poroschenko, musste im Kanal 5 des ukrainischen Fernsehens Rede und Antwort stehen. Das Ergebnis: Rund ein Viertel des gesamten Militär-Etats wurde gestohlen. Das Büro der Militärstaatsanwaltschaft sei für die Wiederherstellung von Recht und Ordnung zuständig, aber „im Ministerium gibt es eine totale Korruption“. *F.S.*

Aufklärender Abschuss

Hubschrauberabsturz enttarnt Frankreichs Libyen-Engagement

Erst nachdem ein französischer Hubschrauber in Libyen abgestürzt ist und drei französische Soldaten dabei zu Tode gekommen sind, wurde überhaupt bekannt, dass französische Spezialeinheiten an der Seite von General Chalifa Haftar im Osten Libyens im Einsatz sind. Dieser tödlich verlaufene Einsatz französischer Soldaten hat die UN-gestützte Übergangsregierung in Libyen zu scharfem Protest veranlasst. Mit dem unabgesprochenen Militäreinsatz habe Frankreich die libysche Souveränität verletzt, kritisierte die erst vor zwei Monaten eingesetzte Einheits-Regierung in Tripolis die gescheiterte französische Aktion. Zwar seien Unterstützungseinsätze befreundeter Nationen gegen den Islamischen Staat (IS) in Libyen willkommen, hieß es in dieser Erklärung, „die Unterstützung sollte aber in Abstimmung mit der Regierung erfolgen“. In libyschen Städten protestierten am selben Tag Hunderte aufgebrachter Bürger gegen die französische Militärpräsenz.

Nach Angaben des französischen Präsidenten François Hollande starben die drei Soldaten während einer „gefährlichen Erkundungsmission“. Zu Ort und Zeitpunkt des Vorfalls machte Paris keine Angaben. Libysche Quellen machten deutlich, dass der französische Hubschrauber bei einem Militäreinsatz von einer Boden-Luft-Rakete abgeschossen worden sei. Die Rakete sei „wahrscheinlich von Islamistengruppen“ in der Nähe von Bengasi abgeschossen worden, sagte ein Truppenführer.

Seit dem Sturz von Muammar al-Gaddafi im Herbst 2011 unter wesentlicher Beteiligung des Westens herrscht Chaos in dem nordafrikanischen Land, das eine der größten Erdölreserven der Erde beherbergt. Davon profitierten unter anderem der IS und andere Dschihadistengruppen. Der IS hat seine Basis in der ehemaligen Gaddafi-Hochburg Syrte am Mittelmeer eingerichtet, wo er seit Monaten bislang erfolglos von Regierungstruppen belagert wird.

> Was will Paris nach Gaddafis Sturz schon wieder dort?

Der IS finanziert sich in Libyen hauptsächlich durch die Asylsucherschleusungen, die seit dem EU-Türkei-Abkommen im Februar wieder sehr stark in Libyen zugenommen haben. Allerdings wagen es keine vom IS verfolgten Menschen, sich von diesem schleusen zu lassen, was dazu geführt hat, dass in den letzten Monaten vor allem Wirtschaftsflüchtlinge aus Nigeria, Eritrea und dem Sudan nach Europa geschleust werden, darunter auch viele vom IS mitgeschleuste Dschihadisten. Bürgerkriegsflüchtlinge aus Syrien dem Irak oder verfolgte Kopten aus Ägypten wagen es nicht nach Libyen, wo viele von ihnen bereits vom IS grausam ermordet wurden.

Der jetzt bekannt gewordene westliche Einsatz gegen den IS könnte vor allem die wieder gestiegene Zahl der Schleusungen zum Hintergrund haben. Eine von den UN unterstützte schwache Übergangsregierung bemüht sich seit zwei Monaten, die Kontrolle über Libyen zurückzugewinnen. Dass die Franzosen den autoritär regierenden einstigen Gaddafi-General Haftar unterstützen, der die starken berberischen Sintan-Brigaden hinter sich hat, lässt darauf schließen, dass man aus den Fehlern des Gaddafi-Umsturzes gelernt hat und gezielt nur noch solche Leute unterstützt, die auch in der Lage sind, ein so wichtiges Land wie Libyen aus dem Chaos herauszuführen. Allerdings sind in Libyen bereits, wie auch in Syrien, zahlreiche internationale und islamistische Söldner im Einsatz. Sie verfolgen unterschiedliche Interessen und sind am Wettlauf um die Ressourcen des Landes beteiligt. *Bodo Bost*

Tödlich vergiftete Atmosphäre

Ob Korea oder Krefeld, Braunschweig oder Brüssel – in der Dieseläffäre kämpft VW an immer neuen Fronten

Fast ein Jahr nach Bekanntwerden des Abgasskandals steckt der Volkswagenkonzern tief in der Krise. Die betrügerische Software, die in elf Millionen Diesel-Autos niedrige Abgaswerte vortäuschte, hat in drei für den Konzern existenziellen Bereichen die Atmosphäre tödlich vergiftet: Anleger, Kunden und Behörden fühlen sich massiv betrogen. Immer neue Strafzahlungen, Verkaufsverbote und Schadensersatzforderungen kommen auf den Autohersteller zu. Erstmals spricht VW-Chef Matthias Müller davon, dass die Existenz des Konzerns auf dem Spiel stehe.

Ein Feuerwehrmann wird auf der Internetseite des Volkswagen-Konzerns für den Standort Wolfsburg gesucht. Brände, Explosionen oder Unfälle soll er bekämpfen. Höhenangst und Klaustrophobie dürfe er nicht mitbringen, heißt es in der Stellenausschreibung. Verlangt werden Zuverlässigkeit, Teamfähigkeit und handwerkliches Geschick.

Wer die neuesten Nachrichten und Entwicklungen rund um Deutschlands viertgrößten Arbeitgeber verfolgt, fragt sich allerdings unwillkürlich, warum wird eigentlich nur ein Feuerwehrmann gesucht, wo es doch ganze Hundertschaften brauchen wird. Denn fast genau ein Jahr, nachdem der Abgasskandal um die Dieselfahrzeuge des Autoherstellers bekannt wurde, brennt es an allen Ecken und Enden. Die jüngsten Flammenherde: Am 5. August fällte das Oberlandesgericht in Braunschweig eine Entscheidung, auf die mehrere Tausend zornige Besitzer von VW-Aktien gewartet hatten. In einem Musterverfahren wird jetzt geklärt, ob ihnen Schadensersatz zusteht. Der Wert ihrer Aktien brach massiv ein, nachdem der Dieselskandal am 18. September 2015 bekannt wurde. Der Vorwurf an die VW-Spitzenmanager: Sie haben schon Jahre früher von der manipulierten Software gewusst und hätten die Anleger vor dem Desaster warnen müssen. Zu den klagewilligen Betroffenen gehört unter anderem der Freistaat Bayern. Sein Pensionsfonds verlor mehrere hunderttausend Euro beim Crash der VW-Aktien. Baden-Württemberg und Hessen passierte Ähnliches. Auch dort wird eine Klage erwogen, zumal die Erfolgsaussichten hoch sind. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bafin) ist bereits zu dem Ergebnis gekommen, dass der Konzern die Aktionäre zu spät über „Dieselgate“ und die Folgen informiert hat.

Das Urteil im Braunschweiger Musterprozess soll Ende Jahres erfolgen. Bislang summierte sich die Höhe der Schadensersatzforderungen auf vier Milliarden Euro. Insgesamt geht es wohl um eine Summe im zweistelligen Bereich.

In Südkorea geht unterdessen gar nichts mehr. Am 2. August hat das Land einen Verkaufsstopp für 80 Modelle des Unternehmens erlassen. Gleichzeitig entzieht das Umweltministerium 83 000 Autos der konzerneigenen Marken Volkswagen, Audi und Bentley die Zulassung. Sie sei aufgrund falscher Angaben zum Schadstoffausstoß und zur Lärmentwicklung erfolgt. Schon einige Tage zuvor hatte das Land Haftbefehl gegen einen der dortigen VW-Manager erlassen. Dokumentenfälschung und Verletzung der Gesetze zur Luftreinhaltung werden ihm vorgeworfen.

> Die Pleite droht bei den Forderungen der EU-Kommissarin

Eindeutige Worte unterdessen von einem Richter im nordrhein-westfälischen Krefeld: Er spricht von massenhaftem Betrug und gibt zwei Klägern Recht, die ihre beiden Wagen, einen Audi A6 und einen Audi A1, an den Händler zurückgeben möchten. Nach dem Landgericht München ist es das zweite Mal, dass ein Gericht im Abgasskandal ein Rücktrittsrecht befürwortet. Das endgültige Urteil fällt Mitte September. Schwindelerregende Summen würden fällig, wenn alle betroffenen Autobesitzer ihre VWs, Seats, Skodas oder Audis zurückgeben könnten, statt sie, wie angeboten, umrüsten zu lassen. Für den Krefelder Richter ist die Sachlage allerdings klar: Es könne dem Kläger nicht zugemutet werden, sein Fahrzeug auch noch von dem Betrüger reparieren zu lassen.

In Brüssel flammt unterdessen fast zeitgleich ein weiterer Brandherd auf – heiß genug, um viele weitere Milliarden in Flammen aufgehen zu lassen. Die polnische Politikerin Elzbieta Bienkowska, in der EU ist sie als Kommissarin unter Jean-Claude Juncker für die Industrie zuständig, fordert Volkswagen auf, den europäischen Käufern betroffener Dieselfahrzeuge ähnlich hohe Entschädigungen zu zahlen, wie sie bereits in den USA zugesagt wurden. Was sich für die hiesigen Besitzer der Schummelautos nur gerecht anhört, könnte für Volkswagen das Aus bedeuten. In den USA sind 500 000 VW-Fahrer betroffen, in Europa sind es acht Millionen. Knapp 150 Milliarden Euro würde es kosten, die Forderung der Kommissarin zu erfüllen. Auch Bittbesuche von VW-Marken-Chef Herbert Diess und Konzern-Chef Matthias Müller haben die ehemalige Regionalpolitikerin der Woiwodschaft Schlesien bislang nicht von ihrem Kurs abgebracht. Müller danach pessimistisch in einem Interview mit der „Welt“: „Was die Forderung wirtschaftlich für unser Unternehmen bedeuten würde, muss ich wohl nicht weiter ausführen.“

Zu den Stellenanforderungen für Feuerwehrleute im Volkswagenkonzern sollte auch diese Eigenschaft gehören: Durchhaltewille – sogar in scheinbar aussichtslosen Situationen.

Frank Horns



Das VW-Stammwerk in Wolfsburg: Düstere Zeiten für das deutsche Vorzeige-Unternehmen Bild: pa

MELDUNGEN

Bußgelder gegen Studiobetreiber

Bonn – Das Bundeskartellamt hat gegen die Studio Berlin Adlershof, die Studio Berlin Broadcast sowie gegen die Bavaria Studios & Production Services Bußgelder in Höhe von insgesamt rund 3,1 Millionen Euro verhängt. Zwischen den Unternehmen soll es regelmäßig Kontakte gegeben haben, bei denen sie Informationen über Preise, Angebotsinhalte, ihr Angebotsverhalten und andere wettbewerblich sensible Informationen ausgetauscht hätten, heißt es zur Begründung. Damit hätten sie den Preiswettbewerb beim Betrieb von Studios eindämmen wollen. Ein so weitgehender Informationsflus könne den Wettbewerb ebenso einschränken wie Preisabsprachen. *J.H.*

Inflation im Juli weiter gestiegen

Wiesbaden – Die Verbraucherpreise in Deutschland sind den dritten Monat in Folge gestiegen. Vor allem höhere Mieten und Nahrungsmittelpreise trieben die Inflation im Juli binnen Jahresfrist auf 0,4 Prozent, wie das Statistische Bundesamt anhand vorläufiger Zahlen mitteilte. Im Juni hatte die Rate noch bei 0,3 Prozent gelegen, im Mai bei 0,1 Prozent. Preisdämpfend wirkte nach wie vor Energie, die deutlich günstiger war als ein Jahr zuvor. *U.M.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.033.193.669.215 €
Vorwoche: 2.033.122.793.782 €

Verschuldung pro Kopf:
24.959 €
Vorwoche: 24.959 €

(Dienstag, 9. August 2016, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Massenzuzug von Hartzern

Ausländeranteil an den Arbeitslosengeld-II-Beziehern gestiegen

Die Asylkrise erreicht wie erwartet den Arbeitsmarkt und beginnt, die Sozialkassen zu belasten. Das geht aus aktuellen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit (BA) hervor, die in der vergangenen Woche vorgestellt wurden.

Mehr als 6,5 Millionen Menschen erhalten in der Bundesrepublik derzeit Arbeitslosengeld II – auch Hartz IV genannt. Doch während die Zahl der deutschen Bezieher auf 4,3 Millionen (7,7 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung) gesunken ist, ist der Anteil der ausländischen Empfänger auf 18 Prozent gestiegen. Dass die durch Angela Merkels Einladungspolitik angelockten zahlreichen Einwanderer aus Krisenregionen wie Syrien oder Eritrea im Laufe der zweiten Jahreshälfte ein Fall für die Hartz-IV-Kassen werden würden, war abzusehen. Fast jeder zweite in Deutschland lebende Syrer kassiert demnach „Stütze“. So lebten 48,5 Prozent aller Syrer in Deutschland vom Arbeitslosengeld II. Zweithäufigste Bezieher-Gruppe waren Einwanderer aus Eritrea, von denen mehr als jeder Dritte diese Staatshilfe erhielt. Bei einem positiven Asylbescheid sind Asylsucher in Deutschland Hartz-IV-berechtigt. Allerdings erhalten sie auch während des laufenden Verfahrens eine Versorgung, die sich nach dem Hartz-IV-Schlüssel berechnet. Doch mit 23,5 Prozent kassiert auch fast ein Viertel der in Deutschland lebenden Türken staatliche Hilfe. Und bei Immigranten aus dem EU-Land Bulgarien sind es mehr als ein Drittel.

Es sei wichtig, dass die Zahl der Hartz-IV-Empfänger einer bestimmten Nationalität in Relation zu der Zahl der Menschen aus dem jeweiligen Herkunftsland stammen, gesetzt wird, erklärte Karl Brenke, Ökonom beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung: „Nur so lassen sich die entsprechenden Schlüsse daraus ziehen.“ Die Zahlen bei Türken und Bulgaren seien beängstigend hoch. Diese Menschen seien teilweise sehr schlecht integriert, verfügten über einen miserablen Bildungsstand. „Es gibt tatsächlich immer weniger Jobs für Geringqualifizierte“, sagte Brenke.

> Aber die BA sieht keinen Grund zur Sorge

Dennoch sieht die BA keinen Grund zur Besorgnis über die jüngste Asylsucherwelle. Die meisten der im vergangenen Jahr nach Deutschland gekommenen Zuwanderer seien im erwerbsfähigen Alter und stünden damit perspektivisch dem Arbeitsmarkt zur Verfügung. „Es ist gut, dass sich anerkannte Flüchtlinge ohne Stelle umgehend bei den Jobcentern melden“, sagte BA-Vorstandsmitglied Detlef Scheele. Dadurch sei man in der Lage, die Asylsucher frühzeitig zu betreuen und mit Sprachkursen und beruflichen Fortbildungsprogrammen rasch auf das Arbeitsleben in Deutschland vorzubereiten. Die sinkende Zahl an deutschen Beziehern erklärte die BA mit der guten Arbeitsmarktsituation im Land.

Der CDU-Sozialpolitiker Michael Fuchs erklärte gegenüber der „Bild“-Zeitung, „das Problem der hohen Hartz-IV-Quote von Flüchtlingen lässt sich nur durch Integration lösen“. Dies bedeute auch, dass Asylsucher Deutsch lernen müssten. Er forderte ferner die Hartz-IV-Leistungen an den Integrationswillen zu koppeln. Eine soziale Absicherung bedeute nicht eine soziale Hängematte für alle Ewigkeiten.

Peter Entinger

Durchfallen ausgeschlossen

Aufsichtsbehörde EBA testet die Banken verdächtig wohlwollend

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) hat Europas Großbanken nach ihrem jüngsten „Stresstest“ ein insgesamt ordentliches Zeugnis für deren Krisenfestigkeit ausgestellt. „Das Ergebnis zeigt Widerstandsfähigkeit im EU-Banken-Sektor als Ganzes dank erheblicher Kapitalaufstockung“, heißt es in dem Bericht der Bankenaufsicht. Geprüft hatte die in London ansässige Behörde 51 europäische Geldhäuser, neun davon aus Deutschland. Beweisen mussten die Banken unter anderem, dass sie einen heftigen Absturz der Wirtschaft und einen Einbruch der Immobilienpreise verkraften können. Aus Sicht der EBA hat eine große Mehrheit der geprüften Banken eine ausreichende Kapitalisierung. Von den deutschen Banken schnitten am schlechtesten die Deutsche Bank und die Commerzbank ab. Insgesamt kam die italienische Banca Monte dei Paschi di Siena auf den letzten Platz.

Dass die Bank beim Test nicht komplett durchfiel, obwohl aktuell ganz massive Schwierigkeiten bekannt geworden sind, lässt an der Aussagekraft des Stresstestes stark zweifeln. So haben Kritiker inzwischen bemängelt, dass im Gegensatz zum Banken-Stresstest im Jahr 2014 die Möglichkeit des Durchfallens einer Bank gar nicht erst vorgesehen war. Möglich war dies unter anderem dadurch, dass die EBA auf die Vorgabe von Mindest-Kapitalquoten, die von den getesteten Banken erfüllt werden mussten, verzichtet hat. Staatdessen sollen bei Bedarf die nationalen Aufsichtsbehörden zum Jahresende für die einzelnen Banken individuelle Kapitalzuschläge festlegen.

Kritisiert wurde ebenso, dass als Teil der durchzuspielenden Simulation zwar das Szenario steigender Zinsen durchgespielt wurde, aber nicht die durchaus mögliche Variante noch weiter sinkender Zinsen. Tatsächlich ist das Niedrigzinsniveau aber ein Faktor, der vielen europäischen Banken immer stärker zu schaffen macht. Vor allem deutsche Geldinstitute werden künftig mehr Einnahmen aus Gebühren generieren müssen, etwa indem Privatkunden für Überweisungen und andere Kontodienstleistungen verstärkt zur Kasse gebeten werden. Inzwischen hat auch Bundesbank-Vorstand Andreas Dombret die Banken davor gewarnt, sich auf den Ergebnissen des jüngsten Krisentests auszuruhen. „Die Rahmenbedingungen, unter denen Banken heute arbeiten, haben sich geändert – niedrige Zinsen, Digitalisierung, strengere Regulierung, härtere Konkurrenz.“ Wie Dombret gegenüber der „Bild“-Zeitung sagte, müssen sich die Banken „dringend Gedanken darüber machen, wie sie ihre Geschäftsmodelle darauf ausrichten“.

> Die Aktienmärkte trauen dem »Stresstest« nicht

Nimmt man die Finanzmärkte zum Maßstab, dann scheint das Vertrauen in die Zukunft vieler europäischer Banken immer mehr zu schwinden. So haben die Deutsche Bank und die Credit Suisse allein seit Anfang des Jahres gut die Hälfte ihres Börsenwertes eingebüßt. Als Folge werden die Aktien beider Großbanken seit dem 8. August nicht mehr im Index „Stoxx Europe 50“ geführt, in dem die wichtigsten Börsenwerte Europas vereint sind.

Kaum als Vertrauensbeweis in den Bankenstresstest spricht, dass in den Tagen nach seiner Veröffentlichung die Aktien von Banken europaweit unter starken Abgabedruck gerieten. Im Fall der italienischen Unicredit war der Kursverlust sogar so stark, dass die Aktie zeitweise vom Handel an der Borsa Italiana ausgesetzt wurde.

Norman Hanert

Röhm-Putsch 2.0

Von Jörg B. Bilke

Wer historische Parallelen sucht, wird sie finden. So ist die Parallelität des „Röhm-Putsches“ von 1934 zum Vorgehen des mächtigen Sultans Erdogan zur Ausschaltung seiner Gegner unübersehbar. Auch Erdogan hat die Gelegenheit genutzt, zahllose Menschen nach vorbereiteten Listen verhaften zu lassen, manche nur, weil sie ihm widersprochen haben. Ihm ist zuzutrauen, dass er die Todesstrafe, die er erneut einführen will, rückwirkend anwendet, weil „das Volk“ es so will.

Und in Brüssel zögert man immer noch, die Verhandlungen mit der Türkei über deren EU-Beitritt abzubrechen. Jean-Claude Junker, der Präsident der Europäischen Kommission, verhält sich hier wie die beiden Beschwichtigungspolitiker Neville Chamberlain und Edouard Daladier, die 1938 auf den Obersalzberg reisten, um Adolf Hitler zu huldigen. Wenige Wochen danach marschierte dieser in die Rest-Tschechoslowakei ein.

Gestehen wir es uns doch endlich ein: Erdogan ist ein Faschist, gegen den eine bedeutend härtere Gangart einzuschlagen ist! Dass er demokratisch gewählt wurde, tut nichts zu Sache. Auch Hitler wurde demokratisch gewählt und hat dann die Demokratie abgeschafft.

Frei zum Abschuss

Von Eberhard Hamer

Immer wenn ein deutscher Politiker atlantische oder Euro-Weisungen nicht befolgte oder gar hemmte, wurde es für ihn gefährlich. Jetzt könnte es den SPD-Vorsitzenden und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel treffen. Bisher wurde er immer als atlantisch folgsam gehandelt. Er ist aber aus der SPD-Geschichte heraus weniger Konzernknecht als Demokrat.

Als ihm und der Mehrheit der SPD klar wurde, dass die Geheimverhandlungen zwischen den USA und der EU in Sachen TTIP zu dramatischen Nachteilen nicht nur für alle deutschen Unternehmen (Preisdominanz) und vor allem für alle mittelständischen Branchen führen würden und dazu auch die Demokratie an von den US-Firmen beherrschte Schiedsgerichte abgegeben werden soll, wollte er die „wirtschaftliche Machtübernahme der USA wie bei der Nato die militärische über Europa“ (Ex-US-Vizepräsident Dick Cheney) nicht mehr mitmachen.

So wurde er zur Gefahr für das Lieblingskind von US-Präsident Barack Obama beziehungsweise für die dahinter stehenden Hochfinanzkreise. Man griff ihn aber nicht wegen der TTIP-Verweigerung an, sondern auf einem Nebenschauplatz: seiner Ministererlaubnis für die Tengelmann-Übernahme. Seitdem findet in den USA-hörigen Staats- und Konzernmedien ein Trommelfeuer gegen Gabriel statt, um ihn entweder für TTIP-weichzukochen oder durch einen TTIP-Befürworter zu ersetzen.

Man darf gespannt sein, ob auch dieses Mal Unbotmäßigkeit zum Sturz führt.

Zynisch, aber ein Glücksfall

Von Hermann Paul Winter

Bei der Trauerfeier für die Opfer des Münchner Attentats erinnerte Dhahri Hajer vom Münchner Muslimrat an einen Vers der 5. Sure des Koran. Sie legte ihn als „Tötungsverbot“ aus: „Wer einen Menschen tötet, so ist es, als ob er alle Menschen tötet.“ Friedfertigkeit und Abkehr vom Hass stehe für den Islam. Nahezu zeitgleich skandierten in Köln tausende Muslime: „Wir wollen die Todesstrafe“. Wie passt das zusammen? Der Zugriff auf den Koran-Vers als Beleg für ein Tötungsverbot ist nicht unüblich. Praktisch schablonenhaft und als wäre das Zitat von Ankara vorgegeben, taucht der Satz regelmäßig auf, wollen Muslimverbände nach Gewalttaten auf die Friedfertigkeit ihrer Religion hinweisen. Es erfordert kaum Mühe, die Mogelpackung zu durchschauen, die den schlichten Volksvertretern in München aufgetischt wurde: Hajer hat einen wesentlichen Teil des Koran-Verses unterschlagen, der aus dem in ihn hineininterpretierten Tötungsverbot flugs ein beschränktes Tötungsgebot werden lässt. Jener Satzteil lautet: „... ohne dass er einen Mord oder eine Gewalttat begangen hat ...“. Dies bedeutet aber, dass sich die Kölner Glaubensbrüder mit Ihrer Forderung nach der Todesstrafe auf denselben Vers berufen können, der bei der Münchner Trauerfeier zitiert wurde. Schließlich handelt es sich bei den Putschisten nach Lesart Erdogans um Gewalttäter, denen mit der ganzen Härte der Macht begegnet werden muss. Der in dem Koran-Vers beschriebene Tatbestand ist erfüllt.

> Für die Festigung des Islam bei uns steht Erdogan

Auch wenn es zynisch klingt, es ist ein wahrer Glücksfall: Das zufällige Zusammentreffen des Münchner Trauerakts und des türkischen Massenauflaufs in Köln innerhalb weniger Stunden hat eindrucksvoll veranschaulicht, was die Muslime in Deutschland eint: Nicht die Forderung nach Demokratie und Freiheit nach westlichem Vorbild, sondern ihre Religion. Für diese Religion steht der starke Mann am Bosporus. Nicht über seine alles andere als demokratische Politik, sondern über die Islamisierung hat es Erdogan verstanden, einen Großteil der Muslime in Deutschland hinter sich zu scharen. Mit seiner AKP strebt er seit Jahren dem Islam zu, verpasst wohl keine Gelegenheit, zu betonen, diese sei konservativ-demokratisch ausgerichtet, sträubt sich aber gegen die Einstufung als „muslimisch-demokratisch“. Die Prädikate „muslimisch“ und „demokratisch“ werden in der AKP als unvereinbar wahrgenommen, der Islam steht über dem Staat und der Gesellschaft.

Der deutsche Boden für Erdogans Neo-Islam ist fruchtbar: Bereits im Jahr 2012 förderte die Studie „Deutsch-Türkische Lebenswelten“ zutage, dass sich 46 Prozent der in Deutschland lebenden Türken wünschen, hier eines Tages in einem mehrheitlich muslimischen Land zu leben.

Die überdimensionierte Kölner Kundgebung war ein religiöses, kein politisches Phänomen.



Vortäuschung falscher Tatsachen: Gern stellen Muslime, wie hier Dhahri Hajer während des Trauergottesdiensts nach dem Terroranschlag in München, den Islam als friedliebende Religion dar, indem sie Koran-Suren unvollständig zitieren

Bild: epd

Gegenwind



Wer verfügt über das deutsche Militär?

Von Florian Stumfall

Gäbe es den Islamischen Staat (IS) nicht, so müsste man ihn erfinden. Er stellt die maßgebliche Daseinsberechtigung der Nato dar und ist ein vielfach benutzter und immer wieder gerne verwendeter Vorwand für ihre Mitgliedsländer, wenn eines von ihnen wieder einmal ein arabisches Land überfallen will. Dadurch betreibt die Nato das erfolgreichste Rekrutierungsprogramm des IS – mit jedem Überfall, jeder Drohne, die Raketen auf Unschuldige schießt, treibt sie den Terroristen mehr neue Kämpfer zu, als deren verschiedene Internet-Foren das je könnten.

Jetzt ist es wieder Frankreich, das die Nato-IS-Symbiose erheblich beflügelt. Wiederum unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Terrorismus ist die Grande Nation in Libyen einmarschiert. Das heißt – eigentlich hat man sich ganz leise ins Land geschlichen, wie das verschiedene westliche Staaten in unterschiedlichen arabischen Ländern tun, seien es nun UN-Amerikaner im Jemen, Briten in Sierra Leone oder Bundeswehrsoldaten in Syrien. Diese verdeckten militärischen Aktivitäten ergänzen die „Friedensmissionen“, die ganz offiziell ablaufen.

Der französische Einsatz in Libyen wurde auch nur dadurch offenbar, dass Ende Juli ein französischer Militär-Hubschrauber abgeschossen wurde und dabei sieben Menschen ums Leben kamen, darunter drei französische Soldaten, Unteroffiziere einer Spezialeinheit. Das geschah im Maqrun-Gebiet, südlich von Bengasi. Kämpfer der „Bengasi-Verteidigungsbrigade“ reklamierten den Abschuss für sich und erklärten, sie hätten den Helikopter mit einer Strela-2, einer russischen Luftabwehr-Rakete aus sowjetischen Zeiten, vom Himmel geholt.

Frankreichs Präsident François Hollande konnte nicht umhin, die französische Militärpräsenz in Libyen zu bestätigen und erzählte zunächst etwas von „Aufklärungsflügen“. Bald darauf aber musste seine Regierung zugeben, dass französische Spezialeinheiten auf libyschem Boden operieren. Daraufhin erhoben sich laute Proteste, hauptsächlich in Tripolis, aber auch in anderen Städten des Landes.

> **Die Kolumne**: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Blamabel für Frankreich und die Nato ist vor allem der Umstand, dass sogar die von den UN eingesetzte Marionettenregierung, die zwischen zwei anderen, rivalisierenden Regierungen ein schüchternes Dasein fristet, gegen die französische Invasion protestiert hat. Dabei ist es nach der Absicht der westlichen Schirmherren ihre Aufgabe, allfällige Angriffe der Nato abzusegnen und ihnen den Anschein völkerrechtlicher Korrektheit zu verleihen. Jetzt aber der Vorwurf, Frankreich habe mit dem Militäreinsatz, der nicht abgesprochen gewesen sei, die Souveränität Libyens verletzt.

Dass sich Frankreich nun also einen neuen Kriegsschauplatz ausgesucht, respektive einen alten wiederentdeckt hat, muss angesichts der prekären Lage des Landes doch erstaunen. Frankreich im Krieg – das ist so wie ein Hartz-IV-Empfänger im Spielcasino. Wenn es aber auch nur halbwegs stimmt, dass von einer gedeihlichen Zusammenarbeit Frankreichs mit Deutschland das Wohlergehen ganz Europas abhängt, dann müssten angesichts der gallischen kriegerischen Tätigkeiten auch in Berlin die Luftschutz-Sirenen heulen.

Dies gilt umso mehr, als Libyen nicht das einzige Beispiel darstellt. Nach dem Anschlag in Nizza, bei dem über 80 Menschen den Tod fanden, waren die Tränen der Leidtragenden noch nicht trocken, als die französische Luftwaffe in Syrien eine Rache-Attacke flog. Zur Erinnerung: Frankreichs Militär hält sich, wie auch das der anderen Nato-Länder, illegal in Syrien auf. Sie wurden nicht ins Land und nicht um Hilfe gebeten, wie das bei den Russen der Fall ist. Nato-Flugzeuge im syrischen Luftraum stellen eine Aggression und einen Völkerrechtsbruch dar. Übrigens erfolgte die Verlegung von französischen Boden-Truppen nach Syrien ebenfalls auf die heimliche Weise wie in Libyen, nämlich in den Wochen der Fußball-Europameisterschaft, während der die Menschen für derlei keinen Kopf hatten.

Angesichts der Illegalität des Eingreifens fällt es umso mehr ins Gewicht, wenn, wie jetzt geschehen, die französische Luftwaffe auch noch die Falschen bombardiert. Die jüngsten Angriffe galten einer Gegend, die vom IS überhaupt nicht besetzt ist. Doch kamen dabei 120 Zivilisten ums Leben. Das syrische Außenministerium hat sich bereits an den UN-Sicherheitsrat gewandt: „Die völlig ungerechtfertigte französische Aggression kostete das Leben von mehr als 120 Zivilisten, die meisten von ihnen sind Kinder, Frauen und ältere Menschen. Hinzu kommen mindestens zehn Verwundete, auch sie zumeist Frauen und Kinder.“

Angesichts dieses Blutbades klingt die Drohung Hollandes nach dem Attentat von Nizza makaber. Er hatte gesagt, „wir werden jene zur Rechenschaft ziehen, die uns auf unserem eigenen Boden angreifen“, und angekündigt, er werde den Kampf gegen den IS in Syrien und im Irak verstärken. Dieser erste Versuch allerdings endete als Katastrophe.

Unbeeindruckt davon zeigt sich Frankreichs Verteidigungsminister Jean-Yves Le Drian. „Man muss die noch bestehenden Terrorrisiken auf null bringen“, sagte er bei einem Gespräch mit dem Sender „France info“. „Als Verteidigungsminister glaube ich, dass dafür ein Schlag ins Herz versetzt werden muss, ein Schlag gegen die Gruppierungen des IS in Syrien und im Irak. Frankreich versetzt solche Schläge in Syrien und im Irak jeden Tag, obwohl es das nicht jedes Mal bekannt gibt.“ Nun – dafür, dass man den Schlag gegen die Zivilsten verschwiegen hat, gab es jedenfalls gute Gründe.

> **Der Autor**: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier“. In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltsicht aufs Korn genommen.

Zum Schauplatz Mali. Vor genau zwei Jahren hat Frankreich angekündigt, seinen Militär-Einsatz in Mali – natürlich eine „Friedensmission“ zur Bekämpfung des Terrorismus – zu beenden. Heute ist von Frieden keine Rede, und Frankreich hat in Mali weitaus mehr Soldaten stehen als vor zwei Jahren. Hier, in diesem westafrikanischen Land, ist auch eines der Exerzierfelder französisch-deutscher Zusammenarbeit auf dem militärischen Sektor.

Nachdem es mit den Franzosen allein nicht so richtig vorwärtsging, wurde ein Bataillon von Bundeswehrsoldaten dorthin abgestellt. Zu Beginn heißen solche Einsätze immer „Ausbildungs-Hilfe“ oder ähnlich. Mittlerweile sind die deutschen Soldaten längst in Gefechtshandlungen verwickelt. Die zuständige Ministerin Ursula von der Leyen spricht von „guter Arbeit“, kündigt ein Ausgreifen in den Norden des Landes an und verdoppelt die Mannschaften. Deutschland erlebt in Mali so etwas wie ein Afghanistan-Syndrom.

Das wäre an sich schon gefährlich genug. Doch Frankreich hat in jeder seiner ehemaligen Kolonien Militär stehen, keines der betreffenden Länder kann als ein Hort der Stabilität gelten, überall gibt es soziale Verwerfungen, ethnische Spannungen, radikale Islamisten, mit einem Wort: Mit derselben Argumentation, mit der deutsche Soldaten nach Mali befohlen worden sind, kann man sie in zig weitere afrikanische Länder schicken, Völkerrecht hin oder her.

Deutschland steht mit der Bundeswehr in 16 Ländern dieser Erde. In keinem dieser 16 Fälle ging die Entscheidung für den Militäreinsatz ursprünglich von Seiten der Bundesregierung aus. In allen Fällen waren es andere Staaten, die, im Rahmen von Bündnisverpflichtungen, den Bundeswehr-Einsatz bewirkt haben. Auch wenn Ministerin von der Leyen ihrerseits eine unverkennbare Neigung zum militärischen Abenteuer zeigt, so stellt sich doch die Frage, wer letztlich über das deutsche Militär verfügt.

Zerbrechlicher Klang

Auch Mozart liebte die Glasharmonika – Das rare Musikinstrument ist beim Schleswig-Holstein Musik Festival zu erleben

Sie klingt so überirdisch, dass sie zeitweise als gesundheitsschädlich verschrien war: die Glasharmonika. 1761 erfand der amerikanische Wissenschaftler und Staatsmann Benjamin Franklin seine „Armonica“. Heute ist das Instrument aus Kristallschalen, das für lange Zeit völlig in Vergessenheit geraten war, wieder häufiger auf Konzert-Bühnen zu entdecken.

Für die meisten Musiker sind feuchte Hände ein Albtraum. Aber an der Glasharmonika steht immer eine Schüssel mit Wasser. Hier müssen die Finger sogar feucht sein, nur so kann man einen Ton erzeugen. Das Prinzip kennt jeder, der schon einmal mit dem Finger um den Rand eines Trinkglases gefahren ist.

Bei einer Glasharmonika lagern 30 bis 40 ineinandergeschobene Glasschalen in zunehmender Größe auf einer Achse parallel zum Boden. Diese wird über ein Fußpedal in Schwingung versetzt, vergleichbar mit dem Antrieb einer Nähmaschine. Die befeuchteten Finger setzt man dann auf die rotierenden Schalen auf und so kann man wie auf einem Klavier spielen. Dabei erzeugt die größte Schale den tiefsten Klang und die kleinste den hellsten Ton. Es gibt sogar „schwarze Tasten“ für die Halbtöne – bei der Glasharmonika haben die entsprechenden Schalen aber einen goldenen Rand.

Dass Gläser melodisch zum Klingen zu bringen sind, war schon früh bekannt. In einem „Musicalischen Lexikon“ von 1732 wird erstmals ein „Verrillon“ (von französisch „verre“, Glas) aus Schlesien erwähnt, das durch Anschlagen funktionierte. Der Wissenschaftler und spätere US-Staatsmann Benjamin Franklin lernte bei einem Konzert in London ein ähnliches Instrument kennen, die „Musical Glasses“ des Iren Richard Pockrich. Dessen „Angelick Organ“ wurde bereits durch Anschlagen und Reiben bespielt, was die Klangpalette vergrößerte. Dabei erlag der Amerikaner offenbar der Faszination des Glasspiels. Er tüftelte 1761 ein neues Instrument aus, das er „Armonica“ nannte. Erst nach der Entwicklung anderer Harmoniken erhielt die erste von ihnen die Bezeichnung „Glasharmonika“.

Schnell erlangte das Instrument große Beliebtheit. Mozart hatte das Instrument schon als Kind in Wien kennengelernt und es sofort ausprobiert, Beethoven hat dafür komponiert, auch Haydn und viele andere. Goethe sprach vom „Herzblut der Welt“. Damals wie heute bezaubert das Instrument durch einen unwirklichen Sphärenklang, der mit nichts zu vergleichen ist. Irgendwann kam die Glasharmonika aber außer Mode.

„Zu Beginn des 19. Jahrhunderts hat sich der große Orchesterklang entwickelt, zwischen dem man die Glasharmonika kaum noch hören konnte. Außerdem war es immer ein sehr teures Instrument, das nur wenige Musiker überhaupt gespielt haben. Dadurch ist es einfach komplett in Vergessenheit geraten“, weiß Gerald Schönfeldinger vom „Wiener Glasharmonika-Duo“, der das Instrument zusammen mit seiner Frau und Duo-Partnerin Christa wieder aus der Versenkung geholt hat. Zudem war es in Verruf geraten: Kritiker warnten vor ihren angeblich nervenschädigenden Schwingungen.

Christa und Gerald Schönfeldinger sind ausgebildete Konzertgeiger, aber der Orchesterjob wurde ihnen zu langweilig. Durch Zufall entdeckten sie die Glasharmonika, als in einem Musikrätsel ein Instrument gesucht wurde, für das Mozart komponiert hat, das Donizetti und Richard Strauss in der Oper eingesetzt haben und mit dem Franz Anton Mesmer in Wien seine Heilsitzungen begleitet hat. „Diese Beschreibungen waren so spannend, dass uns sofort klar wurde, dass wir das lernen wollten“, sagt Schönfeldinger.



Glasklar: Ehepaar Schönfeldinger an der Glasharmonika und am modernen Röhren-Verrophon Bild: Günter Hofstädter

Die beiden Musiker zogen sich vom Geigenspiel zurück und stürzten sich auf das Glasinstrument. Ein paar Jahre lang haben sie erst einmal nur geübt, ehe sie sich auf die Bühne wagten. Dabei haben sie interessante Erfahrungen gemacht. Dass die Hände nass sein müssen, war klar. Also nach dem Musizieren dick eincremen? „Nein! Bloß nicht!“, widerspricht Christa Schönfeldinger vehement. „Ich brauche raue und entfettete Haut, ansonsten habe ich keinen Ansatz am Glas.“

Und es muss immer das gleiche Wasser sein. In der Klasse, in der die beiden spielen, muss der Ton sofort ansprechen. „Da macht die unterschiedliche Zusammensetzung des Wassers schon etwas aus“, erklärt sie. „Hartes Wasser ist zum Beispiel tödlich. Ich habe mich mittlerweile auf destilliertes Wasser umgestellt, das bekomme ich überall. Gerald kann damit nicht so gut spielen, deshalb nehmen wir immer unser eigenes Leitungswasser mit.“

Die Glasharmonika bietet dem Zuhörer ein völlig neues Klangerlebnis, obwohl sie schon so alt ist. „Die meisten Menschen können sich nicht vorstellen, dass man aus einem so starren Material wie Glas so unglaubliche Musik hervorbringen kann“, sagt Gerald Schönfeldinger. Die Zuhörer seien entzückt über die sphärischen Klänge und fasziniert von der Virtuosität der Werke. Bis zum Schluss können sie kaum glauben, dass man einem Instrument solche Töne entlocken könne. Es ist schon eine Form von Magie, die von diesem Instrument ausgeht.

Kammermusik ist die eigentliche Welt der leisen, eindringlichen Glasharmonika. Auch zeitgenössische Komponisten wie Jörg Widmann haben Stücke für sie komponiert. „Das ist uns wichtig, denn wir wollen es ja nicht nur als Museumsinstrument spielen.“ Doch eine Oper hat dem Instrument letztlich zur Berühmtheit verholfen: Donizettis „Lucia di Lammermoor“. Wenn Lucia ihre Wahnsinns-Arie singt und dann stirbt, begleitet allein der gläserne, unwirkliche Ton der „Armonica“ den dramatischen Sopran. *Andreas Guballa*

Beim Schleswig-Holstein Musik Festival lassen Christa und Gerald Schönfeldinger das einzigartige Instrument am 12. August um 20 Uhr in der Klosterkirche Bordesholm und am 13. August um 20 Uhr in der Maria-Magdalenen-Kirche Marne erklingen. Sie spielen das berühmte Solo-Adagio für Glasharmonika von Mozart sowie Bearbeitungen von Haydn. Karten sind bei den örtlichen Vorverkaufsstellen, der Kartenzentrale unter (0431) 237070 und an der Abendkasse erhältlich. Internet: www.shmf.de

Kinder auf der Flucht

Deutsch-polnisches Theater nimmt sich Vertriebenenschicksals an

Dass sich junge Schauspieler mit dem Thema Vertreibung auseinandersetzen, ist ungewöhnlich genug. Noch interessanter ist, dass ein deutsch-polnisches Theaterprojekt das Vertriebenen-Schicksal nicht einseitig auffasst. Die Deutschen aus Ostpreußen geraten dabei nicht in Vergessenheit.

Das Theater „Das Letzte Kleinod“ aus Schiffdorf bei Bremerhaven ging zusammen mit dem polnischen Theater „Gdynia Główna“ auf Spurensuche in Russland, Polen sowie Deutschland und befragte Zeitzeugen, wie sie als Kind ihre Flucht erlebt haben. Aus den Geschichten entstand das dokumentarische Theaterstück „Flucht-Ucieczka“, das in diesem Sommer in einem Güterzug noch bis 26. August an mehreren Bahnhöfen in Polen und Deutschland gespielt wird.

Der junge Rotarmist sollte ein Lebensmittellager in der Nähe der umkämpften Stadt Berlin bewachen. Aber er verteilte das Dosenfleisch stattdessen an die hungernden Flüchtlinge. Ein russisches Mädchen flüchtete mit ihrer Familie vor den Deutschen aus dem zerstörten Waldai und bekam schließlich eine Wohnung in Königsberg zugewiesen. Doch zuerst mussten sie ein totes Pferd zur Seite schaffen, das im Treppenhaus des neuen Quartiers lag. Eine Frankfurterin hatte als kleines Kind miterlebt, wie sich die komplette Belegschaft eines Gutshofes in Ostpreußen auf dem Dachboden der Scheune aufhängte. Auch ihre eigene Mutter nahm sich dabei das Leben. Das sind nur drei von Dutzenden Geschichten, welche die Theatermacher auf ihrer Recherchereise sammelten.

Noch heute sind diese Erlebnisse bei der älteren Generation allgegenwärtig. Zeitzeugen aus Königsberg, Gdingen, Frankfurt/Oder und Niedersachsen erzählten von ihren traumatischen Erinnerungen. Oft waren diese Gespräche von Tränen begleitet. Das erstaunt kaum, denn eine Aufarbeitung fand nach dem Ende des Krieges nicht statt. Jetzt sollen diese Erzählungen an einem Ort inszeniert werden, der wie kein anderer für die Geschichte der Flucht steht. Fast jeder der Zeitzeugen erzählte von tagelangen Transporten auf der Eisenbahn. Das Stück wird deshalb in vier alten Güterwaggons aufgeführt, die für das Theaterstück von einer slowakischen Bahngesellschaft angemietet wurden. Bevor die Züge auf deutschen Bahnhöfen Halt machten, fanden mehrere Aufführungen in Pommern statt.



Nachempfinden einer realen Tragödie: Darsteller des Theaterprojekts „Flucht-Ucieczka“ Bild: Siemssen

Das Theater „Das Letzte Kleinod“ hat sich mit dokumentarischen Stücken an originalen Spielorten international einen Namen gemacht. Die Projekte werden mit dem Ozeanblauen Zug, einer mobilen Produktionsstätte mit neun eigenen Eisenbahnwaggons, aufgeführt. In diesem Jahr wurde man mit dem Theaterpreis des Bundes von der Staatsministerin für Kultur und Medien ausgezeichnet. *tws*

Aufführungen: 13. bis 15. August, Güterbahnhof Linden, Fischerhof 18, Hannover. 18. bis 22. August, Columbuskaje, Steubenstraße 7b, Bremerhaven. 23. und 24. August, Bahnhof der Museumsbahn Bad Bederkesa, Bahnhofstraße 16, Geestland. 25. und 26. August, Bahnhof Geestenseth, Schienenweg 2, Schiffdorf. Die Vorstellungen finden um 19 und 20.30 Uhr statt. Tickets ab 26.40 Euro unter www.das-letzte-kleinod.de

Frauenalarm

Weibliche »Ghostbusters« in den Kinos

Es gibt Filme, die gelten als sakrosankt. „Star Wars“ ist solch ein von Fans verehrtes Heiligtum, bei dem es an Blasphemie grenzt, würde man es wagen, es durch den Kakao zu ziehen. Ein ähnlicher Kult wird schon seit 1984 um die Geisterjäger-Komödie „Ghostbusters“ betrieben. Nachdem 1989 ein zweiter Teil in die Kinos kam, scheiterte eine weitere, umkämpfte Fortsetzung auch am Tod von Harold Ramis, neben Dan Aykroyd und Bill Murray einem der Hauptdarsteller und geistigen Väter des Films.



Schießwütig: Frauenquartett als Geisterjäger Bild: 2016 Sony Pictures Releasing GmbH

Als vor zwei Jahren eine Neuauflage von „Ghostbusters“ angekündigt wurde, ging ein Aufschrei des Entsetzens durch die sozialen Netzwerke. Die Tatsache, dass der Film mit Geisterjägerinnen – also Frauen! – besetzt würde, sorgte sogar für Boykottaufrufe. Davon ist nicht viel geblieben, seitdem der Film jetzt in den Kinos angelaufen ist. Der Besuch einer ausverkauften Wochenend-Veranstaltung eines Multiplex-Kinos beweis: Die Komödie erfreut sich allgemeiner Beliebtheit – bei Frauen wie bei Männern.

Wie im Vorgänger-Film gibt es auch hier viele grünen Schleim aussondernde Geistermonster. Auch sonst ist fast alles beim Alten geblieben, außer dass jetzt ein Frauen-Quartett auf Geisterjagd geht und dass statt der einfältigen Blondine am Empfang ein gutaussehender Volltrottel den Emanzen die Schau stiehlt.

Dass es kein reiner Emanzen-Film wurde, liegt auch daran, dass Regisseur Paul Feig mit seinen Darstellerinnen Kristen Wiig und Melissa McCarthy auf das bewährte Komikerinnen–Team setzte, das schon 2011 mit der Komödie „Brautalarm“ auch die Männer zum Lachen brachte. Weil aber in den USA mehr Frauen als Männer in die Kinos gehen, muss man sich in Zukunft häufiger an Frauenfilme gewöhnen. Warum sind aber Frauen verliebt ins Kino? Doch nur deswegen, weil sie die mit Sixpacks ausgestatteten Filmhelden bewundern. Frauen-Versionen von „Star Wars“, „Harry Potter“ (demnächst als „Harriet Potter“?) oder „Ben Hur“ (kommt am 1. September tatsächlich neu in die Kinos – aber nicht als „Ben Hure“) würden wohl auch das weibliche Publikum auf Dauer abschrecken. *Harald Tews*

MELDUNGEN

Gluck auf der Ruhrtriennale

Bochum – Am 12. August startet die Ruhrtriennale mit Christoph Willibald Glucks Oper "Alceste" in die neue Festivalsaison. Bis zum 24. September sind in 24 Spielstätten der Region rund 200 Veranstaltungen und Installationen zu sehen. Veranstaltungskalender und Karten im Internet unter www.ruhrtriennale.de. *tws*

Rom aus Künstler-Sicht

Berlin – In der Alten Nationalgalerie steht bis zum 20. November ein fünfteiliges 360-Grad-Panorama von Rom im Zentrum der Kabinettausstellung „Stadtlandschaft Rom“. Der in Graz geborene Künstler Friedrich Loos malte es 1850. Daneben werden weitere Rom-Darstellungen gezeigt. Internet: www.smb.museum *tws*

»Venus im Pelz« ist heimgekehrt

Potsdam – Die „Venus im Pelz“, ein um 1640 in der Nachfolge Peter Paul Rubens entstandenes Bild, ist in die Bildergalerie im Potsdamer Park Sanssouci heimgekehrt, wo es seit 1945 als verschollen galt. Es befand sich im Nachlass eines Berliners Malers, bevor es verkauft und schließlich aus freien Stücken restituiert wurde. *tws*

Überfall auf den Iran »im Stile Hitlers«

Vor 75 Jahren griffen Großbritannien und die Sowjetunion Persien ohne Kriegserklärung an

Unmittelbar nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges hatte der Iran seine strikte Neutralität bekundet. Das genügte Großbritannien und der Sowjetunion aber nicht. Da der Schah jedoch nicht freiwillig für die Alliierten Partei ergreifen wollte, überfielen Briten und Sowjets sein Land und zwangen ihn zum Thronverzicht.



Nach dem Überfall auf den Iran: Indische Soldaten marschieren im Auftrag ihrer Kolonialherren in die weltgrößte Raffinerie in der Provinz Chuzestan im Südwesten Persiens ein.

Bild: action press

Unmittelbar nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges hatte der Iran seine strikte Neutralität bekundet. Schah Reza erklärte, man wolle sich aus allen Feindseligkeiten heraushalten und stattdessen „mit der einen wie der anderen Seite weiterhin eine dauerhafte und fruchtbare Politik der Freundschaft betreiben“. Schließlich unterhielt man enge Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland, das unter den Außenhandelspartnern noch vor Großbritannien und der Sowjetunion an erster Stelle rangierte. Der Iran bezog vor allem Bau- und Werkstoffe, Maschinen sowie chemische Produkte aus Deutschland, die Streitkräfte waren überwiegend mit deutschen Waffen ausgerüstet, und die Lufthansa war die einzige Fluglinie Europas, die eine regelmäßige Verbindung in den Iran anbot. Entsprechend gab es bis 1939 rund 5000 deutsche Fachkräfte im Land, deren Zahl sich allerdings nach Kriegsbeginn reduzierte, da viele von ihnen zum Wehrdienst einberufen wurden.

Nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 bekräftigte der Iran noch einmal seine Neutralität. Gleichwohl schloss sich Josef Stalin nur vier Tage später einem britischen Protest an, der sich gegen die weitere Beschäftigung Deutscher im Iran richtete. Schon seit Mitte 1940 hatte nämlich die britische Regierung darauf gedrängt, der Iran solle die deutschen Ingenieure und Techniker so weit wie möglich ausweisen, weil durch sie die Gefahr einer nationalsozialistischen Beeinflussung bestünde und damit die Neutralität des Landes nicht mehr gewährleistet sei.

Der Schah erwiderte, die deutschen Wirtschaftsberater könnten nur schwer ersetzt werden, abgesehen davon, dass die deutsche Regierung einen solchen Schritt ihrerseits als Verletzung der iranischen Neutralität ansehen würde. Die Sowjets gingen dann in ihrer Protestnote vom 26. Juni 1941 noch einen Schritt weiter, indem sie behaupteten, die Deutschen planten demnächst einen Staatsstreich im Iran.

Tatsächlich zeigte der schnelle Vormarsch der Wehrmacht in der Sowjetunion, dass diese ohne die massive Hilfe ihres Bündnispartners Großbritannien schon bald in arge Bedrängnis geraten würde. Was aber die dafür notwendigen Nachschubwege betraf, schied die Route durch das Mittelmeer und das Schwarze Meer aus, weil die Türkei zur Wahrung ihrer eigenen Neutralität die Dardanellen blockierte. Der Zugang über die sowjetischen Häfen in Fernost war auch nicht möglich, da diese von dem mit Deutschland verbündeten Japan überwacht wurden. So nutzten die Briten zunächst den Hafen von Murmansk, dessen Zufahrt sich jedoch als gefährlich erwies, da der Seeweg dorthin durch das Operationsgebiet deutscher U-Boote führte. Damit blieb praktisch nur die Route durch den Persischen Golf und den Iran, wo 1938 die Transiranische Bahnlinie fertiggestellt worden war. Und weil Briten und Sowjets fürchteten, diese könnte durch deutsche Sabotageakte unterbrochen werden, schien ihnen Eile geboten zu sein.

Wenige Tage vor dem Thronwechsel: Reza (l.) mit seinem Sohn und Nachfolger Mohammed Reza

Bild: CF

Daher überreichten die Botschafter Großbritanniens und der Sowjetunion, Sir Reader Bullard und Andrej Andrejewitsch Smirnow, am 19. Juli 1941 dem Schah eine zweite gemeinsame Protestnote gegen die Anwesenheit Deutscher im Iran, verbunden mit der Aufforderung, die Transiranische Eisenbahn als Nachschubroute für die Alliierten zur Verfügung zu stellen. Am 16. August 1941 folgte schließlich eine dritte Note mit der Drohung, man werde nötigenfalls Gewalt anwenden, wenn der Iran nicht zur Kooperation bereit sei.

Unter diesen Umständen erwog der Schah, dem alliierten Druck nachzugeben. Er versuchte noch, diplomatische Kanäle dafür zu nutzen, und hatte dem deutschen Gesandten in Teheran sogar schon mitgeteilt, dass man nicht umhinkommen werde, alle Deutschen auszuweisen – zu jenem Zeitpunkt befanden sich allerdings nur noch 470 Deutsche einschließlich ihrer Familienangehörigen im Land. Doch Briten und Sowjets dauerte der Prozess zu lange, sie verloren die Geduld und glaubten, sich zum Handeln genötigt zu sehen.

Ohne jegliche Kriegserklärung marschierten am 25. August 1941 sowjetische Truppen von Aserbaidschan aus in den Norden des Landes ein, britische Verbände besetzten vom Irak her kommend den Süden mit den Ölfeldern und Raffinerien. Die iranische Armee wurde ohne Vorwarnung in ihren Kasernen angegriffen, die Flugzeuge der Luftwaffe durch feindliche Bombardierungen am Boden zerstört und die Schiffe der kleinen Flotte ebenfalls aus der Luft versenkt. Der Schah fühlte sich in dieser Situation von den Alliierten vollends verraten, denn er hatte nicht geglaubt, dass sie derart eklatant internationales Recht brechen würden. Sein Sohn Mohammed Reza schrieb später in seinen Memoiren, Briten und Sowjets seien geradezu „im Stile Hitlers“ in das Land eingedrungen und hätten damit „eines der Hauptprinzipien verletzt, um derentwillen sie überhaupt Krieg führten“. Selbst Adolf Hitler habe schließlich die Neutralität Schwedens und der Schweiz respektiert.

In einer gemeinsamen Note begründeten die Botschafter der beiden Staaten noch am Tag der Invasion ihr Vorgehen damit, es sei unumgänglich gewesen, „militärisch gegen den Iran vorzugehen ..., um subversive Umtriebe seitens der Deutschen im Keim zu ersticken“, die Staatshoheit des Landes werde jedoch nicht berührt. Britische und sowjetische Stimmen behaupteten später, man habe den Iran besetzen müssen, weil der Schah nicht bereit gewesen sei, die im Land lebenden Deutschen auszuweisen, womit er die Neutralität verletzt habe. Dabei lebten ebenso Angehörige der Alliierten und anderer Nationen im Iran, die auch nicht ausgewiesen wurden.

> »Unter diesen Umständen können wir Gewaltanwendung nicht ausschließen«

Am 27. August 1941, also zwei Tage nach dem Einmarsch von Briten und Sowjets, zwangen diese den iranischen Premierminister Ali Mansur, die restlichen Deutschen des Landes zu verweisen. Er kam dieser Forderung nach, erklärte dann aber seinen Rücktritt. Sein Nachfolger, Mohammed Ali Foroughi, befahl am nächsten Tag den Streitkräften des Landes, die Waffen niederzulegen, da er weiteren Widerstand als sinnlos erachtete. Am 30. August 1941 wurde der Iran in drei Zonen aufgeteilt: die sowjetische Besatzungszone im Norden, die britische im Süden, dazwischen ein schmaler Streifen mit Teheran im Zentrum, der für den Schah und seine Regierung „reserviert blieb“.

Doch die Alliierten waren noch nicht zufrieden. Sie wussten, dass der Schah nur widerwillig mit ihnen zusammenzuarbeiten bereit war und drängten folglich auf seine Abdankung. Er selbst wurde unsicher, wollte nicht Herrscher eines von fremden Mächten besetzten Landes sein. Schon deren Invasion mit ansehen zu müssen, hielt er mit seiner Würde als Souverän für unvereinbar. Dem Kronprinzen vertraute er an: „Wie soll ich als regierender Kaiser des Iran Instruktionen von einem kleinen britischen oder russischen Hauptmann entgegennehmen!“

So trug er sich denn mit dem Gedanken zurückzutreten. Das dauerte den Alliierten allerdings zu lange, denn am 14. September 1941 forderten die Botschafter des Vereinigten Königreiches und der UdSSR den Herrscher ultimativ zur Abdankung auf. Weil der weiterhin zögerte, legten die beiden Diplomaten nach und erklärten: „Unter diesen Umständen können wir Gewaltanwendung nicht ausschließen. Wir würden Ihnen raten, vernünftig zu sein. Danken Sie ab und überlassen Sie den Thron Ihrem Sohn. Wenn nicht, werden wir ganz einfach die Monarchie beseitigen und den Iran einem anglo-russischen Duumvirat unterstellen. Wenn Sie nicht bis zum 17. September, 12 Uhr, Ihre Zustimmung gegeben haben, werden noch am selben Nachmittag unsere Truppen in Teheran einmarschieren.“ Schah Reza sah sich gezwungen nachzugeben.

Am 16. September 1941, und damit einen Tag vor dem Ablauf des Ultimatums, entsagte er zugunsten seines Sohnes Mohammed Reza dem Thron. Dieser war dann nur noch eine Marionette der Besatzungsmächte und musste sich auf repräsentative Aufgaben beschränken. Die Alliierten hatten ihr Ziel erreicht. Am 29. Januar 1942 garantierten die beiden Besatzungsmächte dem jungen Herrscher im Dreimächteabkommen die Unabhängigkeit und Souveränität seines Landes und den Abzug ihrer Truppen nach Beendigung des Krieges. Darauf hatte der aus der anglo-sowjetischen Intervention hervorgegangene neue Schah ausdrücklich bestanden.

Wolfgang Reith

Das weitere Schicksal des Schahs nach seinem Sturz

Bereits wenige Tage nach seiner Abdankung verließ der gestürzte Schah in Begleitung des größten Teils seiner Familie sowie zahlreicher Bediensteter an Bord des britischen Passagierdampfers „Bandra“ die Hafenstadt Bender-Abbas, um nach Buenos Aires zu reisen. Nach der Abdankung hatte Reza den Wunsch geäußert, nach Argentinien ins Exil zu gehen.

In dem südamerikanischen Land war jedoch nach Ansicht der Briten die Gefahr zu groß, dass der Exilant Kontakt zur deutschen Regierung aufnehmen könnte. Und so erklärten sie ihm nach seiner Ankunft in Bombay am 1. Oktober, dass eine Fortsetzung der Reise wegen der Kriegsereignisse zu gefährlich für ihn sei. Sie schlugen stattdessen als vorläufige sichere Bleibe die Insel Mauritius vor.

Kurze Zeit später erschien der Passagierdampfer „Burma“, nahm den Ex-Herrscher auf und brachte ihn zu der damals noch zum Empire gehörenden afrikanischen Insel, wo er zehn Tage später in Port Louis an Land ging. Seine Unterbringung erfolgte außerhalb der Stadt im Landesinneren in dem kleinen Ort Moca. Dort wurden ihm drei Villen mit einem großen Garten zur Verfügung gestellt.

Doch Reza vertrug das Klima auf der Insel nicht. Mohammad Reza Schah intervenierte beim britischen Botschafter und erreichte, dass sein Vater Mauritius verlassen durfte. Die Briten empfahlen als neues Exil ihren nordamerikanischen Verbündeten Kanada. Ein italienisches Schiff brachte den inzwischen erkrankten Mann zunächst nach Durban, wo er erst einmal von einem Herzspezialisten untersucht wurde. Dieser riet dem Ex-Herrscher wegen seines schlechten Gesundheitszustands von der geplanten Weiterreise nach Nordamerika ab. Außerdem, so meinte er, sei die Fahrt schon wegen des im Atlantik tobenden Seekrieges viel zu gefährlich. Der Arzt sprach sich schließlich dafür aus, in ein trockenes Klima überzusiedeln, und so fiel die Wahl auf Johannesburg.

Anfänglich kam der Monarch dort im Hotel „Langhan“ unter. Dann lebten er und sein Gefolge für drei Monate in zwei kleinen Häuschen, bis sie Anfang 1942 die Villa des Millionärs und Minen-Magnaten Jack Scott im Stadtteil Mountainview anmieteten, der sie 1938 erworben hatte. Ein langes Leben war dem herzkranken Schah, der sich in ständiger Behandlung eines Arztes befand, nun nicht mehr vergönnt. Am 26. Juli 1944 starb er. Der Leichnam wurde nach Kairo geflogen und dort im Oktober des Jahres in der El-Rifai-Moschee vorläufig beigesetzt. Erst ein halbes Jahrzehnt nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges kehrten die sterblichen Überreste Rezas in sein Heimatland zurück. Die Briten hatten es also erreicht, dass bis zum Kriegsende der von ihnen und den Russen gestürzte Schah weder tot noch lebendig ihren Herrschaftsbereich beziehungsweise den ihrer Verbündeten verließ.

Am 8. Mai 1951 wurde der Vater des regierenden Schahs in einem weißen Marmor-Mausoleum in Rey, wenige Kilometer südlich von Teheran, feierlich zur Ruhe gebettet. Aber das Mausoleum sollte nicht seine letzte Ruhestätte sein, denn als sein Sohn und Nachfolger Anfang 1979 infolge der Revolution den Iran verlassen musste, ließ er sicherheitshalber den Leichnam wieder aus dem Mausoleum nehmen und erneut nach Ägypten bringen.

Rezas hinterbliebene Angehörige wohnten noch bis nach Kriegsende 1945 in der Johannesburger Villa. Dann zogen sie zunächst auch nach Kairo und später von dort weiter nach Teheran. 1969 kaufte die iranische Regierung das gesamte Anwesen in Johannesburg für die seinerzeit stolze Summe von 600 000 Rand und ließ es als „Reza Shah the Great Museum“ einrichten. Am 21. Januar 1972 wurde es eröffnet. Noch im März 1978 besuchte Prinzessin Shams, die älteste Schwester des regierenden Schah, das Museum, um des 100. Geburtstages ihres am 15. März 1878 geborenen Vaters zu gedenken. Als kein Jahr später, im Februar 1979, Ayatollah Khomeini an die Macht kam, wurde das Museum geschlossen, da die neue iranische Regierung die diplomatischen Beziehungen zu Südafrika abbrach und auch die Öllieferungen einstellte. Der Verkaufspreis für den gesamten Besitz, der sich über eine Fläche von mehr als 20 000 Quadratmetern erstreckte, belief sich damals auf umgerechnet 1,3 Millionen Mark. Erworben wurde er von der Regierung der neutralen Schweiz, deren Botschaft nun bis 1994 in beiden Staaten die Interessen des jeweils anderen vertrat und dafür eine Außenstelle in der Villa einrichtete. Ebenfalls verkauft wurde – für umgerechnet rund 550 000 Mark – die Residenz des früheren iranischen Generalkonsuls im Johannesburger Stadtteil Melrose, die allgemein als „Weißes Haus“ bekannt gewesen war.

W.R.

Drohgebärde mit kriegerischen Folgen

Vor 225 Jahren verabschiedeten die Herrscher Österreichs und Preußens die Pillnitzer Deklaration

Im Sonner des Jahres 1791 trafen sich die damaligen Herrscher der beiden deutschen Großmächte als Gäste des sächsischen Kurfürsten auf Schloss Pillnitz bei Dresden. Auf Drängen ebenfalls anwesender französischer Emigranten unterzeichneten sie die Pillnitzer Deklaration, die Frankreich zum Anlass für den ersten der insgesamt sechs Koalitionskriege nahm, die das kriegerische Zeitalter bis zur Neuordnung Europas auf dem Wiener Kongress nun prägen sollten.

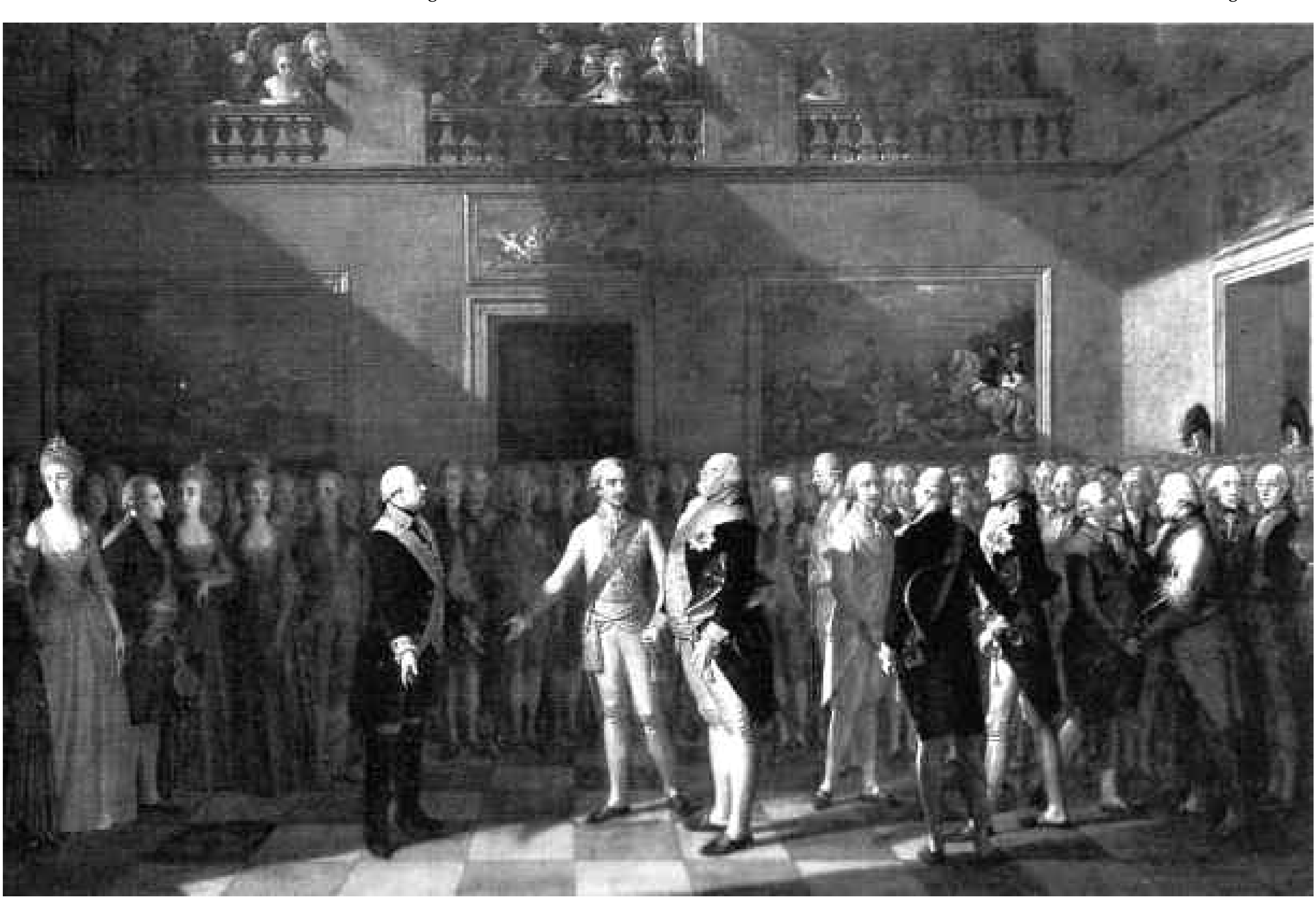
Anlass für das Fürstentreffen vom 25. bis 27. August 1791 war neben dem damaligen russisch-österreichischen Türkenkrieg Polens Verfassung vom 3. Mai jenes Jahres, die als erste moderne Verfassung Europas gilt. Dahingegen ergaben sich aus der Situation im revolutionären Frankreich kaum Handlungszwänge für die Monarchen der beiden Ostmächte. Zwar trat Maria Theresias Sohn Kaiser Leopold II. schon aus familiären Gründen für den prinzipiellen Erhalt der Herrschaft seines Schwagers Ludwig XVI. ein, sah jedoch ansonsten genau wie der Neffe und Nachfolger Friedrichs des Großen, König Friedrich Wilhelm II., wenig Anlass zu weitergehenden Schritten, sofern man in Frankreich eine konstitutionelle Monarchie etablierte. Daher schrieb er noch am 4. August 1791 an seine Schwester Marie Christine, dass er die ins Exil geflüchteten französischen Royalisten nicht zu unterstützen gedenke: „Nur Höflichkeit und Diners, aber kein Geld, keine Truppen und keine Bürgschaft für sie.“

Einige dieser Exilanten fanden sich, ohne dass sie irgendjemand dazu eingeladen hätte, in Pillnitz ein, um bei den beiden Großmachtherrschern Lobbyarbeit zu leisten. Der Anführer dieser Personengruppe war Frankreichs späterer König Karl X., Ludwigs XVI. jüngerer Bruder Charles Philippe. Ihm zur Seite standen sein Bruder Louis Stanislas Xavier, Frankreichs späterer König Ludwig XVIII., sowie der frühere Generalkontrolleur der Finanzen Charles Alexandre de Calonne, besser bekannt als „Monsieur Deficit“, und der letzte königliche Colonel Général der Infanterie, Louis V. Joseph de Bourbon.

Auf das Drängen der französischen Prinzen hin verabschiedeten Leopold und Friedrich Wilhelm am letzten Konferenztag die sogenannte Pillnitzer Punctation. In ihr erklärten sie, „dass sie die Lage, in welcher der König von Frankreich sich jetzt befindet, als einen Gegenstand eines gemeinschaftlichen Interesses für alle europäischen Souveräne betrachten“. Zugleich kündigten die beiden Unterzeichner an, „die kräftigsten Mittel, nach dem Verhältnisse ihrer Macht, anzuwenden, um den König von Frankreich in den Stand zu setzen, in vollkommenster Freiheit die Grundlagen einer monarchischen Regierung zu befestigen“. Und dann teilten sie noch mit, die preußischen und österreichischen Truppen hätten „dienliche Befehle“ erhalten, „damit sie im Stande sein mögen, sich in Aktivität zu setzen“.

Das mag wie eine Kriegserklärung klingen, wenn da nicht die verklausulierte Einschränkung gewesen wäre, dass jedwedes militärische Vorgehen vom Zustandekommen einer einheitlichen Meinung unter den übrigen Großmächten Europas abhängig zu machen sei. Denn diese Einhelligkeit galt als völlig unwahrscheinlich, weil das ebenfalls konstitutionalistische Großbritannien in strikter Neutralität verharrte und es im Stillen begrüßte, wie sich die mächtigste der vier kontinentalen Großmächte selbst zerfleischte.

Deshalb stellte die Pillnitzer Deklaration lediglich eine verbale Drohgebärde dar, welche die Gegner von Ludwig XVI. zur Mäßigung anhalten sollte. Und das erkannte der enttäuschte Charles Philippe sofort. Trotzdem dankte er Leopold II. für dessen angebliche Bereitschaft zum Krieg gegen die Revolutionäre, was der Kaiser mit sichtlicher Verärgerung quittierte. Dies hinderte den Bourbonenprinzen aber nicht daran, die Punctation auch künftig als lupenreines Ultimatum hinzustellen.



Das Pillnitzer Fürstentreffen von 1791: Der Kaiser, der gastgebende sächsische Kurfürst und der preußische König (von links) Bild: CF

Die bewusste Fehlinterpretation erreichte ihr Ziel – wie es Leopolds weitgehend kaltgestellter Staatskanzler und außenpolitischer Berater Wenzel Anton von Kaunitz-Rietberg vorausgesagt hatte. Die Revolutionäre in Paris, allen voran die besonders Radikalen um den Jakobiner Jacques Pierre Brissot, sprachen nun von einem unmittelbar bevorstehenden Angriff zwecks Beseitigung der Errungenschaften der Revolution und der Wiederherstellung des Ancien Régime. Dabei sei hier offengelassen, ob Leute wie Brissot an die Realität der Gefahr glaubten oder ob sie die Deklaration nur als willkommenen Anlass nahmen, einen militärischen Konflikt vom Zaun zu brechen, um von innenpolitischen Problemen abzulenken und die Revolution zu exportieren.

Jedenfalls rief Brissot am 16. Dezember 1791 vor der Nationalversammlung zum Krieg gegen die „gekrönten Despoten“ Europas auf – was vor allem als Kampfansage an Friedrich Wilhelm und Leopold gedacht war. Man müsse jetzt umgehend losschlagen und „die Freiheit ... befestigen“. Es folgte eine Eskalation. Zu Beginn des Jahres 1792 stellte Frankreich die ultimative Forderung, dass die Nachbarstaaten bis zum 1. März die Emigrantentruppen vertreiben sollten. Dieses betraf insbesondere Österreich, da die Österreichischen Niederlande, deren Ausdehnung in etwa der des heutigen Belgien entspricht, an Frankreich grenzten. Unter dem Eindruck dieses Ultimatums schloss der Habsburger mit dem Hohenzoller am 18. März 1792 ein Defensivbündnis. Die französische Reaktion bestand in der abermals ultimativen Forderung von Paris an Wien, sein eben geschlossenes Bündnis mit Berlin wieder aufzukündigen. Der Habsburger lehnte dies ab. Dem folgte am 20. April 1792 die formelle Kriegserklärung Frankreichs an Österreich. Entsprechend seinem Verteidigungsbündnis mit Österreich erklärte daraufhin Preußen Frankreich den Krieg. Der erste Koalitionskrieg hatte begonnen.

Wolfgang Kaufmann/PAZ

»Sehnsucht« nach Alexandra

Hamburg ehrt die Künstlerin mit einer Gedenktafel an ihrem ehemaligen Wohnhaus in Rothenburgsort

Es war ein typischer Sommertag in Hamburg: Sonnenschein und Regen wechselten sich bei mäßig warmen Temperaturen ab. Als am 30. Juli, dem Vortag des 47. Todestags Alexandras, eine Gruppe von Freunden, Familienangehörigen und Stadtvertretern zu ihrem ehemaligen Wohnhaus Rothenburgsorter Marktplatz 5 gekommen waren, um eine Gedenktafel zu Ehren der berühmten Sängerin zu enthüllen, zeigte sich die Sonne. Aus Lautsprechern begrüßte Alexandras Stimme mit „Zigeunerjunge“ die Anwesenden. Die Begrüßungsansprache hielt Dorothee Lotsch, zweite Vorsitzende des Vereins „Alexandra-Freunde e.V.“.

Zwei Jahre Vorbereitungszeit hatte es benötigt, ehe im Hamburger Stadtteil Rothenburgsort die Gedenktafel für die 1969 verstorbene Schlagersängerin feierlich enthüllt werden konnte. In diesem Haus hatte die junge Künstlerin gemeinsam mit ihrer Mutter und ihren beiden Schwestern von 1961 bis 1969 gewohnt. Hier hatte auch Ende der 60er Jahre ihre steile Karriere ihren Anfang genommen.

In Hamburg hatte Alexandra, als Doris Treitz im memelländischen Heydekrug geboren, sich stets zu Hause gefühlt. Nach der Trennung der Eltern war die Mutter mit ihren Töchtern von Kiel, wo die Familie nach der Flucht eine Bleibe gefunden hatte, nach Hamburg ins Arbeiterviertel Rothenburgsort gezogen. Es folgten Schauspielunterricht, Gesangsstunden, Gitarrenspiel und erste Erfahrungen in russischen Lokalen wie dem „Nikolaschka“. Doris Nefedov, wie sie nach der Ehe mit dem Exilrussen Nikolaj Nefedov hieß, trug damals russische Folklore vor. Den Künstlernamen Alexandra legte sie sich erst nach ihrer Entdeckung zu.

Selbst als sie aus beruflichen Gründen nach München umzog, wo sie auf dem Westfriedhof ihre letzte Ruhestätte fand, zog es sie nach Hamburg zurück: „Im Herzen bin ich nach wie vor Hamburgerin. Ich liebe das Meer, das Salzwasser, das Möwengekreisch und das ewige Schifftuten.“ Am Vortag ihres Todes hatte sie ihre Rückkehr in den Norden vorbereitet. Mit einem fünfjährigen Plattenvertrag der Phonogram in der Tasche fuhr sie am 31. Juli 1969 in den Urlaub Richtung Sylt. Weil es in Husum Brückenarbeiten gab, riet ihr der Mitarbeiter einer Tankstelle, an der Alexandra getankt hatte, den Umweg über Tellingstedt zu nehmen. An einer unfallträchtigen Kreuzung übersah die ungeübte Fahrerin ein Haltezeichen und stieß mit einem Kieslaster zusammen. Sie selbst verstarb noch am Unfallort, ihre schwer verletzte Mutter später im Krankenhaus. Nur der sechsjährige Sohn Alexander überlebte wie durch ein Wunder das Unglück nur mit ein paar Schrammen.



Vor der enthüllten Gedenktafel: Alexandras Cousin Horst Lessing, Neffe Damian Treitz und Johannes Kahrs Bild: MRK

„Alexandra hat es verdient, dass die Stadt Hamburg sie ehrt.“ Darin waren sich alle einig. Tatkräftige Unterstützung erhielt der Verein durch den Bundestagsabgeordneten Johannes Kahrs, zu dessen Wahlkreisbezirk Hamburg-Mitte der Stadtteil Rothenburgsort gehört. Der dem konservativen Flügel der SPD angehörende 52-Jährige ist seit seiner Kindheit Alexandra-Fan und gehört dem Verein bereits seit vielen Jahren an. Dass die Gedenktafel Wirklichkeit werden konnte, ist auch der Tatsache zu verdanken, dass Kahrs einen guten Draht zur Wohnungsgesellschaft Saga hat, der Besitzerin des Hauses.

Vor der feierlichen Enthüllung, sprachen auch Familienmitglieder. Alexandras Cousin Horst Lessing – *PAZ*-Lesern bekannt als Mitglied der Kreisgruppe Neumünster – trug drei humorvolle Episoden aus seiner Erinnerung an Cousine Doris vor, als sie mit Mutter Wally und den Schwestern Marianne und Melitta das Haus bewohnte. Ihr Neffe Damian Treitz verlas ein Grußwort von Sohn Alexander, der in Boston/USA lebt. Er hätte gerne der Veranstaltung beigewohnt. Allerdings hielten ihn berufliche Verpflichtungen davon ab. Dass es Menschen gibt, die auch fast 50 Jahre nach ihrem Tod seiner Mutter die Treue halten, freut den Sohn besonders.

Als Horst Lessing und Johannes Kahrs gemeinsam die Gedenktafel enthüllten, erklang die zweite Strophe des Lieds „Mein Freund, der Baum“, das heute meistgespielte Lied Alexandras, zu dem Cousin Horst eine besondere Beziehung hat: Er war der erste, dem Alexandras Mutter das selbst komponierte Lied ihrer Tochter vorspielte.

Am Abend traf sich der Verein im Stadtteilhaus Horner Freiheit, wo die vielfach ausgezeichnete Chansonnière Anna Haentjens Alexandra-Lieder vortrug. Die Auswahl war so getroffen, dass sie die Entwicklung der Künstlerin widerspiegelte. Alexandra strebte danach, eine ernstzunehmende Chansonsängerin zu werden. Sie wollte weg vom Russen- und Schlagerimage der 60er Jahre. Zu ihren Vorbildern zählten Juliette Gréco oder Hildegard Knef. Doch ihre Eigenkompositionen kamen damals beim deutschen Publikum nicht an. Die Zeit war noch nicht reif für „Liedermacher“.

Dem seit 2003 bestehenden „Alexandra-Freunde-Verein“ ist zu verdanken, dass Alexandra nicht vergessen wird. In Tellingstedt wurde am 31. Juli 2006, dem 37. Todestag, an der Unfallstelle ein Gedenkstein eingeweiht. 2007 benannte Hamburg am 65. Geburtstag der Sängerin einen kleinen Weg in der Nähe des Wohnhauses in Rothenburgsort in „Alexandra-Stieg“ um. Zum 67. Geburtstag benannte die Stadt Kiel einen kleinen Platz in „Alexandra-Platz“ um, auf dem später die Alexandra-Freunde einen Baum pflanzen und eine Parkbank mit Widmungstafel aufstellen ließen. Als Höhepunkt darf wohl die Einrichtung einer „Alexandra-Stube“ im Museum von Heydekrug gelten. 2007 hatte sich der damalige litauische Botschafter Evaldas Ignatavicius dafür stark gemacht. Während des Heydekruger Stadtfestes wurde 2011 in Alexandras Geburtsort eine Gedenktafel enthüllt.

Manuela Rosenthal-Kappi

Große Staatensysteme haben keine Zukunft mehr

Zu: Müssen bald wir auf die Flucht gehen? (Nr. 27)

Flucht ist eine Möglichkeit, die mittlerweile Millionen umtreibt. Das um sich greifende Gefühl existenzieller Unsicherheit, uferlose Einwanderung, Terror, Haftung für Pleitebanken richtet die linke und bürgerliche Politik der letzten Jahrzehnte an. Viele wissen keine Antwort, was zu tun ist und wohin sie sich wenden könnten. Nur eine kleine Minderheit hat die Überlebensfähigkeiten der vorgestellten russlanddeutschen Auswanderer oder ist gewillt, sich solche anzueignen.

Es gibt drei Optionen: Man kann vor den Gefahren zurückweichen, also auswandern, man kann versuchen, sich politisch zu wehren, oder man harrt aus. Hermans Artikel diskutiert aber weder diese Möglichkeiten, noch wird ein Weg empfohlen. Die Erwartung einer Antwort, welche die Überschrift weckt, wird enttäuscht. Hier steh ich armer Tor und bin so klug als wie zuvor.

Es wird stattdessen das familiäre Vertriebenendrama ausgebreitet. Das ist gewiss bewegend, aber hilft nicht weiter und stärkt das Lager der Passiven. Damals gab es in höchster Not noch einen Retter, und so könnte es ja wieder kommen. Doch das traf für Millionen von Toten und seelisch Zerstörte schon damals nicht zu.

Es kennzeichnet die fortgeschrittene Dekadenz der West- und Mitteleuropäer, dass sie mit großer Mehrheit die Möglichkeit hilflosen Abwartens gewählt haben, davon viele auch mit der Bereitschaft zur Unterwerfung, sei es gegenüber dem Islam, der EU oder dem Weltfinanzsystem oder allen dreien zusammen.

Statt der Bereitschaft, Risiken des Widerstands einzugehen, Opfer zu bringen, sieht man sich lieber als Opfer der Politik oder als Objekt höherer undurchschaubarer Mächte. Der politische Widerstand, vielfach bloß milder Protest, beschränkt sich bis jetzt fast nur darauf, in der Wahlkabine eine sogenannte rechts-populistische Partei anzukreuzen. Wenigstens das. Doch dürfte dies nicht genügen, um den Sinkflug, in den sich fast ganz Europa und besonders die deutschsprachigen Länder begeben haben, zu stoppen. Dafür müssten Millionen auf die Straße gehen. Das käme einer Revolution gleich.

Was zu tun ist, bleibt letztlich Glaubenssache, da niemand die Zukunft weiß. Kurz vor dem Rentenalter stehend, habe ich die Auswanderung in ein ostmitteleuropäisches Land gewählt. Die baltischen Völker, aber auch die Ungarn, Polen oder Kroaten sind noch Nationen mit Mumm, die sich nicht aufgegeben haben und die sich wenig durch Sozialromantik oder Fernstenliebe in die Irre führen lassen. Wenn überhaupt noch, dann kommt von dort Rettung für Europa.

Deutschland als einst geistig-kulturelle Großmacht ist schon viele Jahrzehnte nur noch museal, während es politisch als fremdbestimmte Bundesrepublik winselnd auf dem Sterbebett liegt. Es kann sein, dass es kommen wird wie bei den großen erdgeschichtlichen Umwälzungen: Die Giganten und die großen Lebensformen, also auch Frankreich, Großbritannien, Italien verschwinden, während einige kleineren Arten, sprich: mutige und zähe Nationen, überleben. **Henry Fritzsche, Koblenz**

Natürliche Energie

Zum Leserbrief: Was kostet die Aufstellung eines Windrades an Energie und Geld? (Nr. 29)

Dankenswerterweise wird in obiger Leserzuschrift von der uns von der Natur geschenkten Energie von „natürlicher Energie“ gesprochen. Die sonst oft verwendete Bezeichnung „Erneuerbare“ Energie ist irreführend und falsch. Physikalisch gesehen, kann man Energie nicht „erneuern“.

Diese Energie ist uns geschenkt. Die Nutzung ist aber nicht kostenlos. Weil die Energie geschenkt ist, sollte die Nutzung aber möglichst uneigennützig geschehen. Sie sollte nicht als ein lukratives Geschäftsmodell missbraucht werden.

Windkraftanlagen sollten gesamtenergetisch auch nachhaltig sein. Dieser Nachweis steht aber noch aus. Dazu müsste die Energiebildung der vollständigen Wertschöpfungskette – von den Erzen bis zur Entsorgung – vorliegen. Und das ist eine aufwendige Arbeit.

Eine solche Energiebilanz steht übrigens auch noch für ein anderes grünes Projekt aus: Für die Energiesparlampen. Dass diese weniger Energie verbrauchen, ist trivial. Wie viel Energie wird aber verbraucht, bis sie zum Leuchten und dann zum Entsorgen kommen (Quecksilber)?

Verantwortungsvolles Energiesparen sind wir der Umwelt schuldig. Das bedeutet aber nicht: sparen, koste was es wolle – und dann noch dafür Beifall einfordern. **Prof. Martin Knappke, Karlsruhe**



Energiewunder oder Energieschlucker? Weil Windräder kostenlos Energie liefern sollen, werden sie von der Regierung großzügig gefördert. Dabei verbrauchen diese Energielieferanten für die Herstellung, den Transport und den Aufbau ihrerseits Unmengen an Energie, was in der Endabrechnung die Verbraucher zu tragen haben. Bild: Sven von Erichsen

Letzter Akt einer Gebiets-Tragödie

Zu: Nach dem Volksentscheid (Nr. 28)

Das Elsass als zweisprachige Landschaft direkt an den Oberrhein grenzend, wäre prädestiniert für eine Brückenfunktion zwischen Deutschland und Frankreich, ganz im Sinne der deutsch-französischen Freundschaft, könnte man meinen. Weit gefehlt: Durch den von der sozialistischen Zentralregierung in Frankreich vorgeblich aus Einspargründen verfügten Zusammenschluss des Elsass mit mehreren rein französischsprachigen Regionen ist dessen kulturelle Autonomie nun mehr in Frage gestellt als zu irgend einem anderen Zeitpunkt.

Erst kürzlich ist es teilweise gelungen, mehr alemannische Mundart in den Kindergärten sowie mehr Deutschunterricht in den Schulen einzuführen. Ob dies wohl im neuen Alsace-Champagne-Ardenne-Lorraine noch eine Rolle spielt? Bei näherer Betrachtung ist die Gebietsreform die Fortsetzung eines Prozesses der Zwangsassimilation und Gleichschaltung, der jetzt nach 300 Jahren mit der Auflösung der Region Elsass zu seinem entscheidenden Abschluss kommen soll. Wenn es nicht gar zu pessimistisch und aussichtslos klänge, könnte man vom letzten Akt einer Tragödie sprechen. **Erich Lienhart, Bühl**

Keine Übersicht bewiesen

Zu: Vom Seewinde verweht (Nr. 27)

Die Autorin schildert sehr lesenswert eine Radtour von Zittau bis nach Stettin und Usedom. Im Ort Griessen an der Neiße hat sie aber zu viel gesehen: „Die Abraumhalde Jänschwalde mit den Meilern des Atomkraftwerks wirkt wie eine weiße Mondlandschaft.“ Jänschwalde ist jedoch ein Braunkohlekraftwerk (Vattenfall), und man fragt sich besorgt, welche Beziehung die Autorin zwischen einer Abraumhalde und einem Atom-„Meiler“ sieht. Es gibt im „Osten“ (Ex-DDR) im Übrigen schon lange kein Atomkraftwerk mehr.

In Griessen verweilend hätte die Autorin übrigens das schmukke, wieder hergerichtete Wasserkraftwerk (mit Aussichtsturm) bemerken müssen und erwähnen können. Von seinem Aussichtsturm aus hätte sie wohl auch eine bessere Übersicht gewonnen.

Zur (Ex-)Hutstadt Guben ist noch erwähnenswert, dass die dortige Hutindustrie gegen Ende der 1930er Jahre schon einmal eine deftige Krise durchmachte, nachdem Atatürk im Zuge seiner Säkularisierungsmaßnahme auch die roten Türkenkappen verboten hatte. Die wurden nämlich (fast) ausschließlich aus Guben geliefert. **Hans-Joachim Miethe, Cottbus**

Wer sind »Wir«?

Zu: Tödliche Gastfreundschaft (Nr. 30)

Das, was die Bundeskanzlerin bei ihrer Sommerpressekonferenz von sich gegeben hat, wirkt wie die Fortsetzung des oben genannten Artikels: Als einstigem DDR-Bürger kommen mir Merkels Auftritte wie die ewig gleichbleibend verblödenden Stimmen aus dem DDR-Politbüro vor.

Statt auf die Sorgen und Probleme der steuerzahlenden Bürger einzugehen, werden die steuerfinanzierten Claqueure für die Irrsinnspolitik des ungehinderten Asylantenzustroms gewürdigt.

Statt Dankesadressen an die Regierungen von Tschechien und Ungarn abzugeben, die mit ihrem besonnenen Handeln dafür sorgten, dass der Massenansturm der Asylanten vorübergehend eingeschränkt werden konnte, wird der Krieg gegen den Großteil der eigenen Bevölkerung weiter gepflegt, obwohl das „Wir“ in der demagogischen Losung „Wir schaffen das“ eben noch nicht einmal mit Namen genannt wurde, denn dann hätte man tatsächlich den Steuerzahler (besser mit „ihr“) bezeichnen müssen.

Und was meint Merkel mit „das“? Eventuell den verbrecherischen Zinskurs der EZB, den Brexit, den Dauerpatienten Griechenland, die sogenannte „Energiewende“, an der die Enkel noch hart knabbern werden, die rasch ansteigende Kriminalität, der SED-artige Zustand ihrer eigenen Partei, der Asylantenwahnsinn, die Millionen Arbeitslosen und „Hartz IV“-Empfänger, Erdogan und „seine“ Türkei oder ihre eigene Inkompetenz?

So viele Fragen und keine Antworten für das als „Pack“ gedemütigte Volk, das heißt Horst Seehofer darf gewiss ein wenig protestieren und es sofort auch wieder zurücknehmen. **Manfred Kristen, Freital**

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt



Nr. 32 – 12. August 2016

MELDUNGEN

Neue Brücke für Fußgänger

Nikolaiken – In Nikolaiken wurde an alter Stelle eine neue Fußgängerbrücke über die Schmalstelle zwischen Talter Gewässer und dem Nikolaiker See in Betrieb genommen. Die Investition kostete etwa 6,5 Millionen Zloty (rund 1,5 Millionen Euro). Der Bau begann im Januar dieses Jahres. Neben der neuen Brücke entstanden neue Gehwege und ein Aufzug für Behinderte. *PAZ*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. S7: Liebemühl [Miłomłyn], Baustelle. Straße Nr. 7: Elbing [Elbląg] – Jazowa, Baustelle; Liebemühl [Miłomłyn] – Osterode, Baustelle; Osterode – Hohenstein [Olsztynek], Baustelle; Zalusken [Załuski] – Napierken [Napierki], Baustelle. Straße Nr. 7j: Zalusken – Neidenburg [Nidzica], Baustelle. Straße Nr. 15: Rheinsgut [Rynskie] – Mörlen [Morliny], Baustelle. Straße Nr. 16: Warweiden [Wirwajdy] – Thyrau [Tyrowo], Baustelle; Osterode – Alt Jablonken [Stare Jabłonki], Baustelle; Alt Jablonken – Buttenhof [Zawady Małe], Baustelle; Sorquitten [Sorkwity], Baustelle; Arys [Orzysz] – Lyck [Ełk], Baustelle. Straße Nr. 22: Elbing – Fichthorst [Jegłownik], Baustelle. Straße Nr. 51: Heilsberg [Lidzbark Warminski], Baustelle; Spie-gelberg [Sprecowo] – Hochwalde [Lugwald], Baustelle; Allenstein – Pagelshof [Ameryka], Baustelle. Straße Nr. 58: Hohenstein [Olsztynek], Baustelle. *E.G.*

»Tilsit – Stadt ohne Gleichen«

Wanderausstellung des Kulturzentrums Ostpreußen ist jetzt in der Memelstadt zu sehen

Das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen hat es sich zur Aufgabe gemacht, mit einer Reihe von Ausstellungen die Geschichte ostpreußischer Städte darzustellen mit dem Ziel, sie nachhaltig im Gedächtnis der Menschen zu bewahren. In diesem Rahmen ist die Ausstellung „Tilsit – die Stadt ohne Gleichen“ zu nennen, die vor wenigen Tagen im Tilsiter Museum für Stadtgeschichte eröffnet wurde.

Zu den zahlreichen Besuchern und Gästen zählten die Vizebürgermeisterin Jelena Kurina, der Chef des Kulturamts Oleg Waschurin und der Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen, Wolfgang Freyberg.

Angelika Spiljowa, Direktorin des Museums für Stadtgeschichte, verwies in ihrer Begrüßungsansprache auf das Interesse der russischen Bewohner Tilsits, die geschichtsträchtige Biografie dieser Stadt mit ihrem europäischen Antlitz zu entdecken und sich anzueignen. Die zweisprachig gestaltete Ausstellung leiste einen großen Beitrag, den russischen Bürgern das kulturhistorische Erbe der Stadt am Memelstrom nahezubringen, und helfe, viel über die preußisch-deutsche Vergangenheit Tilsits zu erfahren. Die Erinnerung an Tilsit und seine Geschichte sei ein gemeinsames Anliegen der früheren und heutigen Bewohner und werde getragen von einem vertrauensvollen deutsch-russischen Miteinander. Spiljowa dankte der Landsmannschaft Ostpreußen und der Stadtgemeinschaft Tilsit für die Unterstützung, welche der Ausstellung zuteil wurde.



Fand bereits in den ersten Tagen reges Interesse: Die Ausstellung im Tilsiter Museum für Stadtgeschichte — Bild: Tilsit Museum

Der Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen drückte in seiner in russischer Sprache gehaltenen Rede seine Genugtuung darüber aus, dass die Ausstellung auf so große Resonanz stößt.

Auf 28 Tafeln wird die Geschichte der Stadt von ihren Anfängen bis in die Gegenwart dargestellt. Mehrere Tafeln schildern Tilsit als Handelszentrum, als Verkehrsknotenpunkt, als Industriestandort, als Garnisonsstadt, reich illustriert mit vielen Fotos, Karten und Diagrammen. Der Besucher erfährt Wissenswertes zur Ordensburg Tilse, zur Stadtgründung, zur Entwicklung im 17. und 18. Jahrhundert, zum Tilsiter Friedensschluss, zum Leben im 19. Jahrhundert und in der Zeit der beiden Weltkriege und wird in die Lage versetzt, in die verschiedenen Epochen der Entwicklung einzutauchen und das Flair des städtischen Lebens der „Stadt ohne Gleichen“ zu spüren. Für alle, die die Ausstellung nicht persönlich besuchen können, wurde ein Katalog in deutscher und russischer Sprache herausgegeben, der den Inhalt der Ausstellungstafeln in vollem Umfang wiedergibt und der sowohl im Museum als auch bei der Stadtgemeinschaft Tilsit erworben werden kann.

Zweisprachige Tafeln schildern Geschichte

Vizebürgermeisterin Elena Kurina überbrachte die Grüße der Stadtadministration. Sie gab ihrer Gewissheit Ausdruck, dass die Ausstellung für die Bewohner des Königsberger Gebiets, vor allem aber für die Bewohner Tilsits, eine wertvolle Bereicherung des Geschichtsbewusstseins und der Erinnerungskultur darstelle, und wünschte der Präsentation einen vollen Erfolg.

Es war erfreulich, dass unter den Besuchern viele junge Menschen waren, die interessiert die Exponate in Augenschein nahmen. In den Gesprächen wurde deutlich, dass eine neue Generation herangewachsen ist, die keine Berührungsängste mit der Geschichte hat. Sie erkennt den Boden, auf dem sie lebt, in seiner geschichtsträchtigen Dimension und ist bereit, das Erbe zu bewahren und mit in die Zukunft zu nehmen.

Die Mitarbeiter des Museums freuen sich natürlich auch auf deutsche Besucher, die angesichts der beginnenden Reisezeit erwartet werden. Die Ausstellung wird bis Ende Dezember 2016 zu sehen sein. *Hans Dzieran*

Geld für Kant-Museum

Putin will Pfarrhaus in Judtschen retten

Russlands Präsident Wladimir Putin hat vor wenigen Tagen verfügt, dass das unter Denkmalschutz stehende ehemalige Pfarrhaus in Judtschen wiederhergestellt werden soll. Für die Realisierung stellte er umgerechnet zirka 650 000 Euro zur Verfügung.

Eigentlich sollte das Haus, in dem Immanuel Kant im Jahr 1748 nach der Beendigung seines Studiums drei Jahre lang gewohnt haben soll, bereits vor zwei Jahren saniert werden und ein Kant-Museum beherbergen. Geschehen ist bislang allerdings nichts. Das Gebäude befindet sich je zur Hälfte in staatlichem und im Besitz der Russisch-Orthodoxen Kirche.

Putin macht nun Ernst, indem er das russische Kulturministerium mit dem Projekt beauftragte, nachdem die Behörden vor Ort nicht tätig geworden sind. Für Putin, der Kant zum Wahrzeichen des gesamten Königsberger Gebiets erheben möchte, zählt der deutsche Philosoph zum gemeinsamen Erbe. „Natürlich war Kant ein deutscher Philosoph, aber er war auch ein Bürger des Russischen Reiches“, lautet seine Begründung. *MRK*



Immer noch eine Ruine: „Kant-Haus“ in Judtschen — Bild: J.T.

Ungewöhnliche Funde

In der Nähe von Diwitten wurde ein prähistorisches Hügelgräberfeld entdeckt

Vor Kurzem hat eine Forschergruppe in der Nähe von Allenstein ein Grabgewölbe bloßgelegt, das auf mehrere hundert Jahre vor Christi Geburt datiert wird. Das Hügelgrab hat die Form eines Erdhügels, in dessen Innerem sich eine Grabkammer befand. Das Gräberfeld wird derzeit von Archäologen der Wissenschaftlichen Gesellschaft „Pruthenia“ untersucht. Diese Gesellschaft entstand, um die Geschichte, die Kultur und die Sprache Preußens zu verbreiten. Die Ausgrabungsstätte des Hügelgrabs befindet sich zwischen den Dörfern Groß Buchwalde und Münsterberg. Die Begräbnisstätte aus mehreren Grabhügeln wurde schon in den Jahren 1878 bis 1879 beim Bau der Eisenbahnlinie Allenstein–Braunsberg zufällig entdeckt. Durch die Bauarbeiten wurden damals zwei Gräber zerstört.

Nun wollen Archäologen versuchen, zu einem dieser Grabhügel durchzudringen. Zusammen mit der Gemeinde Diwitten, dem Forstamt Kudypy und dem Verein der Freunde des Dorfes Groß Buchwalde wollen sie das entsprechende Forschungsprogramm umsetzen. Das Objekt wurde auf 550 bis 120 Jahre vor Christus datiert. Die Ausgrabungen haben erst im vergangenen Monat begonnen, und die Archäologen wissen noch nicht, was sie erwartet. Bisher fanden sie Keramik-Fragmente und Abdeckplatten von Urnen.

Das Projekt ist in mancher Hinsicht ungewöhnlich. Die traditionellen Forschungsarbeiten der Archäologen beinhalten die Freilegung, die Erforschung und die Dokumentation. Häufig wird ein Objekt am Ende der Untersuchung abgedeckt und verschlossen, damit es nicht zerstört wird.

In diesem Fall wollen die Verantwortlichen es jedoch der Öffentlichkeit zugänglich machen. Unter dem Titel „Sehen Sie in ein Hügelgrab hinein“ soll das Grabgewölbe nach Abschluss der Forschungsarbeiten eine Touristenattraktion werden. Bis Mitte August werden Ausgrabungsarbeiten durchgeführt, danach wird das Hügelgrab Schritt für Schritt rekonstruiert. Bis Ende dieses Monats sollen die Arbeiten beendet sein.

Weitere Touristen-Attraktion neben Zeppelin-Flughafen

Laut den Archäologen verfügt das südliche Ostpreußen damit als erste Region in dieser Gegend über ein rekonstruiertes Grabgewölbe, dessen Entstehungszeit mehrere tausend Jahre zurückliegt. Die Ortschaft Diwitten ist auch bekannt als Luftbasis für Zeppeline zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Es gab dort eine riesige Halle. Sie hatte eine Höhe von 34 Metern, war 44 Meter breit, und die ursprüngliche Länge betrug 188 Meter, nach einer Verlängerung 192 Meter. Auf beiden Seiten des Hangars exixtierten Gleisanlagen, die für den Transport dieser Luftschiffe dienten, und zwei Verkehrsplätze, welche zirka 500 Meter maßen.

Am Flughafen wurden Garagen, Werkstätten, Lagerhallen für Ersatzteile für die Luftschiffflotte und das Bodenlager sowie eine Radio- und Wetterstation gebaut. Insgesamt waren in Diwitten 24 „Ankerpunkte“.für Zeppeline vorhanden. Der Flughafen von Diwitten wurde nach dem Ersten Weltkrieg aufgrund des Vertrags von Versailles als Militärobjekt abgerissen.

Die Existenz des Flughafens war zwar seit Langem bekannt, aber über seine genaue Position wusste bis in die 90er Jahre des letzten Jahrhunderts nur das Militär Bescheid. Erst, nachdem die Armee das Gelände verlassen hatte, konnten hier Ausgrabungsarbeiten beginnen. Vier von 24 Punkten für das Anlegemanöver und Fragmente der Gleisanlagen wurden bisher entdeckt. Die gefundenen Spuren der Vergangenheit werden sorgfältig geschützt und ausgestellt, und das umliegende Gebiet wurde gereinigt.

Im September 2012 wurde ein historisch-didaktischer Weg feierlich eröffnet. Dieser touristischen Attraktion wird sich demnächst eine weitere anschließen: ein prähistorisches Hügelgrab, das jedermann besichtigen kann. *Leszek Chaburski*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

es gibt Fragen und Wünsche, die scheinen geradezu maßgeschneidert für unsere Ostpreußische Familie zu sein, und es ist kein Wunder, dass sich die Suchenden an uns wenden. Dazu gehört auch die Bitte einer Leserin, ein plattdeutsches Sprichwort ins „Ostpreußische" zu übersetzen. Na, da brauchte ich nicht unsere Landsleute zu bemühen, das war für mich als – so gerne im heimischen Platt schreibende – Schriftstellerin ein „Klacks", und außerdem machte mir die Sache Spaß. Und sie wäre auch hier in unserer Rubrik nicht in Erscheinung getreten, wie so manche der direkt zu beantworteten Fragen, wenn mir der Vierzeiler nicht eine Steilvorlage für den Anfang dieser Folge gegeben hätte. Denn er lautet in meiner Version so:

Fief Joahr, dat es ne lange Tied, wenn se vär eenem läje deed.
Fief Joahr, dat es e kortet Stöck, kiekt man vom End op ehr terrick.

Das bedeutet also: Wenn man eine Zeitspanne von fünf Jahren vor sich hat, scheint sie einem entsetzlich lang. Blickt man aber auf fünf Jahre zurück, stellt man fest, dass sie im Sauseschritt verlaufen ist, um mit Wilhelm Busch zu sprechen. Nun rechne das mal um auf eine so lange Lebenszeit, wie sie mir bisher vergönnt wurde und auch auf die so vieler älterer Landsleute. Da erscheint einem im Rückblick, was vor 70, 80 oder noch mehr Jahren geschah, als sei es gestern gewesen. Kein Wunder, dass wir immer wieder als Zeitzeugen gefragt sind – und demgemäß die Suchenden mit Antworten überraschen, die ihre Erwartungen weit übertreffen. So konnten uns die aus einer alten ermländischen Familie stammenden Schwestern **Roswitha Pampel** und **Gabriele Steiper** begeistert mitteilen, dass ihre Suche nach dem Ermlandlied des Pfarrers Dr. **Otto Miller** aus Thiergart zu einem großartigen Erfolg geführt hat, den die Schwestern nicht für möglich gehalten hatten. Kurze Rückblende: In Folge 22 veröffentlichten wir die Bitte der Schwestern aus Ortenberg, ihnen bei der Suche nach dem weithin unbekannten Ermlandlied zu helfen, das ihre Mutter **Ursula Witt** aus Klingerswalde ihren Töchtern oft vorsang. Sie übermittelte ihnen damit die Liebe zu der Elternheimat, sodass sich noch heute die 1952 in Mecklenburg geborenen Zwillingsschwestern mit dem Ermland auf das Engste verbunden fühlen. Die Töchter konnten sich zwar an den Text des Liedes bruchstückhaft erinnern, aber ihnen fehlte die Melodie. Sie suchten nach dem Lied schon seit Jahrzehnten – leider vergeblich. Ihre Eltern, die sie hätten befragen können, waren leider schon früh verstorben. Selbst auf den Heimattreffen der Ermländer, an denen die Schwestern teilnahmen, konnte ihnen niemand weiterhelfen – bis sie sich schließlich an unsere Ostpreußische Familie wandten. Und nun kam dieses Schreiben, das an die „liebe ostpreußisch-ermländische Gemeinschaft" gerichtet ist und in dem Frau Steiper uns Folgendes mitteilt:

„Nach der Veröffentlichung unseres Wunsches erreichten meine Zwillingsschwester und mich Briefe, Anrufe und Mails, aber leider war das gesuchte Lied beziehungsweise die Noten, nicht dabei. Aber wie reich wurden wir beschenkt durch die Anteilnahme und das Bemühen, es war und ist wunderschön, rührend, danke an alle Helfer. Im engeren telefonischen und Internet-Kontakt blieb ich mit Herrn **Kretschmann**, der wie viele der *PAZ*-Leser sehr an dem Lied interessiert war. Und dann schrieb mir Ende Juni Herr Kretschmann, dass ihm das Lied ‚Wo des Haffes Wellen wallen ...' vorgestellt worden war, und er hofft, dass es das gesuchte sei. Es vergingen noch einige Tage des Wartens, bis ich seinen Brief in den Händen hielt und ‚jaaaaa', es war das Lied, das Pfarrer Otto Miller dem damaligen Kapitularvikar der Diözese Ermland, Prälat **Arthur Kather**, gewidmet hatte. Wir trafen uns dann auf der Glaubenskundgebung zur Seligsprechung des Bischofs Maximilian Kaller in Königstein, und zusammen mit der Gemeinschaft der Ermländer wurde das Lied gesungen – ein wunderschöner Tag dank der vielen lieben Helfer. In glücklicher, dankbarer Freude senden wir Ihnen liebe Grüße!"



Frauenburg – Dom des Nicolaus Copernicus Bild: privat

Das ist ein Brief, der weitaus mehr beinhaltet als den Dank für eine gelungene Veröffentlichung – aber schon kurz nach diesem kam ein anderer, der uns nun zu einer Korrektur veranlasst. Herr **Manfred Höhne** hat ihn geschrieben, und er betrifft das Bild von dem Gotteshaus in Folge 22, das den Frauenburger Dom zeigen sollte. Herr Höhne machte auf die Verwechslung aufmerksam: „Die Unterschrift unter dem Kirchenbild ‚Der Frauenburger Dom' hat mich etwas irritiert. Das Kirchenschiff dort hat keinen Turm nur vier Ecktürmchen. Der Glockenturm dort sieht auch anders aus. Dann dachte ich an den Braunsberger Dom, doch der hat wesentlich mehr Fenstergeschosse. Die anderen großen Kirchen in Ostpreußen – Allenstein, Heilsberg, Guttstadt, Lyck, Neidenburg – was ist des Rätsels Lösung?" Die bringen wir heute, weil sich das richtige Bild gut in diese Kolumne einfügt. Beide Aufnahmen befanden sich auf gegenüberliegenden Seiten in einem alten Ostpreußenbuch, so kam es zu der Verwechslung, die ich leider erst bemerkte, als das Versehen nicht mehr korrigierbar war. Die in Folge 22 gebrachte Aufnahme wurde in der Marienburg gemacht. Heute holen wir die Korrektur nach mit der vorgesehenen Aufnahme vom Frauenburger Dom. Und Herr Höhne wird feststellen können, dass sie die unverwechselbaren Ecktürmchen zeigt. Danke für Ihr so schonend vorgebrachtes Monitum, lieber Herr Höhne.

Es ist schon so, wie ich in der letzten Folge geschrieben hatte: Oft zwingt erst die Sichtung der Hinterlassenschaft der Eltern oder Großeltern die Jüngeren, sich mit ihrer Herkunft zu beschäftigen. Da fehlen dann die Verstorbenen, die noch in der Familiengeschichte bewandert waren, oder sie wurden nicht befragt oder wollten und konnten sich nicht erinnern. Das dürfte auch auf den Suchwunsch von Frau **Andrea Plassmann** aus Iserlohn zutreffen, denn ihre erst vor Kurzem verstorbene Mutter **Ursula Klimmeck** hatte wohl nicht viel über ihre Familie berichtet. Die wenigen Informationen, die Frau Plassmann erhalten konnte, als sie begann, ihre Familiengeschichte aufzuarbeiten, stammen von den Ziehgeschwistern ihrer Mutter. Das besagt schon, dass Ursula Klimmeck aus einer kinderreichen Familie stammte. Und da es sich auch um eine ostpreußische Familie handelt, war Frau Plassmann sehr froh, als sie von der *PAZ* und der ihr bis dahin unbekannten Ostpreußischen Familie erfuhr. Sie wendet sich nun an uns in der Hoffnung, dass wir mit Informationen aus unserem Leserkreis zur Aufarbeitung ihrer Familiengeschichte beitragen können und sich dabei eventuelle Verwandte auffinden lassen, was auch angesichts der neun Geschwister, die ihre Mutter hatte, durchaus möglich ist. Erschwerend und wohl auch belastend für Ursula Klimmek war, dass sie nach dem frühen Tod ihrer Mutter zu Verwandten kam und kaum noch Verbindung zu ihren leiblichen Geschwistern hatte. Dies ist die Lebensgeschichte der Mutter von Andrea Plassmann:

Ursula Klimmek wurde am 8. Oktober 1935 in Auxinnen, Kreis Darkehmen (nach 1938: Ammerau, Kreis Angerapp) geboren. Ihre Eltern waren **Otto** und **Pauline** Klimmek, eine geborene **Machnik**. Das Ehepaar hatte zehn Kinder, die nach dem etwa 1941 erfolgten Tod der Mutter an Verwandte und Zieheltern verteilt wurden, nur zwei sollen bei dem Vater verblieben sein. Die Geschwister wurden also auseinander gerissen. Ob sie Verbindung miteinander hatten und welcher Art diese gegebenenfalls war, ist nicht bekannt. Die etwa sechsjährige Ursula kam zu ihrem Onkel **Emil** Machnik und seiner Ehefrau **Anna** geborene **Jonetat**, die mit Ursulas leiblichem Vater Otto Klimmek noch längere Zeit in Verbindung stand. Das Ehepaar wohnte zuerst in Schmerberg, zog dann nach Grünheide. Das sind die wenigen Angaben, die uns Frau Plassmann übermittelt ha. Eine weitere kann ich nicht recht einordnen: Ihre Großmutter Pauline soll in Heepen/Bielefeld oder Hamm/Westfalen geboren sein. Deren Tochter Ursula kam aber in Ostpreußen zur Welt. Lassen wir also unsere Fragen zuerst auf einer einfachen Suchschiene laufen: In wessen Familiengeschichte sind die Namen Klimmek, Machnik und Jonetat vertreten, die auf eine Verwandtschaft mit Otto und Pauline Klimmek und deren in Auxinnen geborene Tochter Ursula hinweisen könnten? Oder um es mit Frau Plassmann zu sagen: „Ich suche nun nach Menschen mit ähnlicher Geschichte, die mein Onkel oder meine Tante sein könnten, oder auch deren Nachkommen."

(Andrea Plassmann, Parkstrasse 8 in 68636 Iserlohn, Telefon 02371/62288, E-Mail: andrea-plassmann@googlemail.com)

Manchmal sind eben die kürzesten Ausführungen die treffendsten. Und wenn es auch nur drei Worte sind wie: „Mach weiter so" – dann ist das schon eine erfreuliche Anerkennung unserer Familienarbeit. Einige Sätze mehr enthält allerdings ein Brief, über den ich mich besonders gefreut habe, weil sie von einem Leser kommen, der persönlich keine Verbindung zu Ostpreußen hat. Es ist Herr **Reinhard Wölwer** aus Kaisersesch, dessen anerkennende Worte ich einfach weitergeben muss, denn sie gelten ja unserer Ostpreußischen Familie und damit allen Mitdenkern und Mithelfern:

„Seien Sie gewahr, dass ich und wir mit größtem Respekt und freundlichsten Gedanken Ihre Arbeit wahrnehmen und würdigen. Gleiches konnten wir nirgendwo sonst erfahren als Ihre unermüdliche Sorge um die Ostpreußische Familie. Wir sind keine Ostpreußen, sondern seit ewigen Generationen Eifelaner, und wir sind tief beeindruckt von Ihren Ergebnissen, die uns wöchentlich in der *PAZ* mitgeteilt werden. Fahren Sie noch lange fort mit Ihrer wertvollen Arbeit. Wir freuen uns jede Woche über Ihre Kolumne!" Und wir uns über solche ehrlichen Worte der Anerkennung, die Mut machen.

Eure

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie



Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie" nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter" der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Östlich von Oder und Neisse

Deutscher mit Straße ohne Anwohner geehrt

Breslaus Schienenstraße heißt nun nach Wilhelm Grapow, der den Hauptbahnhof erbaute

Eine eher bedeutungslose Straße an der Peripherie von Breslau hat diesen Sommer mit „ulica Wilhelma Grapowa" (Wilhelm-Grapow-Straße) einen bedeutenden Namen erhalten. Doch dies geschah nicht, ohne hohe Wellen zu schlagen.

In Jagodno bei Breslau-Brockau, das nach dem Krieg aus den Orten Lamsfeld und Lamsfeld Siedlung entstand und 1951 zu Breslau eingemeindet wurde, trägt nun die Schienenstraße [ul. Szynowa] den Namen eines bedeutenden Architekten, dessen bekanntestes Werk der Breslauer Hauptbahnhof ist. Doch obwohl an der Straße bislang noch niemand wohnt, ging die Umbenennung im Breslauer Stadtrat nicht reibungslos durch. Ratsmitglied Tomasz Malek von der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) legte ein Veto ein. Wenn es nach ihm ginge, dürften in Breslau ausschließlich Personen, die sich um Polen oder den Wiederaufbau Breslaus nach 1945 verdient gemacht haben, Namensgeber für Straßen sein, zitiert die „Gazeta Wrocławska" den 50-jährigen Politiker. Sein Vorschlag war, zunächst in den Reihen polnischer Bahnarbeiter nach Namenspatronen zu suchen. Stanisław Kosinski wäre für Małek ein passender Kandidat, denn er setzte in Galizien sein Ingenieurswissen im Bahnwesen ein, auch wenn er seine Erfahrungen beim Bau der sächsisch-thüringischen Eisenbahnstrecke entlang der Weißen Elster in Mitteldeutschland gesammelt hatte. Doch das ist egal, Hauptsache er war Pole.

Was Wilhelm Grapow angeht, reiche eine Informationstafel am Bahnhofsgebäude, zitiert die „Gazeta Wyborcza" Małek. Małeks Parteifreund Damian Mrozek ging sogar noch weiter. Er bezweifelte, dass Grapow überhaupt ein Architekt war, schließlich fand Mrozek darüber nichts im Internet.

Das Breslauer Bahnhofsgebäude strahlt nach der gründlichen Sanierung im Jahre 2012 im alten Glanze, doch dem Erbauer hat man dort keine Ehre in Form irgendeines Gedenkens erwiesen. Dabei rühmen sich Politiker aller Couleurs, der Breslauer Hauptbahnhof wäre der schönste Polens. Bereits 1857, nach der Eröffnung des im Stile des gotischen Historismus gebauten Bahnhofs, galt die etwa 200 Meter lange Grapowsche Bahnhofshalle mit ihrem teilweise verglasten Dach als die größte ihrer Art in Europa. An den Nebeneingängen gab es neben Gepäckannahmen ein modernes Telegrafenbüro und später auch eine öffentliche Fernsprecheinrichtung. Im Empfangsgebäude lud ein Restaurant Reisende zum Verweilen ein. Übrigens hatte nach dem Umbau 2012 hier zunächst ein in Breslau verheirateter Deutscher eine Bäckerei eröffnet, die mittlerweile aber wieder geschlossen ist. Dort, wo sich heute die Tiefgarage und die Grünfläche mit Springbrunnen befindet, war zu Grapows Zeit eine Grünanlage.



Bild: Jednozglosowiec

Wilhelm Grapows bekanntestes Werk: Breslaus Hauptbahnhof

Den Vorschlag, nach dem aus Groß Wartenberg [Syców] in Niederschlesien stammenden Wilhelm Grapow eine Breslauer Straße zu benennen, brachte im Mai der Verein „Freunde Breslaus" (Milosnicy Wrocławia) ins Gespräch. Die Idee stieß im Stadtrat vor allem bei Vertretern der Nowoczesna auf offene Ohren. In den Augen des der liberalen Partei angehörenden Stadtrats Piotr Uhle darf die 1000-jährige Geschichte Breslaus nicht verfälscht oder neu geschrieben werden, wie es seine parteipolitischen Gegner von der PiS gerne sähen. Uhle machte sich für die Straßenbenennung nach Grapow stark und konnte letztendlich 20 Befürworter mobilisieren, die sich gegen ein Dutzend Gegner durchsetzten. *Chris W. Wagner*

Wir gratulieren ...

ZUM 101. GEBURTSTAG

Kosidowski, Marta, geb. **Lask**, aus Schelasken, Kreis Lyck, am 16. August

ZUM 99. GEBURTSTAG

Schulz, Grete, geb. **Kochanowski**, aus Neidenburg, am 19. August

ZUM 98. GEBURTSTAG

Strupath, Elfriede, geb. **Steppat**, aus Reinlacken, Kreis Wehlau, am 15. August

ZUM 97. GEBURTSTAG

Paske, Günter, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 17. August

ZUM 96. GEBURTSTAG

Borchers, Ella, geb. **Schmidt**, aus Genslack, Kreis Wehlau, am 13. August
Kalleß, Gertrud, aus Schackwiese, Kreis Elchniederung, am 18. August
Littmann, Gerda, geb. **Reschat**, aus Hainau, Kreis Ebenrode, am 12. August
Rieck, Heinz, aus Treuburg, am 16. August
Zöller, Annemarie, geb. **Orlowski**, aus Lyck, Memeler Weg 4, am 16. August

ZUM 95. GEBURTSTAG

Rautenberg, Fritz, aus Eichen, Kreis Preußisch Eylau, am 17. August
Redetzky, Horst, aus Kleindünen, Kreis Elchniederung, am 14. August

ZUM 94. GEBURTSTAG

Gassner, Elisabeth, geb. **Leimann**, aus Walden, Kreis Lyck, am 18. August
Gehne, Meta, geb. **Benger**, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 18. August
Junker, Gustav, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 18. August
Krüger, Frieda, geb. **Sanio**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 18. August
Lask, Karl, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 15. August
Ruhnau, Christel, geb. **Karwowski**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 16. August
Schneider, Wanda, geb. **Sawatzki**, aus Schölen, Kreis Heiligenbeil, am 16. August

ZUM 93. GEBURTSTAG

Baginski, Erwin, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 18. August
Fendt, Hildegard, geb. **Podworny**, aus Milussen, Kreis Lyck, am 12. August
Foth, Carlos, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 17. August
Kiefer, Dora, geb. **Glagau**, aus Posselau, Kreis Samland, am 14. August
Klopp, Ernestine, geb. **Baumgart**, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 15. August
Kochan, Lieselotte, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 14. August
Korte, Johanna, geb. **Galensa**, aus Seesken, Kreis Treuburg, am 18. August
Müller, Ursula, aus Lyck, Bismarckstraße 24, am 18. August

ZUM 92. GEBURTSTAG

Döring, Charlotte, geb. **Lemke**, aus Bartkengut, Kreis Neidenburg, am 17. August
Kröhnert, Eva, geb. **Naujoks**, aus Balten, Kreis Elchniederung, am 14. August
Kunkel, Ursula, geb. **Böhm**, aus Heiligenbeil, Neubauerweg 7, am 16. August
Platz, Ursula, geb. **Franke**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 16. August
Raths, Ruth, geb. **Kelbch**, aus Ortelsburg, am 18. August
von Kieckebusch, Anny, aus Kreis Preußisch Eylau, am 15. August

ZUM 91. GEBURTSTAG

Begenat, Otto, aus Gindwillen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 14. August
Bondzio, Irmgard, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 12. August
Brehmer, Adelheid, geb. **Dwojakowski**, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 16. August
Brozio, Otto, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 17. August
Ebnöther-Turnheer, Martin, geb. **Ebnöther**, aus Brittanien, Kreis Elchniederung, am 12. August
Fischer, Hans, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 18. August
Gelhar, Emma, geb. **Radzuweit**, aus Föhrenhorst, Kreis Ebenrode, am 12. August
Gottuck, Günter, aus Treuburg, am 17. August
Haupt, Anneliese, geb. **Glaus**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 12. August
König, Grete, geb. **Roßmannek**, aus Plohsen, Kreis Ortelsburg, am 15. August
Kraft, Frieda, geb. **Schedlitzki**, aus Markgrafsfelde, Kreis Treuburg, am 15. August
Majonek, Hildegard, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 18. August
Müller, Helga, geb. **Kummetz**, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 13. August
Powels, Elisabeth, geb. **Juckel**, aus Stucken, Kreis Elchniederung, am 13. August
Radzyk, Alfred, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 15. August

ZUM 90. GEBURTSTAG

Epting, Hildegard, geb. **Blasko**, aus Treuburg, am 14. August
Gaurun, Hans, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 17. August
Kierstein, Helmut, aus Maschen, Kreis Lyck, am 16. August
Ohlendorf, Irmgard, geb. **Bartel**, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 18. August
Olschewski, Heinz, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 12. August
Peters, Irma, geb. **Grill**, aus Ellerbach, Kreis Ebenrode, am 13. August
Plessow, Christel, geb. **Melenk**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 14. August
Pokern, Irene, geb. **Först**, Kreis Samland, am 14. August
Prawdzik, Regina, aus Gingen, Kreis Lyck, am 18. August
Reiser, Irene, geb. **Marenski**, aus Ortelsburg, am 18. August
Ringat, Paul, aus Bilderweiten, Kreis Ebenrode, am 16. August
Tempel, Gerhard, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 18. August
Wedemann, Irmgard, geb. **Lauschke**, aus Eichhorn, Kreis Preußisch Eylau, am 9. August
Wenzel, Hildegard, geb. **Wysotzki**, aus Gorlau und Fließdorf, Kreis Lyck, am 12. August

ZUM 85. GEBURTSTAG

Alexy, Käte, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 17. August
Allodi, Eva, geb. **Dressler**, aus Bersbrüden, Kreis Ebenrode, am 16. August
Duddeck, Ernst, aus Jürgenau, Kreis Lyck, am 18. August
Erdt, Hilde Gerda, geb. **Slembeck**, aus Kandien, Kreis Neidenburg, am 16. August
Fehlau, Helmut, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 14. August
Gille, Erika, geb. **Mostolta**, aus Alt Kriewen, Kreis Lyck, am 16. August
Gimbott, Manfred, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 17. August
Gueth, Dieter, aus Breslau, am 17. August
Jander, Alfred, aus Neidenburg, am 16. August
Krey, Karl-Heinz, aus Lyck, am 17. August
Melcher, Hedwig, geb. **Wohlgetan**, aus Klein Rödersdorf, Kreis Heiligenbeil, am 16. August
Niedergesäß, Edith, geb. **Fürchtenicht**, aus Deumenrode, Kreis Lyck, am 18. August
Objartel, Ingeborg, geb. **Wilkening**, aus Uderhöhe, Kreis Wehlau, am 13. August
Salathe, Frieda, geb. **Bischoff**, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 16. August
Thal, Gerhard, aus Königsberg, Holzstraße 5, am 18. August
Weikam, Horst, aus Grünheide, Kreis Treuburg, am 13. August
Wentland, Irmgard, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 15. August
Wieck, Günther, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, am 18. August

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bormüller, Reintraut, geb. **Schöter**, aus Antonswiese, Kreis Elchniederung, am 15. August
Braun, Winfried, aus Georgenburg, Kreis Insterburg, am 16. August
Brunke, Margot, geb. **Hahn**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 12. August
Dewitz, Renate, geb. **Jaenicke**, aus Leitwarren, Kreis Elchniederung, am 12. August
Ewert-Carl, Alise, geb. **Carl**, aus Koppershagen, Kreis Wehlau, am 13. August
Faak, Hermann, aus Gerhardswalde, Kreis Elchniederung, am 15. August
Faltin, Christel, aus Walden, Kreis Lyck, am 17. August
Freiheit, Hildegard, geb. **Gusek**, aus Klein Ponnau, Kreis Wehlau, am 13. August
Gloddek, Helmut, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 13. August
Gralla, Erich, aus Pierlawken, Kreis Neidenburg, am 17. August
Grünhagen, Ursula, geb. **Ebel**, aus Plibischken, Kreis Wehlau, am 18. August
Halbach, Elsa, geb. **Prasvitt**, aus Spallwitten, Kreis Samland, am 18. August
Janz, Gerhard, aus Neuginnendorf, Kreis Elchniederung, am 13. August
Kalettka, Arnold, aus Neufließ, Kreis Ortelsburg, am 14. August
Kappeler, Gisela, geb. **Waschkewitz**, aus Ehrenwalde, Kreis Lyck, am 15. August
Karwowski, Ingrid, aus Lyck, am 14. August
Klein, Ursula, geb. **Rilka**, aus Schützengrund, Kreis Ortelsburg, am 16. August
Kottnik, Helga, geb. **Hoffmann**, aus Neidenburg, am 12. August
Kühndelt, Gerda, geb. **Wieczorrek**, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 13. August
Link, Siegfried, aus Göritten, Kreis Ebenrode, am 12. August
Pasvahl, Klaus, am 17. August
Peyk, Wolfram, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 15. August
Priebe, Gerhard, aus Treuburg, am 16. August
Rehse, Luz, aus Neuhäuser, Kreis Samland, am 18. August
Sass, Hildegard, geb. **Wischnewski**, aus Keipern, Kreis Lyck, am 14. August

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bahr, Vera, geb. **Klemens**, aus Mühlmeistern, Kreis Elchniederung, am 16. August
Behrendt, Reinhold, aus Frankenau, Kreis Neidenburg, am 13. August
Hellwich, Helga, geb. **Reichardt**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 15. August
Kirchner, Irmgard, geb. **Pogorzelski**, aus Buschfelde, Kreis Ebenrode, am 14. August
Lüttich, Uta, geb. **Hennig**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 15. August
Meyer, Dagmar, geb. **Chrost**, aus Grammen, Kreis Ortelsburg, am 17. August
Monetha, Günter, aus Treuburg, am 16. August
Perkuhn, Herbert, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 16. August
Pralle, Klaus, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am 14. August
Pralle, Margrit, geb. **Neumann-John**, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am 12. August
Preußler, Christine, geb. **Nowottka**, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, am 16. August
Rente, Gert, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 14. August
Steinberg, Werner, aus Dullen, Kreis Treuburg, am 14. August
Tarrach, Heinz, aus Siemienau, Kreis Neidenburg, am 15. August
Zobel, Brigitte, geb. **Ahrens**, aus Pillau, Kreis Samland, am 12. August

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

TERMINE DER LO

2016
2. bis 4. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
8. Oktober: Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern
10. bis 16. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
21. bis 23. Oktober: 8. Deutsch-Russisches Forum „Zukunft braucht Vergangenheit“ in Berlin (geschlossener Teilnehmerkreis)
4. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
5. bis 6. November: OLV in Wuppertal (geschlossener Teilnehmerkreis)
11. bis 14. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt

2017
1. bis 2. April: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 13. August, 11.30 Uhr, NDR: Unsere Geschichte – Was den Norden bewegte (79): Meine Kindheit in Stettin.
SONNABEND, 13. August, 16 Uhr, WDR: „Operation Hochzeit“ – Wie die Briten NRW erfunden haben.
SONNABEND, 13. August, 21.02 Uhr, Tagesschau24: Das Mafia-Paradies – Kuba vor der Revolution von 1959.
SONNTAG, 14. August, 22.55 Uhr, MDR: 55 Jahre Mauerbau – Ein Themenabend moderiert von Mirko Drotschmann.
MONTAG, 15. August, 9.30 Uhr, Tagesschau24: Operation Mali – Zwischen Terror und Friedensmission.
MONTAG, 15. August, 22.05 Uhr, Tele 5: 1911 Revolution. Kriegsfilm über die Xinhai-Revolution, VRC/HK 2011.
MONTAG, 15. August, 22.45 Uhr, Tele 5: Cromwell – Der Unerbittliche. Historienepos, GB 1969.
MONTAG, 15. August, 0.55 Uhr, 3sat: Sendung ohne Namen (119): Gemütlichkeit.
DIENSTAG, 16. August, 17.15 Uhr, Einsplus: Challenger – Ein Mann kämpft für die Wahrheit. Dokumentarspiel über Richard Feynman, USA 2013.
DIENSTAG, 16. August, 23 Uhr, Phoenix: Töte zuerst – Der israelische Geheimdienst Schin Bet. Dokumentation, IL/F/D/B 2012.
MITTWOCH, 17. August, 20.15 Uhr, NDR: Ostpreußens Küste – Elche, Sand und Seeadler.
MITTWOCH, 17. August, 20.15 Uhr, Arte: Jud Süß – Film ohne Gewissen. Spielfilm, D/A 2010.
DONNERSTAG, 18. August, 20.15 Uhr, NDR: Kaliningrad – Zwischen Kurischer Nehrung und Frischem Haff.
DONNERSTAG, 18. August, 21.02 Uhr, Tagesschau24: Der Alexanderplatz. Dokumentation, D 2012.
FREITAG, 19. August, 11.30 Uhr, NDR: Wildes Polen – Tatra, Ostsee und Masuren.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



BARTENSTEIN

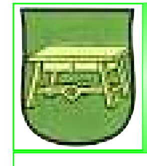
Kreisvertreter: Christian v. der Groeben, Ringstraße 45, 97950 Großrinderfeld, Telefon (09349) 929252, Fax (09349) 929253, E-Mail: csgroeben@gmx.de.

Kreistreffen und Vorstandswahl

Das diesjährige Heimatkreistreffen wird am Sonnabend, 10. September, wieder in unserer Patenstadt Nienburg an der Weser stattfinden: Am Vortag, dem 9. September, wird ab 16 Uhr in öffentlicher Sitzung der neue Vorstand für die nächsten vier Jahre gewählt. Nachdem zu den vom Vorstand vorgeschlagenen Kandidaten für den erweiterten Vorstand (früher Kreistag) keine weiteren Vorschläge beim Wahlvorstand eingingen, gelten diese zehn Vorgeschlagenen als gewählt: Helmut Breuer, Manfred Eckert, Christian von der Groeben, Karlheinz Hupfer, Rosemarie Krieger, Ilse Markert, Günter Morwinsky, Hans-Gerhard Steinke, Klaus-Günter Tammer, Walter Tiedtke. Damit konnten wir auf eine Briefwahl verzichten.

Das Kreistreffen am Sonnabend beginnt um 9.30 Uhr mit der Kranzniederlegung an den Gedenksteinen bei den Berufsbildenden Schulen am Berliner Ring. Von 10 bis 12 Uhr ist der Besuch in der Heimatstube in der Verdener Straße 24 möglich. Das Tagungshotel „Zur Krone“ (Verdener Landstraße 245) ist ab 10 Uhr geöffnet, dort findet auch am Vortag die öffentliche Vorstandswahl statt.

Mit interessanten Informationen aus der Heimat und Beiträgen zu unseren aktuellen Aktivitäten hoffen wir auch bei diesem Treffen wieder, nicht nur die treuen Alten, sondern auch bisher unbekannte und neue Heimatfreunde begrüßen zu können.



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

Herbstreise in die Heimat

Wegen vorhandener und dort dringend benötigter Hilfsgüter führt unser Mitglied Gerhard Scheer vom 28. September bis 7. Oktober bei genügender Teilnahme von Wuppertal aus mit Zustiegsmöglichkeiten am Wege (Bielefeld, Hannover, Berlin) eine zehntägige Herbstreise durch: Über Schwiebusch oder Posen (Ü) nach Osterode, Allenstein, Sensburg, Masuren (Ü) nach Angerburg, Goldap und bei Eydtkau über die Grenze nach Trakehnen (3 Ü.) mit Tempelhüter und Gestütsmuseum. Von dort aus Fahrten durch den Kreis, Rominter Heide, Ökologisch-Historisches Museum Groß-Rominten, Donalitius-Museum, Taxifahrten in abgelegene Heimatorte werden auf Wunsch organisiert. Folklore-Abend mit der Deutschen Schule Ebenrode und Gumbinnen (Salzburger Kirche, Friedrichschule) werden angesteuert.

Am sechsten Tag geht es über Insterburg und Gestüt Georgenburg, Wehlau und Tapiau auf die Kurische Nehrung, übernachtet wird in Königsberg, Stadtrundfahrt zu den verbliebenen Sehenswürdigkeiten.

Am siebten Tag zurück nach Polen, über Frauenburg und eine Herbstfahrt auf dem Oberlandkanal nach Elbing (Ü). Am achten Tag über Marienburg nach Danzig, Besichtigung der Altstadt (Ü). Am neunten Tag stehen die große Mole von Gdingen und die Klosterkirche von Oliva mit Orgelkonzert auf dem Programm, über Stolp und Köslin zur letzten Übernachtung nach Stettin, von dort Rückfahrt. Programmänderungen vorbehalten. Nähere Einzelheiten: Telefon (0202) 500077.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 46 16 13. E-Mail: ruhnke@kreis-gemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. 2. stellvertretender Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 8 42 24. E-Mail: Schmidt.ploessen@gmx.de. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Kreistreffen am 3. und 4. September

Auch in diesem Jahr freuen wir uns wieder auf unser Kreistreffen in Burgdorf. Kommen auch Sie am 3. und 4. September in das Veranstaltungszentrum StadtHaus Burgdorf (ehemals Veranstaltungszentrum) in Burgdorf bei Hannover. Wir – der Vorstand, die Kirchspiel- und Stadtvertreter sowie die Gemeindevertreter – freuen uns auf Sie. Das Programm:

Sonnabend, 3. September

9 Uhr: Öffnung des Veranstaltungszentrums StadtHaus Burgdorf, Sorgenser Straße 31

11 Uhr: Gedenkminute und Niederlegung von Blumen am Gedenkstein im Park. Ab 10.45 Uhr fährt ein Bus vom Veranstaltungszentrum hin und zurück

12 Uhr: Öffentliche Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil im Saal „JohnnyB.“ (ehemals „Haus der Jugend“)

14 Uhr: Öffnung der Heimatstube und des Archivs in der Wilhelmstraße 3A. Buspendelverkehr vom Veranstaltungszentrum zur Heimatstube von 13.45 bis 15.30 Uhr

16 Uhr: Vortragsveranstaltung

18.30 Uhr: Gemütliches Beisammensein

Am Sonnabend wird wiederum im Foyer des Veranstaltungszentrums ein Infostand des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge präsent sein

Sonntag, 4. September

9 Uhr: Öffnung des Veranstaltungszentrums StadtHaus Burgdorf, Sorgenser Straße 31

Circa 10 Uhr: Platzkonzert der Schützenkapelle „Gehrden“

11 Uhr: Feierstunde im Saal „JohnnyB.“ (ehemals „Haus der Jugend“). Begrüßung durch Kreisvertreterin Elke Ruhnke

Ostpreußenlied.

Totenehrung durch Christian Perbandt, Stellvertretender Kreisvertreter

Choral von Leuthen (Nun danket alle Gott)

Ilse Thomann: „Es war ein Land...“

Grußworte.

Festansprache von Mirko Zschoch, CDU, Burgdorf, zum Thema „1945 – Neuanfang für Heimatvertriebene in Burgdorf“

Instrumentalstück.

Schlusswort Elke Ruhnke, Kreisvertreterin

Deutschlandlied 3. Strophe

13.30 Uhr: Öffnung der Heimatstube bis 15 Uhr. Es ist ein Pendelverkehr hin und zurück eingerichtet.

16 Uhr: Offizielles Ende des Hauptkreistreffens.

(Änderungen vorbehalten)

Sondertreffen Kirchspiel Bladiau

Freitag, 2. September, ab 15 bis ca. 17 Uhr im Hotel „Försterberg“ in Burgdorf, Immenser Straße 10. Leitung: Wolfgang Milewski

Traditionelles Matjesessen

Liebe Heiligenbeiler, im Rahmen unseres Kreistreffens findet, wie im Heimatblatt angekündigt, unser traditionelles Matjesessen (für Selbstzahler) am Freitag, den 2. September, statt. Dieses Treffen soll all jenen, die bereits am Freitag angereist sind, die Möglichkeit bieten, den Abend in angenehmer Atmosphäre unter gleichgesinnten zu verleben. Beginn der Veranstaltung ist um 19 Uhr. Ort: Steinwedeler Dorfkrug, Dorfstraße 10, 31275 Lehrte, Ortsteil Steinwedel. Nachfragen bitte an Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 57052, E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. Es liegen bereits zahlreiche Anmeldungen vor. Ich freue mich, Sie am 2. September begrüßen zu dürfen. Herzlichst, Ihr Christian Perbandt, Zweiter Kreisvertreter

Nachruf auf Ursula Kunkel



Schmerzlich wird sie vermisst werden: Ursula Kunkel Bild: privat

„Das schönste Denkmal, was ein Mensch bekommen kann, steht im Herzen der Mitmenschen.“ (Albert Schweitzer)

Ursula Kunkel, geborene Böhm, geboren am 16. September 1924 in Schettnienen, Kreis Heiligenbeil, langjährige Stadtvertreterin von Heiligenbeil und eine Landsmännin der ersten Stunde, ist am 17. Juli kurz vor Vollendung ihres 92. Lebensjahres verstorben.

Diese Nachricht hat uns schmerzlich getroffen, und wir sind sehr traurig, dass unsere Heiligenbeilerin Ulla nicht mehr unter uns weilt. Wieder einmal heißt es, einen ganz besonderen Menschen loslassen zu müssen.

Sie war eine waschechte Ostpreußin, dickköpfig und stur, gleichzeitig jedoch immer hilfsbereit; so kannten wir sie seit vielen Jahren. Von 1995 bis 2005 war Ursula Kunkel als Stadtvertreterin von Heiligenbeil tätig. Mit ihrem geradlinigen Wesen packte sie stets mit an und füllte das Ehrenamt mit ganzer Person und großer Leidenschaft aus. Sie war ein Mensch, der anderen Menschen viel Gutes tat und Freude bereitete, wenn es zum Beispiel um Hilfsmaßnahmen ging.

Die Kreisgemeinschaft verliert mit ihr eine gute Kennerin von Heiligenbeil und Umgebung. Sie wusste sehr viel über Heiligenbeil und kannte sehr viele Leute und Gegebenheiten. Und dieses umfangreiche Wissen gab sie gern und bereitwillig an andere weiter.

Für ihre Heimatarbeit erhielt sie im Jahr 1999 die Silberne, im Jahr 2004 die Goldene Ehrennadel der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil und 2010 das Silberne Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen. Sie war mit viel Herzblut und Engagement auch über ihre Tätigkeit als Stadtvertreterin hinaus tätig, und mit ihr hat uns ein weiteres „Urgestein“ der Kreisgemeinschaft verlassen. Sie wird uns in guter Erinnerung bleiben und ihr Wissen werden wir schmerzlich vermissen.

Der Vorstand der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil trauert mit den Angehörigen. *Elke Ruhnke, Kreisvertreterin*



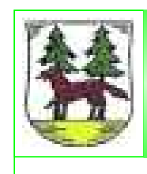
INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Termine der Heimatgruppen

Heimatgruppe Kiel: Treffen in jedem Monat am zweiten Donnerstag im Café Rebecca in der Matthias-Claudius-Kirche in Kiel-Suchsdorf. Informationen: Hellmut Jucknat, Telefon (0431) 311972.

Heimatgruppe Köln: Treffen jeweils am vierten Mittwoch im Monat. Nächste Zusammenkunft 24. August. Informationen: Carola Maschke, Telefon (0221) 796942, E-Mail: C.Maschke@netcologne.de.



JOHANNISBURG

Kreisvertreter: Dr. Manfred Solenski, Fichtenstraße 14, 26316 Varel, Telefon (04451) 4581, Fax (04451) 9189298, E-Mail: solenski@kreisgemeinschaft-johannisburg.de. Internet: www.kreisgemeinschaft-johannisburg.de

61. Kreistreffen

Die Kreisgemeinschaft veranstaltet am Sonntag, 4. September, im Goldsaal des Kongresszentrums Westfalenhallen in Dortmund ihr 61. Heimatkreistreffen. Das Treffen steht unter dem Leitwort: „ Identität schützen – Menschenrechte achten.“ Es werden Teilnehmer aus vielen Teilen der Bundesrepublik Deutschland und auch heimatverbliebene Landsleute aus Polen, aus dem Kreis Johannisburg (Pisz), erwartet. Die offizielle Feierstunde beginnt um 11 Uhr und endet etwa um 12.30 Uhr. Einlass ist ab 9 Uhr. Der Programmablauf:

Musikalische Einleitung: Taissia Fischer

Begrüßung: Dr. Manfred Solenski, Kreisvertreter

Gemeinsames Singen mit musikalischer Begleitung: „Großer Gott wir loben Dich“ (Choral)

Andacht: Gerhard Boesler, Stellvertretender Kreisvertreter

„Die Sonn erwacht“ ((W. von Weber): Chor „Heimatmelodie“ der „Deutschen aus Russland“ unter Leitung von Taissia Fischer

Totenehrung: Gerhard Boesler, Stellvertretender Kreisvertreter

„Ich hatt einen Kameraden“: Taissia Fischer

„Lasst Frieden sein“ (Klaus Ochs): Chor „Heimatmelodie“

Grußwort der Gäste

Jahresbericht: Manfred Solenski, Kreisvertreter

Masurenlied „Meine Heimat ist so schön“: Chor „Heimatmelodie“

Schlusswort: Manfred Solenski, Kreisvertreter

Gemeinsames Singen mit musikalischer Begleitung: „Land der dunklen Wälder“ und Deutschlandlied, 3. Strophe



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Burgen des Deutschen Ordens

Sonnabend, 20. August 2016, Lötzener Heimatmuseum in der Patenstadt Neumünster, Sudetenlandstr. 18 H (Böcklersiedlung), 15.30 Uhr: Eröffnung der Ausstellung „Burgen des Deutschen Ordens“. Eine Gemäldeserie von Reinhard Bergmann aus Weißenfels. Der Künstler ist anwesend. Den Einführungsvortrag hält Dr. Manuel Ruoff von der *Preußischen Allgemeinen Zeitung.*

Fotografien in Lötzen

In Gizycko (Lötzen) sind seit Beginn der Sommersaison auf 50 Tafeln 400 Fotos unter dem Titel „Lec – Luczany – Gizycko 1946 bis 2016“ zu sehen. Gezeigt werden die Aufnahmen aus sieben Jahrzehnten in der vor wenigen Jahren neu errichteten Hafenpassage (Portowa). Die Ausstellung ist durch eine Initiative der Masurischen Gemeinschaft (Wspolnota Mazurka) entstanden. Sie wird bis Ende September präsentiert.

Gedenkstein

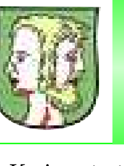
Der Kirchengemeinderat der evangelischen Kirche in Lötzen (Gizycko) gab seine Zustimmung zur Errichtung eines Gedenksteines in unmittelbarer Nähe des Kirchengebäudes. Der Stein wird ungefähr 80 Zentimeter hoch und mit einer Metalltafel versehen sein. Auf ihr sind alle die Namen zu lesen, die die Stadt von Anbeginn bis heute hatte. Vom Wildhaus Leczen über Leczenburg und Loetzen bis hin zu Lec und Gizycko. Unter dem Stein wird ein Metallbehälter eingelassen, der eine Urkunde über die Schaffung dieses Denkmals enthält. Maria Krystina Niezurawska, Mitglied des Kirchengemeinderates und in der Heimat gebliebene Deutsche, äußerte sich wie folgt zu diesem Vorhaben: „Wir als Gemeinde sind damit einverstanden, und mich persönlich freut es, dass sich die Polen, die nach dem Krieg hier geboren sind, jetzt auch mit der Geschichte unserer Stadt beschäftigen.“

Einladung zur Versammlung der Mitglieder

Am Sonnabend, 27. August, findet um 14 Uhr in Neumünster, Gartenstraße 32 (Tagungszentrum „Kiek in“), die Mitgliederversammlung statt. Hier die Tagesordnung:

- Begrüßung
- Bericht des Kreisvertreters (1. Vorsitzender), Aussprache
- Bericht des Schatzmeisters
- Bericht der Kassenprüfer
- Entlastung des Vorstandes
- Verschiedenes

Im Anschluß an die Mitgliederversammlung wird – nur am Sonnabend – ein Tisch mit den Verkaufsangeboten der Kreisgemeinschaft im Saal vorhanden sein, ebenso ein Tisch, an dem Auskünfte zum Bereich Familienforschung gegeben beziehungsweise Fragestellungen und Suchwünsche entgegengenommen werden. *Dieter Eichler, Kreisvertreter*



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Kreistagssitzung

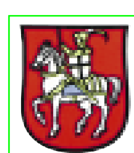
Am Sonnabend, 27. August 2016 findet im Rathaus der Stadt Hagen, Rathausstraße 13, Raum A. 201 (2. Etage) die öffentliche Kreistagssitzung statt. Hier die Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Wahl eines Protokollführers
2. Totengedenken
3. Ehrungen
4. Genehmigung der Niederschrift über die KT-Sitzung vom 29. August 2015
5. Bericht aus dem Kreisausschuss
6. Aussprache zu den schriftlichen Arbeitsberichten
   a) Kreisvertreterin
   b) Karteiwart
   c) Senioren- und Glückwunschkartei
   d) Archivbetreuerin
   e) Redaktion Hagen-Lycker Brief und Internetseite
   f) Büchervesand
   g) AK Mittlere Generation
7. Haushaltsplan 2016
8. Kassenbericht 2015 (allgemein und Rowlin)
9. Bericht der Kassenprüfer und Entlastung des Kreisausschusses
10. Satzungsänderung
11. Lyckreise 2017
12. Diesjähriges Kreistreffen
13- Kreistreffen 2017

Eine Aufnahme weiterer Vorschläge zur Tagesordnung ist bis spätestens eine Woche vor dem Tag des Kreistagssitzung bei der Kreisvertreterin zu beantragen.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16



OSTERODE

Kreisvertreter: Prof. Dr. Edgar Steiner, Friedrich-Hegel-Straße 18, 15230 Frankfurt (Oder), Tel. (0335) 539096, E-Mail: Prof.steiner@arcor.de. Geschäftsstelle: Postfach 1549, 37505 Osterode am Harz, Telefon (05522) 919870. KGOeV@t-online.de; Sprechstunde: Di. 9–12, Do. 14–17 Uhr.

Versammlung der Mitglieder

Am 17. September 2016 um 14 Uhr findet anlässlich des Hauptkreistreffens in der Stadthalle, Garderobenkeller, in Osterode am Harz unsere diesjährige Mitgliederversammlung statt. Die Tagesordnung lautet wie folgt:
1) Eröffnung
2) Genehmigung der Niederschrift über die Mitgliederversammlung am 20. September 2015 in Osterode am Harz
3) Entgegennahme des Jahresberichtes des Kreisvertreters
4) Entgegennahme der Jahresrechnung 2015
5) Bericht der Rechnungsprüfer
6) Genehmigung des Jahresberichts des Kreisvertreters und der Jahresrechnung.
7) Erteilung der Entlastung des Vorstandes
8) Neuwahl des Vorstandes
9) Wahl der Rechnungsprüfer
10) Vorstands-Konstituierung
11) Bekanntgabe des Ergebnisses der Konstituierung des Vorstandes
12) Verschiedenes

Der Vorstand bittet alle Landsleute um eine zahlreiche Teilnahme und insbesondere um ein rechtzeitiges Erscheinen zur Mitgliederversammlung. Weitere Einzelheiten siehe Folge 125 der Osteroder Zeitung. *Edgar Steiner, Vorsitzender und Kreisvertreter*



Tanzvergnügen beim Ostpreußentreffen: Die Kindergruppe des Volkstanzkreises Winsen Bild: privat

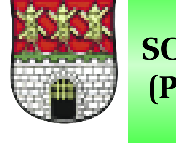


RÖSSEL

Kreisvertreter (komm.): Paul Thiel, Haydnstraße 23, 66333 Völklingen, Telefon (06898) 25327. Redaktion Rößeler Heimatbote: Gisela Heese-Greve, 23562 Lübeck, Tel. (0451) 58249090.

Bischoffsburger Heimatfreunde

18. bis 21. August, Münster: Treffen der Bischoffsburger-Heimatfreunde im Haus Mariengrund, Nünningweg 131, 48161 Münster. Organisation, Information und Anmeldung bei Horst Ehlert, Arnsberg, Telefon (02931) 7323.



SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Ostpreußentreffen in Winsen

Auf nach Winsen an der Luhe! Die Kreisgemeinschaften Schloßberg und Ebenrode sowie die Landesgruppen Niedersachsen und Hamburg laden für Sonnabend, 13. August, zum Ostpreußentreffen. Hier das Programm:

9.30 Uhr: Kranzniederlegung am Ehrenmal auf dem Waldfriedhof durch Kurt Perrey, Pfarrer im Ruhestand
10.30: Feierstunde
– Begrüßung und Totenehrung durch Michael Gründling, Vertreter der Kreisgemeinschaft Schlossberg
– Chorgemeinschaft „Singzirkel und Männerchor Winsen“
– Andacht mit Kurt Perrey
– Grußworte der Ehrengäste
– Festvortrag von Hans Heckel, Redakteur der *PAZ*
12 Uhr: Gemeinsames Mittagessen und Plachandern
14 Uhr: Ordentliche Mitgliederversammlung von Ebenrode im Clubzimmer der Stadthalle
14 Uhr: Buntes Rahmenprogramm mit der Kindergruppe des Volkstanzkreises Winsen und mit Hans-Peter von Deyn und seinem Akkordeon. Wolfgang Tietze berichtet über „Erfahrungen bei Hilfsleistungen für Nord-Ostpreußen“.
16.30 Uhr: Öffnung der Heimatstuben Schloßberg und Ebenrode, Rote Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen.
18.30 Uhr: Veranstaltungsende

Texte und Fotos für die Heimatseiten bitte an: *Preußische Allgemeine Zeitung*, z. H. Frank Horns, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. E-Mail: horns@ostpreussenblatt.de

Vorbild für Generationen

Zur Erinnerung an Dr. Horst Kullak-Ublick (1. Juni 1924 – 23. März 2016)

Am 23. März 2016 verstarb Dr. Horst Kullak-Ublick, im 92. Lebensjahr stehend, in Meersburg. 65 Jahre lang war er Johanniterritter der Preußischen Genossenschaft.

Horst Kullak-Ublick hatte in seinem Leben mehrere harte Schicksalsschläge zu verkraften. Durch den Tod seiner Mutter 1930 wurde der sechsjährige Halbwaise. Im Hause des Bruders seiner Mutter, Karl von Below-Serpenten und dessen Ehefrau Emma von Below, geborene von der Goltz-Mertensdorf, bekam er im weitesten Sinne ein Ersatzelternhaus. Hier konnte er unbeschwert Freizeit und Ferien verbringen. Sein im Serpentener Haus aufwachsender Vetter, Karl-Friedrich von Below, wurde ihm ein lebenslanger Freund und Vertrauter.

Horst Kullak-Ublick hatte zwei ältere Brüder. Einen Bruder ereilte der Soldatentod bereits zu Beginn des Krieges; der zweite Bruder fiel 1941 in Russland. 1942 wurde auch der Verstorbene zum Kriegsdienst befohlen. Er kämpfte an der Ostfront. Bis zum 21. Oktober 1944 hat der 20-jährige Leutnant geholfen, seine Heimatprovinz Ostpreußen zu verteidigen. An diesem Tage nahm er an einem erfolgreichen Gegenstoß zur Rückgewinnung des hinreichend bekannt gewordenen Dorfes Nemmersdorf teil. Dabei wurde er sehr schwer verwundet. In der Zeit seiner Genesung ging der Krieg zu Ende.

Einen weiteren sehr schweren Schicksalsschlag hatte der Verstorbene mit seiner Familie in den 70er Jahren zu verkraften. In der Zeit seiner diplomatischen Tätigkeit an der deutschen Botschaft in London heiratete seine Tochter Victoria den englischen Offizier Richard Westmacott. Der Schwiegersohn wurde im Einsatz für den Special Air Service (SAS) der britischen Armee durch Heckenschützen in Nordirland erschossen. Seine junge schwangere Ehefrau brachte ihre Tochter nach dem Tod des Vaters zur Welt.

Kullak-Ublicks Sohn, Professor Gerd-Achim Kullak-Ublick, ebenfalls schon seit 1987 Preußischer Johanniter, berichtete im Trauergottesdienst für seinen Vater am 8. April in Aschau am Chiemsee über die Lebensleitlinie seiner Eltern: „Dr. Horst Kullak-Ublick schrieb später in Bezug auf seine Jugendzeit und die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts, die heute als Zeit der Katastrophen und Entartungen dargestellt wird: ‚Gerade in dieser Zeit aber verlebten wir unsere Jugend. Sie war bedeutend für unser ganzes Leben bis ans Ende des 20. Jahrhunderts. Sie zeigte uns die Höhen und Tiefen menschlichen Daseins, sie zeigte uns die Endlichkeit menschlichen Tuns, sie machte uns immun gegen die Verlockungen irdischer Heilsverkünder und sie offenbarte uns die ewigen Wahrheiten, wie sie durch unseren christlichen Glauben und die großen Denker unseres Volkes auf uns überkommen sind. Unsere Elternhäuser und die Bewahrung und Pflege alter Werte unserer Vergangenheit waren das Rüstzeug mit dem wir ins Leben entlassen wurden und durch die Jahrzehnte gegangen sind. In den schweren Stunden konnten wir unser Schicksal einfach in die Hand Gottes legen, wie es im Vater Unser heißt, – ‘Dein Wille geschehe!’“

Er stand zu seiner preußischen Herkunft

Nach Kriegsende studierte Kullak-Ublick in Göttingen Landwirtschaft. Er beendete das Studium mit der Promotion. 1952 heiratete er Ingeborg von Britzke, die er bereits 1943 im Serpentener Gutshaus kennengelernt hatte. Nach einer landwirtschaftlichen Tätigkeit in Argentinien und einer vierjährigen Tätigkeit bei der BASF in Brasilien realisierte der Verstorbene seinen Kindheitswunsch, Diplomat zu werden. 1959 trat er in den Dienst des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik ein. 1986 hatte er mit der Berufung zum deutschen Botschafter in Chile die höchstmögliche Spitze eines Berufsdiplomaten erreicht. Als ausgewiesener Lateinamerikaexperte war ihm vor seiner Aufgabe als deutscher Chefdiplomat in Chile die Funktion des Beauftragten für Lateinamerika innerhalb der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts zugewiesen worden, mit Beratungsfunktion für alle deutschen Botschafterkollegen in Südamerika.

Ein besonderer Erfolg gelang ihm in Chile, als er bald nach seinem Amtsantritt dort das Vertrauen der damaligen Militärregierung und auch der zivilen chilenischen Opposition gefunden hatte. In seinen Privaträumen in Santiago ermöglichte er erste Gespräche mit beiden Parteien mit dem Ziel, wieder eine demokratisch legitimierte Zivilregierung in die Verantwortung zu bringen. Diese Bemühungen hatten zwei Jahre später Erfolg. Kullak-Ublick handelte stets im Einvernehmen mit seinem Minister Hans-Dietrich Genscher. Der Minister traf keine Entscheidungen hinsichtlich Südamerikas ohne Rücksprache mit seinem Botschafter in Chile.

Hans-Dietrich Genscher traf hinsichtlich Südamerika keine Entscheidung ohne ihn

Nach dem Eintritt in den Ruhestand 1990 war der Verstorbene Sonderbotschafter der Bundesregierung für die Weltausstellung in Sevilla und für die Veranstaltungen zur 500 Jahr-Feier der Entdeckung Amerikas. Damit würdigte der Dienstherr das erfolgreiche Wirken des ausgewiesenen Südamerikaexperten.

Der verstorbene Johanniterritter hat den Verfasser dieser Zeilen über 20 Jahre während dessen Zeit als Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen eng begleitet. Dieser verdankt ihm manch guten Rat in Bezug auf das Wirken der LO im heute polnischen und russischen Ostpreußen. Man sah sich nicht ganz selten bei den Rittertagen der Preußischen Genossenschaft, bei gegenseitigen Besuchen und bei Veranstaltungen der Below-Familie. Die Mutter des Verfassers war die Schwester seiner Vize-Mutter Emma von Below. Der Verstorbene war eine große Persönlichkeit, in seinem zurückhaltenden bescheidenen Auftreten einzigartig. Er stand zu seiner preußischen Herkunft: Dienen (dem Land) und Pflichterfüllung bei allen kleinen und großen Aufgaben waren ihm wichtig. Ein Ergebnis dieser Lebenseinstellung war die freiwillig übernommene Aufgabe, den ostpreußischen Heimatfriedhof in Ublick wieder in Stand zu setzen. Nach Beendigung dieser Arbeit hat die polnische kommunale Administration den Friedhof unter Denkmalschutz gestellt. Gibt es ein besseres Beispiel für segensreiches Wirken? Dr. Horst Kullak-Ublick war in allen Belangen Vorbild für die nachwachsende Generation. Die Ostpreußen trauern mit allen hinterbliebenen Familienangehörigen um Horst Kullak-Ublick.

Wilhelm von Gottberg

Adel im Interview

Über das Leben auf ostpreußischen Gütern

Die besondere Lebenswelt des ostpreußischen Adels auf Gut Groß Klitten der Familie von Gottberg, dem Rittergut Juditten der Familie von Kuenheim, dem Gut Lenken der Familie von Sperber, dem Rittergut Waldburg-Capustigall der Grafen zu Dohna und zehn weiteren ostpreußischen Gütern und Landschlössern beschreiben die Tondokumente von Befragungen noch lebender Zeitzeugen, die diese Güter bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges bewohnten.

Diese Tondokumente sind in die neue Publikation „Unbeschwerte Zeit!? – Jugendjahre auf ostpreußischen Gütern und Landschlössern“ des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen eingebettet.

Gegenwärtig besteht die letzte Gelegenheit, durch persönliche Befragungen diese besondere Lebenswelt des ostpreußischen Adels festzuhalten, die 1945 unwiderruflich zu Ende ging. Im Frühjahr 2014 begann das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen deshalb dieses Zeitzeugenprojekt.

Vertreter von adligen Familien wurden zu ihren Wohnsitzen, Kindheitserlebnissen oder zum Alltagsleben interviewt. Aber auch Themen wie Stellung der Familie zur damaligen Politik und Flucht aus Ostpreußen wurden behandelt. Auf diese Weise sind persönliche Erlebnisse berichtet worden, wie sie in anderen Erinnerungswerken in dieser Konzentration und Vielfalt kaum zu finden sind. Unterschiedliche Perspektiven haben sich zwangsläufig ergeben und zeichnen ein facettenreiches Bild Ostpreußens und seines dort oft schon jahrhundertelang lebenden Adels.

Bis ins Jahr 2015 sind insgesamt 16 Interviews geführt worden. Die interessantesten Passagen wurden den entsprechenden Themen zugeordnet und fanden Platz auf zwei CDs. Das Begleitheft stellt in kurzen Texten die adligen Wohnsitze und die Familiengeschichten vor. Zahlreiche historische Abbildungen werden, soweit die Güter heute noch bestehen, durch aktuelle Bilder ergänzt.

Projektleiter war Wolfgang Freyberg, der Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen. Seine Mitarbeiter in Ellingen und er waren verantwortlich für die Erarbeitung und Gestaltung des Heftes. Als Projektmitarbeiterin, zuständig für die Interviews, die inhaltliche und technische Zusammenstellung der CDs, konnte Gabriela Czarkowska-Kusajda gewonnen werden, die bereits erfolgreich das Zeitzeugenprojekt „Allenstein – Stadt unserer Jugend“ initiiert und mitgestaltet hat.

Eine besondere Lebenswelt

Ein solches Vorhaben ist für Ostpreußen bisher nicht realisiert worden. Sein besonderer Reiz liegt im akustischen und optischen Zusammenspiel, in der Kombination von Hör- und Leseerlebnis. Besonders zu danken ist Hans-Heinrich von Knobloch und dem von ihm geleiteten Verband "Der Historische Ostpreußische Adel". Mit seiner Hilfe war es möglich, die notwendigen Interviewpartner zu finden. Allen Personen, die zu den inhaltsreichen Auskünften bereit waren, gebührt Dank. Nur so konnte das Projekt in dieser Form realisiert werden. Finanzielle Unterstützung stellte dankenswerterweise das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration zur Verfügung.

Das 40-seitige, reich bebilderte Heft mit den beiden CDs kann für neun Euro zuzüglich Porto und Verpackung bezogen werden bei: Kulturzentrum Ostpreußen, Schloßstraße 9, 91792 Ellingen, Telefon (09141) 86440 oder info@kulturzentrum-ostpreussen.de.

M. Fritsche

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Marius Jungk, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de.

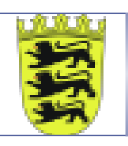
Montag, 8., bis Sonntag, 21. August: BJO-Sommerfahrt ins Memelland. Weitere Informationen: www.junge-ostpreussen.de/47-0-Aktivitaeten.html

Freitag, 30. September, bis Montag, 3. Oktober, Bad Honnef: BJO-Herbstseminar und BJO-Bundestreffen. Thema des Seminars: „150 Jahre Deutscher Krieg – Preußen und Österreich in Geschichte und Gegenwart“. Weitere Informationen finden Sie unter: www.facebook.com/events/1032910313418878/ 2



Donnerstag, 24., bis Sonntag, 27. November: Adventstreffen im ostpreußischen Osterode. Informationen: www.junge-ostpreussen.de/47-0-Aktivitaeten.html

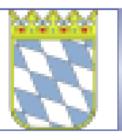
Donnerstag, 29. Dezember, bis Dienstag, 3. Januar: Silvesterfahrt nach Ostpreußen: Informationen: www.junge-ostpreussen.de/47-0-Aktivitaeten.html



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Ulm/Neu Ulm – Sonnabend, 13. August: Gemeinsames Treffen der Gruppe. Weitere Informationen erteilt Hans-Jürgen Jahnke, Telefon (0731) 57219.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Landshut – Dienstag, 16. August, 14 Uhr, Gasthof „Zur Insel“, Badstraße 16: Zusammenkunft.

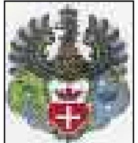


BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

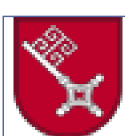


Bartenstein – Anfragen zu gemeinsamen Treffen bei Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404,



Königsberg – Freitag, 12. August, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann Georg Straße 10, 10709 Berlin-Halensee. Anfragen: Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404

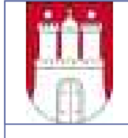




BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremen – Donnerstag, 18. August, 15 Uhr, Raum Indonesien /Equador, Hotel zur Post, Bahnhofsplatz 11, Bremen: Eine Bilderreise unter anderem zu den Wehrkirchen der Siebenbürger Sachsen und nach Hermannstadt, der Kulturhauptstadt Europas 2007. Eckhart Hoffmann zeigt eine Auswahl der schönsten Bilder der Reise nach Siebenbürgen im April und Mai. Der Termin ist zugleich das „Bildertreffen der Reiseteilnehmer“. Für alle Mitglieder und Freunde der Landsmannschaft ist es eine offene Veranstaltung.



HAMBURG

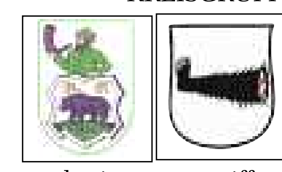
Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

Landesgruppe – Sonnabend, 13. August, 10.30 bis 18.30 Uhr, Schützenhaus Winsen (Luhe), Luhdorfer Str. 29c, 21423 Winsen (Luhe): Ostpreußentreffen. Informationen zum Programm siehe unter Kreisgemeinschaft Schloßberg, Seite 18. Weitere Auskunft unter Telefon (04171) 73118.

– Tag der Heimat –

Sonnabend, 3. September, 7.30 Uhr (Abfahrt 7.45 Uhr), ZOB Hamburg: 46. Berlinfahrt des Landesverbandes der vertriebenen Deutschen in Hamburg (L. v. D.) zum Tag der Heimat des Bundes der Vertriebenen in Berlin unter dem Leitwort: „Identität schützen - Menschenrechte achten“. Programm zum 65. Tag der Heimat: 1) Festakt in der Urania, An der Urania 17, Humboldt Saal. 2) Auf der Hin- und Rückfahrt werden Imbisse gereicht. Im Bus erhalten Sie die Einlasskarte, die in Berlin in eine Eintritts- und Platzkarte getauscht wird. Dort gibt es auch ein Festprogramm und weitere Unterlagen über Aktuelles. 3) Bundestagsmitglied Bernd Fabritius eröffnet als Präsident der Vertriebenen den Tag und begrüßt die Teilnehmer. Die Festrede hält Bundespräsident Joachim Gauck. Wir erwarten weitere Ehrengäste und hoffen, dass auch die letzten BdV-Ehrenplakettenträger, wie Bundeskanzlerin Angela Merkel, Ehrenpräsidentin Erika Steinbach und andere teilnehmen werden. Das Programm wird erneut von den Potsdamer Turmbläsern umrahmt. 4) Für uns Hamburger findet eine historische Berlin-Stadtrundfahrt statt, da wir leider nicht an der Kranzniederlegung teilnehmen können. 5) Einen Mittagimbiss nehmen wir am Alexander Platz ein. Sie erhalten einen Bonus. Den Abschied von Berlin begehen wir am Reiterdenkmal Friedrichs des Großen, Unter den Linden, mit einem traditionellen Sektumtrunk und Volksliedern. 6) Rückfahrt von Berlin ist etwa um 19 Uhr; Ankunft in Hamburg gegen 22.30 Uhr. Wir bitten Sie, die 38 Euro Reisekosten auf das Konto des L.v.D. , IBAN DE 57 200 505 50 13 15 12 46 18 bei der Hamburger Sparkasse zu überweisen oder bar einzuzahlen in der Geschäftsstelle des L.v.D. / Haus der Heimat (10 bis 14 Uhr), Telefon/Fax (040) 346359.

KREISGRUPPEN

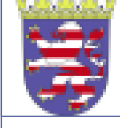


Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer im Januar und im Juli) zum Singen und einem kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



Heiligenbeil – Sonnabend, 24. September, 14 Uhr, AWO-Seniorentreff, 1. Etage, Stadtteilhaus Horner Freiheit, Am Gojenboom 46: Herbstfest. Die Mitglieder der Gruppe wollen mit ihren Freunden und Gästen, bei Kaffee und Kuchen, in geselliger Runde, einige fröhliche und besinnliche Stunden miteinander verbringen.

Sie erreichen den Seniorentreff mit der U2 Richtung Mümmelmannsberg, oder U4 Richtung Billstedt, beides bis Horner Rennbahn, hier den Ausgang, Am Gojenboom benutzen, direkt daneben ist das Stadtteilhaus. Für Rolatoren und Rollstuhlfahrer, gibt es einen Fahrstuhl, der zum Einkaufszentrum hinauf führt, hier sind es dann einige Minuten Fußweg, bis zum Ziel. Anmeldung bis zum 23. September bei Landsmann Konrad Wien, Telefon (040) 32049041, Kostenbeitrag für Kuchen und Kaffee 5 Euro.

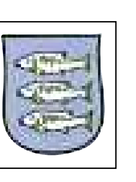


HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Darmstadt/Dieburg – Sonnabend, 13. August, 15 Uhr, Luise-Büchner-Haus/Bürgerhaus am See, Grundstraße 10, Kranichstein: „Die wichtigsten Medizin- und Ernährungsmythen“ ist das

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19



Gemalte Geschichte

30 Gemälde mit Burgen des Deutschen Ordens

Unter dem Titel „Auf den Spuren des Deutschen Ordens in Deutschland und Europa“ gab es eine thematisch ähnliche Ausstellung in 2014 im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen/Bayern zu sehen. In Neumünster nun, im Ausstellungsraum des Heimatmuseums der Kreisgemeinschaft Lötzen, werden aus der großen Bilderserie, die Reinhard Bergmann zu dieser Thematik geschaffen hat, 30 Gemälde gezeigt, die Burgenbauten des Deutschen Ordens darstellen.

Wer ist der Künstler, der mit seinen Werken nicht nur einen Bestandteil der deutschen Geschichte veranschaulicht, sondern damit auch architektonische Besonderheiten der Stilepochen der Romanik und Gotik, der Renaissance und des Barock?

Reinhard Bergmann wurde 1950 in Warnemünde geboren. Nach Schulabschluß, einer Ausbildung im Maler- und Lackiererhandwerk und Wehrdienst, war er einige Jahre Leiter der Zentralen Ausbildungsstätte für Schrift und dekorative Gestaltung des Bezirkes Rostock. Reinhard Bergmann lebt seit 1987 in Weißenfels. Ab 1990 übernahm er Lehraufträge in Stilkunde, Farbenlehre und Gestaltung, seit 2008 widmet er sich ausschließlich seiner bildkünstlerischen Arbeit, bevorzugt zu historischen Themen.

Die Idee für die Ausstellungsserie „Architektur der Ritterorden“ kam Reinhard Bergmann auf einer Israel-Reise im Herbst 2011. So entstanden Gemälde, die die Gründungsstätten der geistlichen Orden in Jerusalem zeigen. Zusammen mit den bereits im Fundus des Künstlers vorhandenen Werken umfaßt die Motiv-Zusammenstellung jetzt über 400 Einzelbilder, die noch erhaltene Burgen, Schlösser, Kirchen, Kapellen, Komtureien und Ordenssitze der drei größten geistlichen Ritterorden des Mittelalters darstellen – die der Templer, der Johanniter und des Deutschen Ordens. Reinhard Bergmann war in den vergangenen Jahren so produktiv, dass alle drei Orden als separate Präsentation gezeigt werden können.

Ausstellung in Neumünster

Für ein ostpreußisches Heimatmuseum wie das der Lötzener in ihrer Patenstadt Neumünster ist es glücklichen Umständen zu verdanken, eine Auswahl von „Burgen des Deutschen Ordens“ ausstellen zu können. Der Schwerpunkt dieser Zusammenstellung liegt auf jenen Bauwerken, die auf den Territorien Pommerns und West- und Ostpreußen entstanden. So wird großformatig die Marienburg zu sehen sein, werden z. B. Frauenburg, Heilsberg, Liebemühl gezeigt, Burg Rehden und Burg Gollub, die Neidenburg und – extra für diese Ausstellung gemalt – das „Lötzener Schloß“.

Zur Ausstellungseröffnung am 20. August um 15.30 Uhr wird der Künstler anwesend sein. Einen Kurzvortrag zur Geschichte des Deutschen Ordens hält Dr. Manuel Ruoff, Historiker und Redakteur der *PAZ*, aus Hamburg. Weshalb sich Reinhard Bergmann den Beinamen „der Orangemaler“ gegeben hat, wird sich den Besuchern rasch von selbst erschließen. Der Künstler steht am Tag der Ausstellungseröffnung jedoch für Fragen und zum Gespräch zur Verfügung.

Seine Werke sind in Neumünster bis einschließlich 20. November 2016 zu sehen. Zur Ausstellung gibt es ein Faltblatt, ebenfalls ist eine Broschüre mit Gemälde-Abbildungen Reinhard Bergmanns erhältlich. *Ute Eichler*



Großformatig in Szene gesetzt: Auch ein Gemälde der Marienburg zeigt der Künstler im Heimatmusem der Kreisgemeinschaft Lötzen Bild: Bergmann

Ostpreußen in Serie

Aufwendiger TV-Vierteiler über die Zeit zwischen 1914 und 1945

Die Münchener Firma Beta-Film plant eine mehrteilige Serie über Ostpreußen. Die Produktion ist für das öffentlich-rechtliche Fernsehen vorgesehen. Die Handlung der Kurzserie soll vor dem Ersten Weltkrieg beginnen und sich mit der Zeitspanne bis 1945 auseinandersetzen. Der Arbeitstitel lautet „Weites Land“. Der federführende Produzent Jan Mojto setzt sich anspruchsvolle Ziele. Er will nichts weniger, als die „untergegangene Welt, die Zeit der großen Güter wieder zum Leben zu erwecken“. Für das vierteilige Projekt hat die Filmfirma ein Budget von voraussichtlich zehn Millionen Euro eingeplant. Der Start der Dreharbeiten für die jeweils 90-minütigen Folgen soll 2017 erfolgen. Die Verhandlungen mit öffentlich-rechtlichen Sendern seien bereits in einem fortgeschrittenen Stadium, gab die Produktionsfirma bekannt.

Gegenüber der *PAZ* bestätigte eine Mitarbeiterin der Beta Film, dass die Drehbücher bereits geschrieben würden, über eine konkrete Sendezusage werde indes noch verhandelt. Auch die Drehorte stehen demnach noch nicht fest. Zur weiteren Ausstattung der neuen Serie machte Beta Film noch keine Angaben.

Hinter dem Projekt steht der 1948 im slowakischen Nitra geborene Mojto. Er ist in der Filmbranche als Produzent und Händler von Filmrechten kein unbeschriebenes Blatt. Zu seiner Filmographie gehören so verschiedene Werke wie der Film „Der Untergang“ (2004) und die Serie „Kommissar Rex“ (1993-2014). Seine 1959 gegründete Beta Film ist der Kern einer ganzen Firmengruppe und zählt mit über 15 000 Stunden Programm zu den größten internationalen Fernsehvertriebsfirmen. Aus seiner Erfahrung in der einstigen Kirch-Gruppe von Medienunternehmer Leo Kirch und im Bezahlfernsehen weiß der zahlreich mit Fernsehpreisen Geehrte, was beim Publikum ankommt. Er erhielt den Bayerischen Fernsehpreis für das filmische Epos „Napoleon“ (2003) und den österreichischen Fernsehpreis Romy für „Kronprinz Rudolf“ (2006). Entsprechend hoch sind die Erwartungen.

Ähnlich wie »Downtown Abbey«

Vorbild der Kurzstaffel ist die britische Fernsehserie „Downton Abbey”. Der Schwerpunkt soll anders als bei dem Adelsepos nicht auf dem Leben der oberen Klassen liegen, gaben die Verantwortlichen von Beta Film bekannt. Die Zuschauer werden vielmehr die Lebenslinien der verschiedensten ostpreußischen Charaktere bis in die Zeit kurz vor der Eroberung Ostpreußens durch die Rote Armee 1945 verfolgen können. »Wir werden das Leben der als Schicksalsgemeinschaft eng verbundenen unteren und oberen sozialen Schichten darstellen, und das ohne Verklärung dieser Klassengesellschaft«, sagte Moritz von der Groeben, Geschäftsführer der am Projekt beteiligten Filmproduktionsgesellschaft Good Friends.

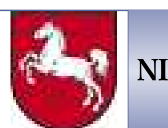
Welche Bedeutung die Macher dabei der geschichtlichen Genauigkeit beimessen, lässt sich an der Verpflichtung des Historikers Andreas Kossert erkennen. Der promovierte Masuren-Kenner ist für die wissenschaftliche Beratung des Projekts zuständig. Seit Januar 2010 ist er zudem als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung tätig und veröffentlichte unter anderem »Ostpreußen. Geschichte und Mythos« (2005) und »Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945« (2008). *Sverre Gutschmidt*



Bekannt für publikumswirksame Filme und Serien: Filmproduzent Jan Mojto Bild: Beta Film

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

Thema an diesem Tag. Franziska Raschke, Pro-Senior-Referentin, wird diesen Vortrag halten, und wenn gewünscht auch Fragen beantworten.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Landesgruppe – Am Sonnabend, 13. August lädt die Landesgruppe Niedersachsen zum Ostpreußentreffen nach Winsen (Luhe) ein. Veranstaltet wird das große Ereignis gemeinsam mit der Landesgruppe Hamburg sowie den Kreisgemeinschaften Ebenrode und Schlossberg. Das Programm finden Sie auf Seite 17 unter Kreisgemeinschaft Schlossberg.

Osnabrück – Freitag, 19. August, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe. – Dienstag, 23. August, 16.30 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Kegeln.

Texte und Fotos für die Heimatseiten bitte an: *Preußische Allgemeine Zeitung*, z. H. Frank Horns, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. Oder per E-Mail: horns@ostpreussenblatt.de



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bad Godesberg – Jeweils am ersten Mittwoch des Monats, 15 Uhr, Erkerzimmer, Stadthalle: Treffen der Frauengruppe. – Jeweils am dritten Mittwoch des Monats, 15 Uhr, Erkerzimmer: Stammtisch. Gäste sind herzlich willkommen. egal ob männliche oder weiblich. Kontakt: Renate Thamm, Telefon (05241) 40422.

Dortmund – Sonnabend, 13. August, 14.30 Uhr, Gemeindehaus der Katholischen St. Franziskus Gemeinde, Franziskaner Straße 3, 44143 Dortmund: Die Kreisgruppe wird auch in diesem Jahr den Tag der Heimat im Wesentlichen gestalten und prägen. Sie lädt alle Mitglieder und Gäste herzlichst zu einem gemeinsamen besinnlichen Nachmittag in Eintracht und im Gedenken an die ostdeutsche Heimat ein. Die Gedenkveranstaltung startet ab 14.30 Uhr mit einem gemütlichen Kaffee- und Kuchenessen. Der offizielle Beginn ist ab 15.30 Uhr. Der Veranstaltungsort ist gut über Bus und Bahn erreichbar. Vor dem Gemeindehaus hält die U-Bahn 43 (Haltestelle Funkenburg). Zudem halten dort die Buslinien 452 und 456 (Haltestelle Funkenburg). – Montag, 15. August, 14.30 Uhr, Heimatstube, Langrafenschule (Eingang Märkische Straße): Treffen der Ostpreußen.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 Uhr, Eichendorffsaal, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Probe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland unter der Leitung von Radostina Hristova. – Donnerstag, 18. August, 19.30 Uhr, Raum 412, GHH: Offenes Singen mit Marion Cals.

Gütersloh – Der Ostpreußischer Singkreis trifft sich in unregelmäßigen Abständen montags von 15 bis 17 Uhr in der Elly-Heuss-Knapp-Realschule, Moltkestraße 13. Neue „Drosseln“ sind immer willkommen. Kontakt: Renate Thamm, Telefon (05241) 40422.

Wesel – Sonnabend, 20., bis Sonntag, 21. August, Niederrhein-Halle: 60. Rastenburger Hauptkreistreffen (Siehe Seite 17).

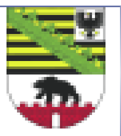
Witten – Montag, 15. August, 15 Uhr, Versammlungsraum, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde Witten, Lutherstraße 6 bis 10: Berichte über Reisen nach Ost- und Westpreußen.

Die schönsten deutschen Volkslieder



Der Kant-Chor aus Gumbinnen (Gusev) bittet zum musikalischen Ohrenschmaus ins nordrhein-westfälische Münster: Die schönsten Volkslieder in deutscher Sprache werden am Sonntag, 11. September, beim Auftritt in der Christuskirche in Münster-Wolbeck erklingen. Das Konzert beginnt um 18 Uhr. Neben deutschen Volksliedern werden auch geistliche Gesänge, lyrische Lieder sowie russische Volksmusik vorgetragen. Der Chor besteht aus 18 Sängern und Sängerinnen. Er gehört der Kaliningrader Philharmonie an. Soli und Duette werden von einer Pianistin begleitet.

In Deutschland werden seine Auftritte stets besonders begeistert aufgenommen. Weitere Informationen: Sigrid Bernitz, Telefon (02506) 7575.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Donnerstag, 25. August, 14.15 Uhr, Mainz/Fischtor (Anlegestelle der Primus-Linie): Nachmittagsfahrt mit dem Schiff in den Rheingau. Rückkehr gegen 17.05 Uhr (Ankunft Maint/Fischtor).

SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – Freitag, 26. August, 14 Uhr, Letzlingen: Grillnachmittag auf dem Knackmußschen Hof mit Programm.

Magdeburg – Freitag, 26. August, 16 Uhr, TuS Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises. – Dienstag, 30. August, 13 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Bad Schwartau – Donnerstag, 18. August, AWO-Begegnungsstätte, Auguststraße 34a, 23611 Bad Schwartau: Monatstreffen mit Gert Kayser. Der „Stadtjäger“ erzählt von seinen Erlebnissen. Weitere Informationen: Regina Gronau, Telefon (0451) 267069.

Mölln – Termine zum Vormerken: Mittwoch, 24. August, 15 Uhr: Mitgliederversammlung. Karl-Heinz Requard hält einen Vortrag über Friedrich den Großen. Es wird nicht nur um seine geschichtlich bedeutenden Taten gehen, sondern vor allem auch um Anekdoten, Sprüche und Randbemerkungen dieses Königs. – Donnerstag, 1. September: Tagesausfahrt ins Brandenburgische. Zuerst geht es nach Wustrau zum Preußenmuseum. Im durch Fontane bekannten Ortsteil Ribbeck der Stadt Nauen klingt die Tour bei einer Tasse Kaffee und Kuchen aus. – Sonntag, 18. September: „Lustiger Nachmittag“ mit einem Ausflug nach Elmshorn zur Dittchenbühne. Aufgeführt wird die Kriminalkomödie „Der Fluch des Bernsteinzimmers“ von Raimar Neufeldt.

Neumünster – Sonntag, 4. September, 13.30 Uhr: Ausflug zur Dittchenbühne nach Elmshorn. Einstieg ist hinter dem Finanzamt. Anmeldung und Information unter Telefon (04321) 82314 bitte bis zum 20.August.

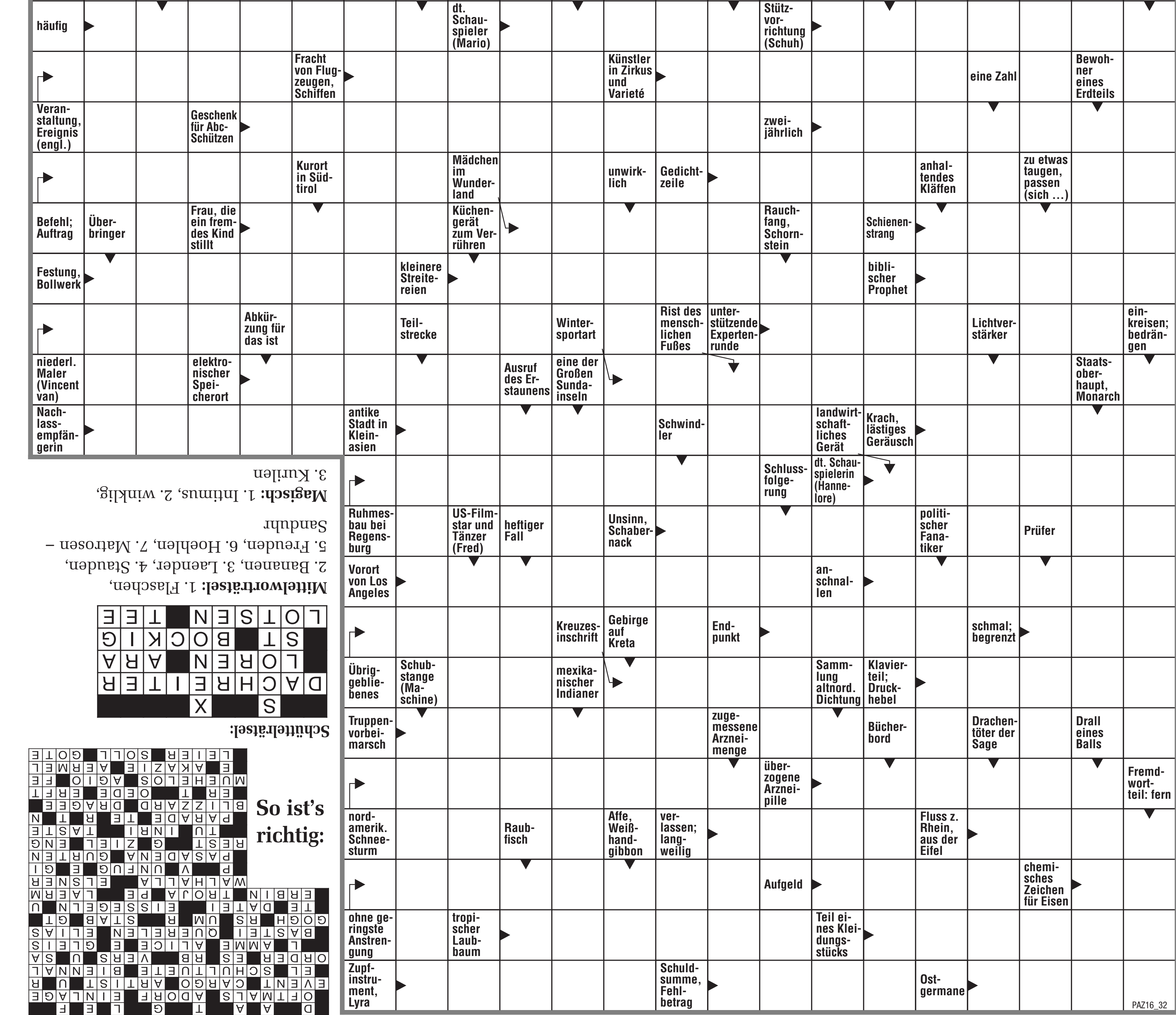
Pinneberg – Sonntag, 11. September, 15 Uhr: „Mein Name ist Marité“ – Lesung aus einem litauischen Wolfskinderroman.

– **Terminänderung** –

Schönwald am Bungsberg – Sonntag, 4. September, 10 Uhr: Tag der Heimat. Der ursprüngl8ich angegebene Termin, 11. September, entfällt.

– **Korrektur** –

Uetersen – Nicht am 10. August, sondern am Freitag, 19. August, kommt der Schauspieler Herbert Tennigkeit zu einem vergnüglichen Nachmittag in das Haus Ueterst End, Kirchenstraße 7, Veranstaltungsbeginn ist 15 Uhr. – Freitag, 9. September, Haus Ueterst End: „Der Deutsche Krieg 1866“ – Vortrag von Dr. Manuell Ruoff, Redakteur der *PAZ*.



Schüttelrätsel

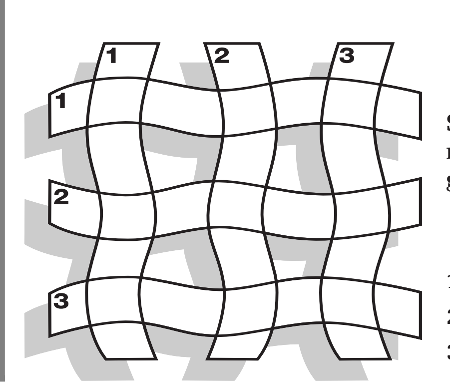
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

ACDEE HIRRT · ALOS · COSTT · BEER · ENNOX · AKTT · EEIR · AEGR · ELNOR · AAR · ELNO ST · BCGI KO · EET

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösungswort ein altes Zeitmessgerät.

Nr.	links		rechts
1	GLAS		KIND
2	KOCH		SCHALE
3	ALPEN		KUNDE
4	PRACHT		BEET
5	VATER		TAG
6	FELS		MENSCH
7	LEICHT		ANZUG



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Busenfreund, Vertrauter
2 eckig, unübersichtlich
3 Inseln im nordwestlichen Pazifik

Eine schöne Gemeinschaft

Sekt, Sonne und viel Sehenswertes am Millstätter See



Das 20. Ferientreffen: Preußen, Schlesier und Sudetendeutsche nahmen teil Bild: privat

Vom 19. bis 24. Juni fand in Seeboden in Kärnten am malerischen Millstätter See das 20. Ferientreffen der Sudetendeutschen statt. Zum dritten Male wurde es in Gemeinschaft mit den Ost- und Westpreußen veranstaltet. Etwa 25 Personen erlebten wunderschöne Tage bei überwiegend schönem Frühsommerwetter.

Nachdem einige Gäste schon ein paar Tage früher angereist waren, begann die offizielle Ferienwoche mit einem gemeinsamen Kaffeetrinken am Seeufer. Am Montagmorgen erfolgte dann die Begrüßung durch Bürgermeister Wolfgang Klinar, der sich sehr für die Ferienwoche einsetzt und auch, soweit es seine Zeit zulässt, an einzelnen Programmpunkten teilzunehmen pflegt. Neben weiteren Wortbeiträgen zur Eröffnung wurden die Gäste vom heimischen Chor mit Kärntner Liedern erfreut, und zum Abschluss wurde noch ein Glas Sekt gereicht.

Am Dienstag stand dann der jährliche große Ausflug auf dem Programm, der zunächst über eine gemütliche Landstraße in die Stadt Gmünd führte, wo bei einer Stadtführung die sehenswerte Altstadt mit dem schönen Marktplatz, malerischen Winkeln und einem beeindruckenden Ehrenmal gezeigt wurden. Von dort ging es hoch hinaus auf die bekannte Nockalmstraße mit herrlichen Ausblicken, alles bei schönstem Sonnenschein.

Am Mittwochvormittag fand eine Gedenkstunde am Mahnmal für die Vertriebenen des deutschen Ostens im Klingerpark statt. Hier hielt auch die für die Ost- und Westpreußen zuständige Frau Möwe aus Seeboden eine kurze Ansprache. Am Abend fand dann, nach einer recht launigen Führung, im dortigen Bonsai-Museum in Anwesenheit des Bürgermeisters und seiner Familie in feierlichem Rahmen eine Ehrung langjähriger Gäste in Seeboden statt (als überzeugte Seeboden-Urlauber waren auch viele aus der Sudetendeutschen-Preußen-Reisegruppe dabei).

Am Donnerstag führte ein kurzer Ausflug zur Almhütte auf dem Tschiernock oberhalb des Millstätter Sees. Bei herrlichem Wetter bestand dort die Möglichkeit zu Spaziergängen oder auch etwas längeren Wanderungen. Mittags nahmen die meisten Gäste eine gute und preiswerte Mahlzeit auf der Terrasse des Hüttengasthofes ein, angeregte Gespräche ließen die Zeit bei herrlichem Sonnenscheine wie im Fluge vergehen. Mit dem Heimatabend am Freitagabend, an dem man in einigen Beiträgen unter Anderem die Geschichte verschiedener sudetendeutscher Städte näher kennen lernen konnte, endete die Gästewoche.

Die allgemeine Verabschiedung endete mit dem Wunsche, sich im nächsten Jahre wiederzusehen und auch möglichst neue Gäste begrüßen zu können. Da bislang erst wenige Ost- und Westpreußen das ferientreffen für sich entdeckt haben, daher ein Appell an, aber auch an Angehörige, Freunde und Bekannte: Nehmen Sie doch einmal an dem Ferientreffen teil. Es ist eine nette Gemeinschaft, in der man sofort aufgenommen wird. Zwischen den ansprechenden Programmpunkten ist ausreichend Zeit, den Ort und die nähere Umgebung kennenzulernen zum Beispiel die berühmte Klosteranlage in Millstätt. Empfehlenswert ist auch ein Ausflug mit dem Schiff, am besten mit mehreren Personen gemeinsam. Ein weiterer Tipp: Verbringen Sie doch einige Tage (oder auch länger) zusammen mit der Ferienwoche. Da die Hauptsaison in Kärnten erst ab 1. Juli zählt, sind vor der Gästewoche ausreichend Zimmer in jeder Preisklasse zu bekommen. Und der Zeitpunkt ist auch einfach zu merken: Die letzte Juniwoche, in der Regel am Sonntag beginnend und immer am letzten Freitag des Monats endend. Sudetendeutsche, Ost-und Westpreußen freuen sich auf Ihre Teilnahme und auch eine erheblich größere Anzahl von Gästen finden in der Seebodener Gastronomie ausreichend Platz. *Rainer Kolletzki*

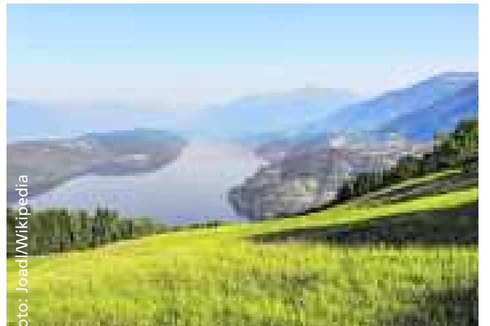


Foto: Joadl/Wikipedia

Blick auf den Millstätter See in Richtung Seeboden

Stolze Französin

Isabelle Kusari und ihr Liederabend „Im Zauber der Heimat"

Absolut einmalig sei ihr Programm, erklärt die Sängerin Isabelle Kusari, und damit hat sie wohl auch recht. Die Französin, die in Düsseldorf lebt, hat mit „Im Zauber der Heimat" seit kurzem Liederabende im Repertoire, die sich ganz dem musikalischen Erbe der Vertriebenen widmen. „Land der dunklen Wälder" ist dabei ebenso zu hören wie das Westpreußenlied oder Pommerns Landeshymne „Wenn in stiller Stunde". Im Düsseldorfer Gerhard-Hauptmann-Haus ist sie erstmals damit aufgetreten, und es war ein großer Erfolg. Die *PAZ* sprach mit der Mezzosopranin, die unter anderem beim britischen Opernsänger Konrad Jarnot und der deutschen Sopranistin Ingeborg Reichelt lernte.



Foto: Die Schnappschützen

„Eine wunderschöne Komposition"– die Sängerin über „Land der dunklen Wäder"

PAZ: *Wie kommt man als Französin dazu, „Land der dunklen Wälder anzustimmen, wenn man vorher Liederabende über Napoleon Bonaparte oder auch über die Französische Revolution zusammengestellt hat?*

> »Schweres Schicksal in Würde gemeistert«

Isabelle Kusari (lacht): Mein Herz schlägt für beide Nationen. Ich bin eine stolze Französin mit einer großen Liebe zu Deutschland. Ich wohne seit vielen Jahren hier und habe viele meiner Wünsche und Träume in Deutschland verwirklichen können. Für mich ist es nicht nur das Land der Dichter und Komponisten, wo es mir so leicht fällt, alle erdenklichen Inspirationen zu holen, sondern auch das Land der unbegrenzten Möglichkeiten.

PAZ: *Es ist auch ein Land mit sehr tragischer Geschichte. Welche Gefühle bewegen Sie, wenn Sie die Lieder und Gedichte vortragen?*

Kusari (jetzt wieder ernst): Sie drücken die Seelenlagen und Erfahrungsschätze der Menschen aus. Sie sind Zeugnis einer reichhaltigen Kultur. Ich finde sie wunderschön, aber natürlich oft ebenso traurig. Sie erzählen nicht nur von der Schönheit und der Einzigartigkeit der Heimat der Vertriebenen, sondern auch von ihrem Verlust und vom Heimweh.

PAZ: *Bei ihren Auftritten merkt man, dass Sie sich mit der Geschichte von Flucht und Vertreibung auseinandergesetzt haben.*

Kusari: Man muss dieses Wissen haben, um die Lieder entsprechend zu interpretieren. Ich habe mich vorher mehrere Monate lang intensiv damit beschäftigt. Ich weiß jetzt von den Müttern, die mit ihren Kleinkindern auf Pferdewagen oder auch zu Fuß bei eisiger Kälte geflohen sind. Ich habe von den Misshandlungen, Demütigungen und Gewalttaten gehört. Auch heute noch, wenn Zeitzeugen erzählen, wird deutlich, was so viele damals erlitten haben. Gleichzeitig finde ich die Menschen aus Ostpreußen und den anderen Vertreibungsgebieten großartig und bewundere sie. Trotz der schrekklichen Erlebnisse und der schweren Bedingungen nach dem Krieg im zerstörten Deutschland und in den Flüchtlingslagern haben sie den Neubeginn mit Würde gemeistert.

Wer wissen möchte, wie die Sängerin klingt, kann sich eine Reihe von Aufnahmen im Internet anhören. Auf ihrer Seite www.isabelle-kusari.de sind sie in der Rubrik „Musik" zu finden. Das Interview führte Frank Horns.

Schlesische Landeskuturtage in Wiesbaden

Auch die Ostpreußen sind eingeladen, wenn sich die hessische Landesgruppe der Schlesier vom 17. bis 20. Oktober zu ihren Landeskulturtagen in Wiesbaden trifft. Thema im Wilhelm-Kempf-Haus wird unter anderem die aktuelle politische Lage in Polen sein. Dr. Andrzej Kaluza vom Deutschen Polen-Institut wird darüber berichten. Ebenfalls auf dem Programm: ein Besuch „hinter die Kulissen des des Wiesbadener Staatstheaters". Ein Gespräch mit Kulturdezernentin Rose-Lore Scholz wird das Thema vertiefen. „Bei allen Vorträgen ist genügend Zeit für Fragen und Diskussionen eingeplant für einen angeregten Gedankenaustausch", versichert der Veranstalter. Die Teilnahme kostet 90 Euro. Darin enthalten sind die Verpflegung und die Übernachtung im Bildungshaus des Bistums Limburg. Weitere Informationen: Albrecht Kauschat, Telefon (06431) 25200.

Scharfmacher in der Küche

Gewürze aus entlegenen Erdteilen waren einst ein kostbares Gut – Doch die Geschmäcker ändern sich im Lauf der Geschichte

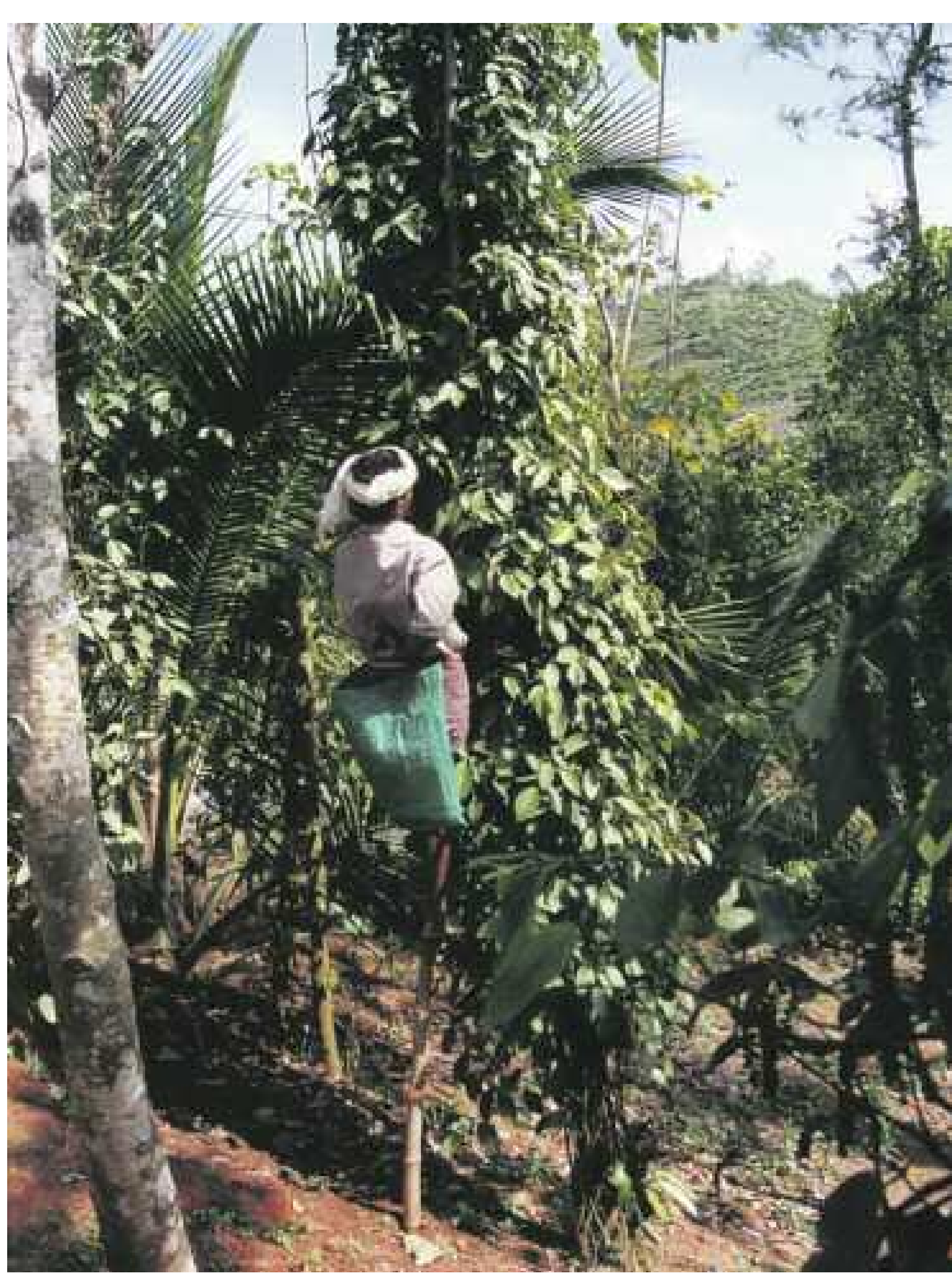
Pfeffer, Safran, Muskat und andere Gewürze gehören zur Grundausstattung eines jeden Hobbykochs. Heute kann man sie aus aller Welt billig importieren, was auch mit zur Globalisierung des Massengeschmacks beiträgt. Es gab aber einmal Zeiten, da waren Gewürze teure Handelsware und galten als Statussymbol für die Reichen und Adeligen.

Die so harmlos in unseren Küchen stehenden Gewürze lassen nicht ahnen, welch abenteuerliche Geschichten sich einst mit ihnen verbanden. Kräuter verwendete man in Mitteleuropa schon in der Steinzeit, um Fleischspeisen schmackhafter zu machen. Exotische Würzungen waren in unseren Breiten lange Zeit unbekannt. Arabische und phönizische Kaufleute sorgten entlang alter Karawanenstraßen für den Import orientalischer Spezereien nach Ägypten und Rom. So gelangten kostbare Nelken und Muskatnüsse in die Zentren der Antike.

Bei den Ägyptern verwendete man Kräuter und Gewürze bevorzugt als Heilmittel. Auch verwendete man sie, um die Toten einzubalsamieren. Bei den Römern hatte die Gewürzküche ihren Höhepunkt zur Zeit des Kaiserreiches. In einem Kochbuch des Römers Apicius liest man von Gerichten mit Pfeffer, Safran, Nelken, Zimt, Sesam, Koriander, Ingwer und Anis.

Mit der Expansion des Römischen Reiches in den Norden erfuhren auch die Völker der Provinzen von den edlen Aromen. Zwischen dem 7. und dem 10. Jahrhundert gelangten nur wenige, sehr teure Gewürze nach Europa auf die Tische der Reichen. Erst im 11. Jahrhundert kam mit den Kreuzfahrern die Tradition des Würzens zurück nach Europa und wurde an den Höfen zu einer überschwänglichen Mode. Doch erst der Aufstieg der Stadtstaaten Venedig und Genua führte schließlich dazu, dass der Handel mit Gewürzen aus Asien zum lukrativsten Geschäft der Zeit geriet. Die Hafenstädte horteten enorme Reichtümer. Gewürze waren als Handelsartikel so wertvoll und begehrt wie heute das Erdöl.

In den folgenden Jahrhunderten war Antriebsfeder für Entdeckungen, Eroberungen und Erfindungen – wie so häufig – die Profitgier. Alle wollten etwas abhaben vom großen Gewürzkuchen und veränderten dabei den Lauf der Welt. Da es sich bei der sogenannten Gewürzstraße um einen heftig umkämpften Weg handelte, suchte Christoph Kolumbus 1492 den Seeweg nach Indien, indem er westwärts segelte. Die sagenumwobenen Gewürzinseln, Molukken genannt, fand er dabei nicht. Rein zufällig stieß er aber auf einen neuen Kontinent, was ihm bis zu seinem Tod niemals bewusst war. Statt auf indischen Pfeffer stieß er auf bisher unbekannte Aromen wie Piment, Paprika und Vanille. Schnell kamen zur Welt der Gewürze neue Pflanzen-Entdeckung hinzu. Als am 20. Mai 1498 der Portugiese Vasco da Gama nach abenteuerlicher Fahrt von über zehn Monaten mit vier Schiffen an der südwestindischen Küste ankam, hatte er als erster den Seeweg um das Kap der Guten Hoffnung herum nach Indien gefunden. Von nun an erreichte der Gewürzhandel seine Blütezeit. Bald waren die wichtigsten Anbaugebiete orientalischer Gewürze im Besitz Portugals. Lissabon kontrollierte beinahe ein Jahrhundert lang den Gewürzmarkt allein, was zu enormem Wohlstand führte.



Indien, das Land, wo der Pfeffer wächst: Bauer bei der Pfefferernte Bild: C.F.

Die führende Stellung wurde Portugal jedoch streitig gemacht von den Holländern, die durch blutige Auseinandersetzungen in den Besitz der Gewürzanbaugebiete gelangten und den Handel fast zwei Jahrhunderte, von 1600 bis 1799, überwachten.

1602 wurde die Niederländische Ostindien-Kompanie VOC (Vereenigde Oostindische Compagnie) gegründet. Es war eine der größten Handelsunternehmungen des 17. und 18. Jahrhunderts, deren Stärke vor allem auf der Kontrolle der Gewürzroute von Hinterindien nach Europa beruhte.

> Ob scharf oder nicht, bestimmt die Mode

Die Holländer herrschten insbesondere über Südostasien, wo es auf winzigen Inseln Schätze gab wie sonst nirgendwo auf der Welt: Muskatnüsse und Nelken. Sie galten als Juwelen unter den Aromen, die man mit Gold aufwog. Die Holländer standen dabei in Konkurrenz zu Spanien, Portugal und England. Letzteres errichtete gleich in der Nachbarschaft auf der indonesischen Insel Run einen eigenen Handelsposten.

Immer wieder kam es zu blutigen Kämpfen um die Preise der Muskatnüsse. Um den Streit endlich zu beenden, tauschten die Holländer mit den Briten ein Gebiet an Amerikas Ostküste, das von den Indianern „Manna-Hatta“, also hügelige Insel, genannt wurde. Sie bekamen dafür die Insel Run. Die VOC führte ein harsches Regiment, kontrollierte rigoros Anbau, Ernte und Handel.

Das Ende des holländischen Monopols wurde durch einen spektakulären Diebstahl eingeleitet. 1770 gelang es einem Franzosen, der ausgerechnet Pierre Poivre (Pfeffer) hieß, die streng bewachten Setzlinge von Nelken- und Muskatnussbäumen von den Molukken zu stehlen. Es war bei Todesstrafe verboten. Frankreich baute nun erfolgreich die begehrten Schätze auf französischen Inseln wie den Seychellen, La Réunion, Madagaskar und den Antillen an.

Die holländische Machtposition war endgültig gebrochen, als auch Engländer Muskatnussbäume in Penang anpflanzten. In der Folge vertrieb England als aufsteigende Kolonialmacht die Holländer aus Ostasien und verschiffte Gewürzsetzlinge in jedes seiner Ländereien, in denen sie gedeihen konnten. Gewürze verloren durch ihre Verfügbarkeit an Bedeutung.

Heute gibt es kein Land mehr mit Gewürzmonopol. Die Sucht der Reichen nach Gewürzen wandelte sich im 19. Jahrhundert ins Gegenteil. Nun hielt die führende Schicht das übertriebene Würzen sogar für einen Ausdruck des schlechten Geschmacks. Man besann sich auf das eigentliche Aroma der Produkte. Wie so vieles anderes, so läuft auch der Geschmack kulturgeschichtlichen Modeerscheinungen hinterher und lässt sich manipulieren und beeinflussen.

„Geh dahin, wo der Pfeffer wächst“ oder „Da liegt der Hase im Pfeffer begraben“ sind uns als Sprichwörter aus einer Zeit geblieben, als es noch reiche „Pfeffersäcke“ gab. *Silvia Friedrich*

Gesunde Eiweißheiten

Erbsen, Bohnen, Linsen – 2016 ist das Jahr der Hülsenfrüchte

Die Vereinten Nationen haben das Jahr 2016 zum Internationalen Jahr der Hülsenfrüchte erklärt. Damit soll der landwirtschaftliche und gärtnerische Anbau dieser auch Leguminosen genannten Kulturpflanzen gefördert werden, die in drei Familien aufgeteilt sind und zu den artenreichsten höheren Pflanzen gehören. Manche von ihnen werden schon seit Jahrtausenden kultiviert.

Weltweit sind Erbsen, Bohnen, Linsen und Kichererbsen ein wichtiger Bestandteil der menschlichen Nahrung. Ihr Konsum hat jedoch abgenommen, während der Fleischverzehr parallel dazu stark angestiegen ist. Das betrifft alle Länder der westlichen Welt sowie mehr oder weniger auch die Schwellenländer, allen voran China. Die Welternährungs-Organisation der Vereinten Nationen (FAO) hob hervor, dass in diesen Ländern eine Steigerung des Konsums an Hülsenfrüchten wünschenswert wäre.

Man kann diese Feststellung zugleich als Fingerzeig auf die heutige hohe Fleischproduktion auf der Basis von Massentierhaltung verstehen, die im Hinblick auf den Ressourcenverbrauch nicht nachhaltig ist. Hülsenfrüchte sind ein idealer Fleischersatz. Als Teil einer gesunden Ernährung können sie dazu beitragen, Übergewicht entgegenzuwirken und chronischen Krankheiten wie Diabetes und Krebs vorzubeugen.

Die häufig unterschätzten und als Arme-Leute-Essen abgestempelten Hülsenfrüchte sind nicht nur Eiweißlieferanten für den Menschen und seine Nutztiere, sie enthalten darüber hinaus lebenswichtige Vitamine und Mineralstoffe. Wegen ihrer antinutriven Inhaltsstoffe müssen Hülsenfrüchte durch Kochen verarbeitet werden. Da die biologische Wertigkeit des pflanzlichen Proteins nicht sehr hoch ist, empfiehlt es sich, die Mahlzeit mit Getreide oder Milch zu ergänzen, um eine bessere Umsetzung in körpereigene Proteine zu bewirken. Auf diese Weise wird die Eiweißwertigkeit einer Fleischmahlzeit erreicht. Sojabohnen sind davon ausgenommen. Ihr Eiweiß ist hochwertig, und sie enthalten zudem hochwertiges Öl mit essenziellen Fettsäuren. Die Zubereitung sollte fettarm sein, damit die relativ schwere Verdaulichkeit erträglicher wird. Selbst die Lupine gewinnt durch neue Züchtungen für die menschliche Ernährung eine immer größere Bedeutung, zum Beispiel für den Bedarf an glutenfreiem Brot.



Bunte Vielfalt: Sauber geordnete Bohnen Bild: Colourbox

Neben dem Gesundheitsaspekt betont die FAO das Potenzial von Hülsenfrüchten für die Bodengesundheit und die Erhöhung der vielerorts gefährdeten Artenvielfalt. Bekanntlich hat der Anbau von Leguminosen den Vorteil, dass kein Stickstoffdünger benötigt wird. Eiweißpflanzen verbessern die Bodenfruchtbarkeit und nehmen einen wichtigen Platz in der Fruchtfolge ein. Wegen der positiven Effekte in der Landwirtschaft und für die Nahrung wird der Anbau von Eiweißpflanzen seit Jahren in europäischen und nationalen Projekten gefördert.

In Deutschland wurde 2012 vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft eine Eiweißpflanzenstrategie ins Leben gerufen. Ziel ist es, den seit Jahrzehnten rückläufigen Anbau von Leguminosen in Deutschland wieder auszuweiten. Angebot und Nachfrage von heimisch erzeugten Hülsenfrüchten sollen gesteigert und Wertschöpfungsketten aufgebaut werden. *D. Jestrzemski*

Tischlein deck dich

Zum guten Essen gehört der Tischknigge – der sich dauernd ändert

Nur wenige wissen, dass unser Essbesteck noch nicht relativ lang gebräuchlich ist. In der Steinzeit zerlegten Männer ihre Jagdbeute mit Faustkeilen, die eine scharfgeschliffene Kante hatten. Aus diesem Hilfsmittel entwickelte sich im Laufe der Zeit das Messer mit Spitze. Damit konnte man das Fleisch besser aufspießen, zerteilen und sogar in den Zähnen herumstochern, was aus heutiger Sicht nicht gerade appetitlich und fein erscheint. Weil man das Messer auch zur Verteidigung nahm, sogar während des Essens, ließ Ludwig XIV. die Messer rund schleifen, und so sehen diese heute noch aus.

Zu Beginn der Menschheitsgeschichte nutzte man auch Muscheln als Schöpfkellen. Irgendwann entwickelte sich daraus der Löffel. Dabei aßen alle Familienmitglieder aus einem Topf oder einer Schüssel, die mitten auf dem Tisch stand. Gabeln mussten erst noch erfunden werden.

In der Antike benutzten die Menschen zwar auch ihre Finger, dann aber tauchten erste zwei- und dreizinkige Gabeln auf. Die Römer hatten auch schon Teller, Gläser und edle Silberlöffel, die man immer wieder bei Ausgrabungen findet. Die antike Esskultur geriet aber in Vergessenheit.

Angehörige der ärmeren Bevölkerungsschichten verzehrten meistens Getreidebrei aus Schüsseln mit geschnitzten Holzlöffeln und Brot. Runde Brote dienten aufgeschnitten oft auch als Teller, auf den dann Fleisch gelegt wurde, sofern man es sich leisten konnte. Die Finger wischte man an der Kleidung ab. In reichen Häusern, wo Tischdecken aufgelegt wurden, nutzte man diese dann gleich auch zum Mund und Hände abwischen. Servietten sind erst seit Ende des 15. Jahrhunderts bekannt. Zuerst legte man sie über die Schulter, später verknotete man sie im Nacken oder befestigte sie an Weste oder Hemd zwischen zwei Knöpfen. Dass wir sie heute auf den Schoss legen, ist ein Brauch erst seit 100 Jahren.

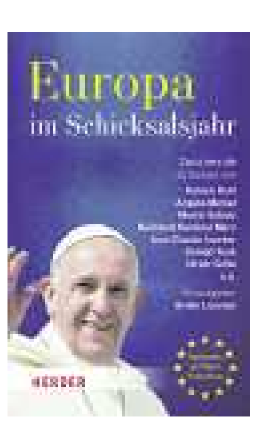


Muscheln als Vorbild: 2000 Jahre alte Löffel Bild: Friedrich

Im 16. Jahrhundert benutzten die Hofdamen erstmals kostbar verzierte kleine Gabeln für Obst und Süßigkeiten. Gabeln waren lange nur bei Adligen als Kennzeichen ihres Reichtums und luxuriösen Lebens in Gebrauch. Erst als sich im 19. Jahrhundert die Industrie entwickelte, konnte man Metallgabeln günstiger herstellen. Nun hatten viele die Möglichkeit, mit Besteck zu essen. Dass jeder am Essenstisch einen eigenen Teller, Besteck, Glas oder Tasse hat, ist also noch gar nicht so lange üblich.

Da Messer, Gabel und Löffel aus Edelmetall sehr wertvoll waren, trugen sie die Besitzer in einem Etui am Gürtel. Man sagte, dass man die Gegenstände in den Behälter „besteckte“. So entwickelte sich daraus unser Begriff für „Besteck“.

Auch unsere Tischmanieren stammen von den adligen Höfen des Mittelalters. Sicher hockten im frühen Mittelalter Ritter noch schmatzend am Tisch, aßen mit den Fingern und wischten sich den Mund am Ärmel ab. Ab dem 15. Jahrhundert jedoch entstanden immer feinere Tischsitten, die viele von uns noch heute kennen: dass man aufrecht am Tisch sitzen soll, nicht die Arme auf die Tischplatte aufstützt, mit Messer und Gabel isst und man mit dem Essen wartet, bis alle am Tisch sitzen. Diese Regeln werden allerdings in unserer Zeit auch immer lockerer. Dazu genügt schon ein flüchtiger Blick in einen Schnellimbiss. *S.F.*



Appelle an Europäer

Papst erhält Karlspreis

Den Internationalen Karlspreis zu Aachen hat in diesem Jahr Papst Franziskus erhalten. Seit 1950 wird der Preis an Persönlichkeiten verliehen, die sich nach Ansicht der Preisverleiher in besonderem Maße um die Einheit Europas verdient gemacht haben. Fast alle hochrangigen Eurokraten und Politiker, angefangen von Jean Monet, Robert Schuman und Konrad Adenauer bis zu Angela Merkel (2008), Donald Tusk (2010) oder Jean-Claude Trichet (2011) haben ihn seitdem erhalten. Nach Johannes Paul II. (2004) ist der jetzige Papst der zweite Preisträger aus dem Vatikan.

Aus diesem Anlass hat der frühere CDU-Bundestagsabgeordnete und jetzige Fraktionsvorsitzende seiner Partei im Düsseldorfer Landtag, Armin Laschet, einen Band zusammengestellt, in dem 16 Autoren fragen, wie Europa aus seiner jetzigen Krise herauskommen kann. Mit Angela Merkel, Helmut Kohl, Jean-Claude Juncker, Martin Schulz, Annette Schavan sowie mehreren Wissenschaftlern und Kirchenvertretern hat Laschet ein prominentes Ensemble zusammengebracht. Am Ende steht die Begründung der Preisgeber, warum in diesem Jahr der Papst ausgewählt wurde.

Autoren liefern keine neuen Ideen

Die meisten Autoren greifen dessen Rede im November 2014 vor dem Europaparlament und dem Europarat auf, in der er vor Kleinmut und nationalen Egoismen gewarnt und stattdessen eine humanitäre, an Barmherzigkeit und Mitleid für Flüchtlinge und notleidende Menschen orientierte Politik gefordert hatte. Dem folgen die meisten Beiträge. Auch Angela Merkel plädiert für Offenheit und stärkere Zusammenarbeit der Europäer; der Kardinal Reinhard Marx und sein (evangelischer) Bischofskollege Heinrich Bedford-Strohm verweisen eindringlich auf europäische Werte wie Freiheit, Mitmenschlichkeit und Gerechtigkeit; EU-Parlamentspräsident Martin Schulz thematisiert den seines Erachtens paradoxen Umstand, dass Europa weit außerhalb seiner Grenzen geradezu als Garten Eden angesehen werde, aberman ihm zu Hause mit Skepsis begegne. Vielleicht am eindringlichsten drängt Altbundeskanzler Helmut Kohl darauf, in der EU zu neuer Gemeinsamkeit zurückzufinden. „Wir waren bei dem großen Projekt der europäischen Einigung schon einmal sehr viel weiter“, konstatiert er. Er erinnert daran, dass der von jahrhundertelangen Krisen und Kriegen zerrissene Kontinent seit nunmehr 70 Jahren in Frieden lebt. „Wir brauchen Europa, weil Europa eine Frage von Krieg und Frieden ist.“ Als Hort von Frieden und Freiheit stehe Europa auch gegenüber der Welt in der Verantwortung, was letztlich nur durch seine Einheit garantiert werde.

Neue Gedanken wird man in dem Buch nicht finden. Wie auch, alles ist, zumal in den jüngsten Wochen seit dem Brexit gesagt. Den Appellen, so denkt man als Leser, müssten handfeste Taten und spürbare Reformen folgen. Aber ob das bei der Schwerfälligkeit des von 28, bald nur noch 27 Kapitänen gesteuerten EU-Dampfers geht?

Ein weiterer Gedanke drängt sich auf: Die große Begeisterung für Europa, die 1950 Studenten aus der Bundesrepublik und Frankreich Schlagbäume an den Grenzen niederreißen ließ, ist heute nicht mehr da. Europa ist zur Normalität, zum Alltag geworden, Solidarität wird in Form von (üppigen) Subventionen erwartet, aber immer weniger gegeben. Dass Europa wieder ein emotionales, ein die Menschen anspornendes Thema werden kann, dazu bedarf es vielleicht wirklich charismatischer Persönlichkeiten. *Dirk Klose*

***Armin Laschet (Hg.): „Europa im Schicksalsjahr. Zwischenrufe zu Europa von Helmut Kohl, Angela Merkel, Martin Schulz, Reinhard Kardinal Marx, Donald Tusk u.a.“,** Herder Verlag, Freiburg 2016, gebunden, 192 Seiten, 19,99 Euro*



Ungewöhnliche Leben

Kerstin Schweighöfer porträtiert zehn 100-Jährige

Was bewegt Menschen am meisten, die auf ein 100-jähriges Leben zurückblicken? Was würden sie heute anders machen, was halten sie für die wichtigsten Entscheidungen ihres Lebens? In ihrem neuen Buch „100 Jahre leben. Welche Werte wirklich zählen“ stellt die Journalistin und Buchautorin Kerstin Schweighöfer zehn 100-Jährige vor, die aus ihrem Leben erzählen. Monatelang hatte Schweighöfer recherchiert, bis sie die zehn Mitwirkenden für ihr Buchprojekt fand, das als ein europäisches konzipiert wurde. In Kombination mit alten und aktuellen Fotos einer Bildergalerie lesen sich die in Reportagen verpackten Lebensgeschichten sehr gut.

Schweighöfer wurde 1960 geboren und besuchte die Henri-Nannen-Journalistenschule in Hamburg. Seit 1990 lebt sie als freie Autorin und Auslandskorrespondentin in den Niederlanden. Sieben Frauen und drei Männer aus Deutschland, Frankreich, England, den Niederlanden, Ungarn und der Schweiz hat sie 2015 aufgesucht und mit ihnen Gespräche geführt. Sie waren Hausfrau, Bäuerin, Künstlerin, Wissenschaftlerin, Ingenieur oder Priester. Schweighöfer war überrascht, dass diese alten Menschen nicht nur geistig rege, sondern überwiegend auch in verhältnismäßig guter körperlicher Verfassung waren.

Die Idee zu dem Buch kam ihr bei einem Gespräch mit einer ihr seit Langem bekannten Bäuerin und Gastwirtin aus dem Schwarzwald anlässlich deren 100. Geburtstags im vergangenen Jahr. Mit Mathildes Geschichte startet die Serie der Porträts hochbetagter Zeitzeugen. Trotz mannigfacher Schwierigkeiten im Lauf ihres Lebens hat Mathilde ihre Zuversicht und den Glauben an Gott nie verloren. Wie seine Altersgenossen in dieser Runde beobachtet auch der in Oberschlesien geborene Franziskanerpater Hubert Gola die Geschehnisse der Gegenwart mit Sorge und Unverständnis. Er verwirft die hektische Glückssuche, die heute so viele Menschen umtreibt. Über den Konsumrausch der Europäer kann er nur den Kopf schütteln. „Schluss mit Spaß!“, fordert er: „Was soll der ganze Blödsinn! Das ist doch nicht der Sinn des Lebens!“

Lebensmotto: das Beste daraus machen

Den 1914 in Naumburg geborene Fritz Tuche bezeichnet die Autorin als wandelndes Geschichtsbuch. Er hat die politischen Entwicklungen vor und nach dem Zweiten Weltkrieg bis zum Ende des DDR-Regimes hautnah miterlebt. Beatrice de Cardi aus London, die mit zahlreichen Ehrungen ausgezeichnete große alte Dame der britischen Archäologie, blickt auf eine für eine Frau ihrer Generation außergewöhnliche berufliche Laufbahn zurück. Die mit 105 Jahren älteste Zeitzeugin ist die letzte Trägerin ihres Namens mit korsischem Ursprung. „Jeder Mensch braucht im Leben etwas, das ihn ganz besonders fasziniert“, sagt Beatrice.

Für Antworten auf die eingangs aufgeworfenen Fragen hat die Autorin in reichlichem Maß gesorgt. Jeder biografischen Skizze wurde ein Kernsatz als Motto vorangestellt. Herauskristallisierte Lebensweisheiten sind in den einzelnen Reportagen im Schriftsatz hervorgehoben. In einträchtigem Miteinander findet sich hier Abgedroschenes neben feinsinnigen Varianten der Goldenen Regel, die niemals zum Gemeinplatz werden können: „Übt euch in Milde – was hart ist, bricht.“ Jeder Geschichte folgt ein nachdenkliches Schlusswort der Autorin, worin sie sich selbst mit einbringt. Ihre Reflexionen sind als Anregung für die Leser gedacht, sich Gedanken über ein paar wesentliche Dinge zu machen, etwa über die eigene Haltung zu Geld und Besitz: Ist mein Überfluss an Besitz nicht eigentlich Ballast? Alle alten Menschen verbindet die Einsicht, dass es hilfreich ist, sich in die Modalitäten des Lebens zu schicken und das Beste daraus zu machen.

Was hier zwischen zwei Buchdeckeln anschaulich in kurzer Form präsentiert wird, ist ein Konzentrat aus den zwangsläufig sehr unterschiedlichen Schicksalen von Menschen, die in 100 Jahren Inflation, Krieg und Friedenszeiten durchlebt und durchlitten haben. Dabei waren sie in einen so rasanten kulturellen Wandel eingebunden wie keine Generation vor ihnen. Schon allein deshalb ist Kerstin Schweighöfers Buch bemerkenswert. *Dagmar Jestrzemski*

***Kerstin Schweighöfer: „100 Jahre leben. Welche Werte wirklich zählen“,** Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg 2015, gebunden, 367 Seiten, 20 Euro*



Totalitäre Bedrohung angedeutet

Klaus Hornung über Politischen Islam und Politische Korrektheit

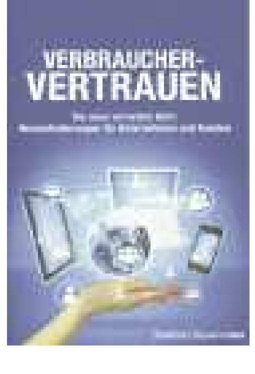
Wie wir alle wissen, war das 20. Jahrhundert das Zeitalter größter politischer Extreme: Auf der einen Seite gewannen die Menschen in manchen Ländern mehr Freiheiten als je zuvor, auf der anderen gelangten einige der schlimmsten Diktatoren der Weltgeschichte (Hitler, Stalin, Mao) an die Macht. Allerdings stellt sich die Grundfrage „Freiheit oder Despotie“ heute noch genauso drängend, obwohl wir uns nun bereits in der Mitte des zweiten Jahrzehntes des 21. Jahrhunderts befinden. Insofern ist das diesem Antagonismus gewidmete und deshalb entsprechend betitelte Buch von Klaus Hornung durchaus aktuell. Immerhin wird zunehmend mehr Leuten klar, wie sehr uns die Doppelbedrohung durch den Politischen Islam und die Politische Korrektheit wieder in die alte Entweder-oder-Situation zurückwirft, die mit dem Ende des Kalten Krieges ausgestanden schien.

Hornung, bis 1992 Professor für Politikwissenschaften an der Universität Stuttgart-Hohenheim und unter anderem Präsident des christlich-konservativen Studienzentrums Weikersheim, befasst sich dabei nicht vorrangig mit den heutigen Spielarten des Despotismus und deren toxischer Wirkung auf die freiheitlich-demokratische Gesellschaft. Schließlich enthält sein Buch nur Texte aus der Zeit zwischen 1976 und 2007 – beginnend mit der Analyse relevanter Aussagen von Alexis de Tocqueville und Karl Marx und endend mit einem Aufsatz über die totalitäre Bedrohung der westlichen Welt, in dem er dann zumindest schon ansatzweise prophezeit, in welch üblen Schlamassel uns der mit DDR-Methoden geführte „Kampf gegen Rechts“ und der auf dem Vormarsch befindliche Islam reißen werden.

Die Lektüre des Werkes lohnt vielleicht nicht ganz durchgängig, aber doch über weite Strecken. Zumal Hornung viel Kluges über Sicherheitspolitik und das bürgerliche Selbstverständnis zu sagen hat. So sah er schon im Jahre 1988 voraus, dass die Bundeswehr in eine Situation kommen wird, in der sie verstärkt an der Friedenssicherung rund um die Welt mitwirken soll, aber über keine vernünftige materielle Basis mehr verfügt, weil der orientierungslos gewordene Wohlfahrtsstaat BRD immer größere Summen zur Alimentierung nichtproduktiver Gruppen Einheimischer und Fremder verwendet.

Desgleichen weist der Politologe schlüssig nach, wie wenig die heutigen Sozialwissenschaften mit ihrer US-amerikanisch geprägten theoretischen Fundierung und linksintellektuellen Ausrichtung dazu geeignet sind, das Bewusstsein des modernen europäischen Bürgers zu formen. Und tatsächlich sollte dieser eher zu Hornungs Buch greifen als zu den Elaboraten von technokratischen „Sozialingenieuren“, für die die christlich-abendländische Ethik ein unbekanntes Terrain darstellt. *Wolfgang Kaufmann*

***Klaus Hornung: „Freiheit oder Despotismus. Die Erfahrung des 20. Jahrhunderts“,** Gerhard Hess Verlag, Bad Schussenried 2015, broschiert, 287 Seiten, 18 Euro*



Wie Unternehmen ihre Kunden täuschen

Michael Freytag lässt verschiedene Autoren ziemlich abstrakt über Verbrauchervertrauen und -misstrauen fachsimpeln

Ein anspruchsvolles Buch, in dem das Wort „Vertrauen“ eine zentrale Rolle spielt, neben dem Wort „Sicherheit“:. Michael Freytag hat als Schufa-Chef 24 Autoren ausgewählt, um dieses Thema kritisch aus diversen Perspektiven zu beleuchten. Tom Sommerlatte verweist im ersten Aufsatz auf die starke Hebelwirkung des Faktors „Vertrauen“ und diskutiert die fünf Werte – Kommunikation, Zuverlässigkeit, Wertschätzung, Perspektive, Affinität –, die für die „Schaffung eines Vertrauensklimas“ unerlässlich seien.

Wie hässlich auch das „Vertrauen“ sein kann, zeigt ungewollt Arved Lüth in seinem Beitrag „Transformationsgestalter: Vom toxischen zum ganzheitlichen Wirtschaften“. Lüth predigt die „Große Transformation“ und bezieht sich allzu vertrauensselig auf die Enzyklika „Laudato Si“ von Papst Franziskus. Aber nein, „der Klimawandel ist (k)ein globales Problem mit schwerwiegenden Umwelt-Aspekten“!

Der „Klimawandel“ ist ein „Neigungswandel“ und existent, seit die Erde sich um die eigene Achse wie um die leuchtende Sonne dreht. Das CO_2-Molekül ist schon gar kein toxisches Klima-Gas, kein „Klima-Killer“, sondern ein unverzichtbares Spurengas für das Leben aller grünen Pflanzen, den für alles Leben wichtigen Primär-Produzenten. Es hat keinerlei Bezug zum Wetter mit seinen täglich und jahreszeitlich wechselnden Temperaturen. Was nicht auf das Wetter einwirkt, kann per Definition nicht auf das Klima einwirken. Dabei hat Lüth aufgerufen zum „Bereit sein zum Lernen“. Das sollte auch für ihn gelten.

Ein bedeutsames Kapitel behandelt Matthias Kammer mit „Vertrauen mit weniger Gewicht im Internet“. Wenn auch die fortschreitende Digitalisierung der modernen Welt nicht zu stoppen sei, so gingen von ihr große Gefahren aus: „Fakt ist jedoch auch, dass in Zeiten der massenhaften Ausspähung durch Geheimdienste, der ständigen Enthüllungen rund um die Thematik und der permanenten Angriffe aus dem Netz auf Bürgerdaten“ Misstrauen angesagt sei, zumal auch der Staat aktiv Daten abgreife und nicht für den Bürger die „Rolle eines beschützenden Organs“ wahrnehme. Nicht von ungefähr stellt Kammer fest: „Längst greift der Begriff Datenschutz zu kurz. Das Ziel muss höher gesteckt werden: Stärkung unserer Freiheitsrechte. Sonst ist das ureigene Persönlichkeitsrecht bedroht.“

Von den insgesamt sechs Großkapiteln widmet sich das fünfte dem „Identitätsschutz für mündige Verbraucher“. Darin werden auch technische Grundregeln gegeben, wie Laien gefälschte Websites identifizieren und ob wir Algorithmen vertrauen können. Mechthild Heil behandelt „Das Rad des Vertrauens und seine Speichen“. Aber auch der Datenschutz brauche eine digitale Revolution, wie die Schlagworte „Cloud Computing“, „Industrie 4.0“ und „Coco Cloud“ andeuten sollen. Hier sind die Politik und auch die Justiz gefordert, die jedoch mit dem technischen Fortschritt schwerlich mithalten können, sodass die Einführung, laufende Kontrolle, Dokumentation und Prüfung dieser Prozesse zu einem aufwendigen und schwerfälligen Verwaltungsapparat zu drohen werde. Von einem „bürokratischen Albtraum ohne technischen Tiefgang“ ist die Rede.

In „Vertrauen entsteht durch Werte“ macht Hans-Jürgen Papier eine nachdenkliche Analyse: „Schon heute reguliert und determiniert eine immer weiter steigende Flut von neuen Gesetzen, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften“ des Bundes, der Länder und der EU bis ins Detail hinein. Dies erfordere immense Kosten im Bereich von Bürokratie und Rechtspflege, wobei ein gewaltiges „Vollzugsdefizit“ existiere. Damit schwinde das Rechtsbewusstsein der Bürger, wüchsen Verdrossenheit und Resignation. Das geforderte „Vertrauen“ kann so nicht gedeihen, zumal der Verweis auf Artikel 1 Absatz 1 des Grundgesetzes „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ wenig konkret ist und es sich zeige, dass die Menschenwürde zur „kleinen Münze des Verfassungsrechts“ degeneriere.

Das Buch ist ziemlich abstrakt und theoretisch orientiert und keine Lektüre, mit der man das Einschlafen fördert. Es wäre etwas für die Politik, denn da herrschen die größten Defizite, aber Politiker leiden unter chronischem Zeitmangel. *Wolfgang Thüne*

***Michael Freytag (Hg.): „Verbraucher-Vertrauen. Die neue vernetzte Welt: Herausforderungen für Unternehmen und Kunden“,** Frankfurter Allgemeine Buch, Frankfurt 2015, gebunden, 277 Seiten, Euro 29,90*

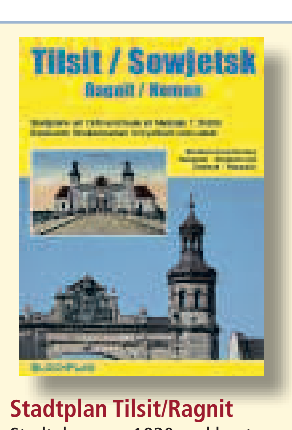


Peter Hahne
Finger weg von unserem Bargeld!
Wie wir immer weiter entmündigt werden
Obdachlosenspende und Taschengeld künftig per Kreditkarte? Jeder Kauf registriert? Das Bargeld soll abgeschafft werden, damit Staat, Banken und Versandhandel jederzeit lückenlos nachprüfen können, wie wir unser Geld ausgeben. Geht's noch? Der Stasi neue Kleider! Unseren Kindern soll das Paradies der Großen Ferien drastisch verkürzt werden, damit sie besser in den „workflow" der Eltern passen. Steuerverdächtige werden im Internet an den Pranger gestellt und sollen gefälligst ihre Unschuld beweisen. Und der Gender-Wahn zerstört nicht nur Menschen, auch unsere Sprache. Das ist nicht in Ordnung. Das ist unser Land, unsere Gesellschaft, das sind unsere Werte, die da vor die Hunde gehen. Peter Hahne fordert auf, Stellung zu beziehen. Gegen die täglichen Zumutungen, gegen Verdummung und Unmenschlichkeit. Für Engagement, für selbstbewusste Toleranz, für ethisch-verantwortliches Handeln. Wir müssen uns einmischen. 124 Seiten
Nr. P A1055 Gebunden **10,00 €**

Armin Müller-Stahl
Dreimal Deutschland und zurück
240 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A0940 12,99 €

„Mein ganzes Leben lang habe ich eine Heimat gesucht. Immer nach Westen: Tilsit, Prenzlau, Berlin, München, Los Angeles – wo der Westen sein Ende hat. Doch dann ist da dieses eigentümliche Gefühl im Frühling, wenn ich auf die Ostsee schaue: Da geht mir das Herz auf!" Zum 25. Jahrestag der Wende wirft Armin Mueller-Stahl, am 17. Dezember 1930 in Tilsit geboren, einen Blick zurück auf das Land, das viele Länder war und ihm doch Heimat geblieben ist: Kaum ein Schauspieler ist in Deutschland so beliebt wie Armin Mueller-Stahl. Und kaum einer hat Deutschland in so vielen Facetten erlebt und durchlitten wie er. Hier erzählt er von Flucht, Ausbürgerung und Verrat – aber auch von Erfolg, Ruhm und höchsten Anerkennungen.

Stadtplan Königsberg 1931 und Kaliningrad heute
Stadtplan von 1931 und heute im Maßstab 1 : 10.000. Russische Straßennamen in Kyrillisch u. Latein. Straßenverzeichnisse Dt.-Russ./Russ.-Dt.
Nr. P A0614 Karte 5,95 €



Stadtplan Tilsit/Ragnit
Stadtplane um 1930 und heute im Maßstab 1 : 10.000. Russische Straßennamen in Kyrillisch u. Latein. Straßenverzeichnisse Dt.-Russ./Russ.-Dt.
Nr. P A0615 Karte 5,95 €

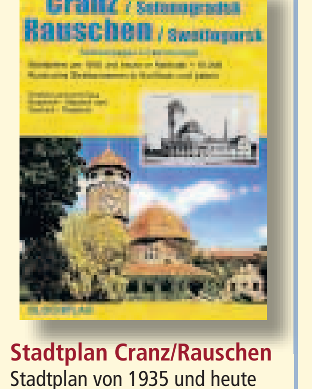
Eugen Roth
Ein Mensch – Heitere Verse
Es ist genau diese Sammlung von Versen, die Eugen Roth zum Durchbruch verhalf. Mit einem Umschlagmotiv von Philip Waechter erscheinen die heiteren Verse jetzt in neuem Gewand. Und oft erkennt man sich selbst zwischen den Zeilen wieder, wenn Eugen Roth seine Helden mit feinem Humor die Höhen und Tiefen des Alltags erleben lässt. 88 S.
Nr. P A0973 Gebunden **8,90 €**

Stadtplan Gumbinnen
Stadtplan von 1936 und heute im Maßstab 1 : 12.000. Russische Straßennamen in Kyrillisch u. Latein. Straßenverzeichnisse Dt.-Russ./Russ.-Dt.
Nr. P A0616 Karte 5,95 €

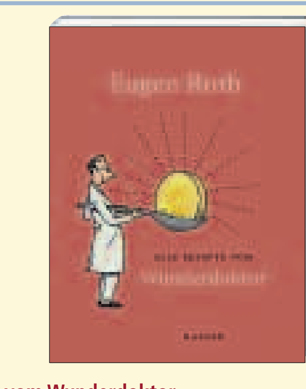
Stadtplan Insterburg
Stadtplan von 1932 und heute im Maßstab 1 : 12.000. Russische Straßennamen in Kyrillisch u. Latein. Straßenverzeichnisse Dt.-Russ./Russ.-Dt.
Nr. P A0617 Karte 5,95 €

Nord-Ostpreußens Südosten Insterburg – Gumbinnen – Rominter Heide – Trakehnen
Maßstab 1 : 100.000. Russische Ortsnamen in Kyrillisch u. Latein. Hist. Ortsnamen 1938 bis 1945
Nr. P A0695 Karte 8,95 €

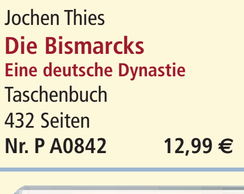




Stadtplan Cranz/Rauschen
Stadtplan von 1935 und heute im Maßstab 1 : 10.000. Russische Straßennamen in Kyrillisch u. Latein. Straßenverzeichnisse Dt.-Russ./Russ.-Dt.
Nr. P A0739 Karte 6,95 €



Eugen Roth
Alle Rezepte vom Wunderdoktor
Ob Sonnenbrand oder Blinddarm, Schwindel oder Herzenspein - Eugen Roth hat für jede Diagnose die richtige Therapie. Seine heilsamen und vorbeugenden Verse weisen ihn einmal mehr als ironisch-liebevollen Menschenkenner aus. Mit röntgengleichem Blick rückt er den Leiden und Wehwehchen der Mitmenschen auf den Leib. 200 Seiten
Nr. P A0974 Gebunden **9,90 €**



Jochen Thies
Die Bismarcks
Eine deutsche Dynastie
Taschenbuch
432 Seiten
Nr. P A0842 12,99 €

Die Bismarcks sind eine der großen deutschen Familien. Erstaunlich, dass über sie – abgesehen vom Reichsgründer – so wenig bekannt ist. Der Journalist und Historiker Jochen Thies erhielt als einer der Ersten Zugang zu den Nachlässen der fünf Enkel, er erforschte die tragische Lebensgeschichte von Herbert von Bismarck und kommt selbst bei der Kindheit und Jugend Otto von Bismarcks zu neuen Erkenntnissen. Ein Muss für jeden, der die deutsche Vergangenheit und Gegenwart verstehen will. Jochen Thies, geboren 1944 in Rauschen in Ostpreußen arbeitete als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Historischen Institut in London. Er war Redenschreiber von Bundeskanzler Helmut Schmidt, Ressortleiter Außenpolitik der Tageszeitung „Die Welt".



Nord-Ostpreußens Samland Königsberg – Cranz – Rauschen – Pillau
Maßstab 1 : 100.000. Russische Ortsnamen in Kyrillisch u. Latein. Hist. Ortsnamen 1928 bis 1945
Nr. P A0740 Karte 8,95 €

Nord-Ostpreußens Norden vom Kurischen Haff bis zur Szeszuppe
Maßstab 1 : 100.000. Russische Ortsnamen in Kyrillisch u. Latein. Hist. Ortsnamen 1928 bis 1945
Nr. P A0869 Karte 8,95 €

Nord-Ostpreußens Mitte vom Kurischen Haff bis zur polnischen Grenze
Maßstab 1 : 100.000. Russische Ortsnamen in Kyrillisch u. Latein. Hist. Ortsnamen 1928 bis 1945
Nr. P A0876 Karte 8,95 €

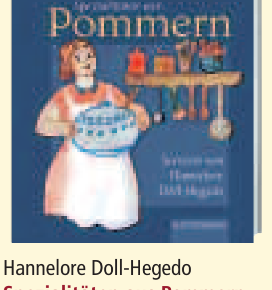
Rund um das Frische Haff Königsberg bis Elbing Braunsberg bis Bartenstein
Maßstab 1 : 100.000. Russische Ortsnamen in Kyrillisch u. Latein. Historische Deutsche Ortsnamen.
Nr. P A1013 Karte 8,95 €



Katharina von Savigny (Herausgeberin)
Man kann sein Unglück auch versäumen
Eugen Roth für alle Lebenslagen
„Ein Mensch schaut in der Zeit zurück und sieht: Sein Unglück war sein Glück". Heitere Gedichte und Verse von Eugen Roth. 160 Seiten
Nr. P A0975 Gebunden **12,50 €**

Christine Brückner
Weil der Krieg unsere Seelen frisst
Wie die blinden Flecken der Vergangenheit bis heute nachwirken
Nr. P 7951 14,99 €

Als Kinder erlebten sie Luftangriffe, Flucht, Vergewaltigung und den Tod naher Angehöriger. Heute, über sechzig Jahre nach Kriegsende, kehren die Erinnerungen mit Wucht zurück. Auch die Nachkommen sind betroffen. Bestsellerautorin Hilke Lorenz erzählt vom Schmerz, der bis heute in den Familien andauert. Das Leid, das der Zweite Weltkrieg verursacht hat, wirkt nach, auch in die nächste Generation. Viele Kriegskinder haben ihre traumatischen Erlebnisse unbewusst an ihre Kinder weitervererbt. Hilke Lorenz schreibt über die blinden Flecken der Vergangenheit, die es in fast jeder Familie gibt, und über den Versuch, das Schweigen zu überwinden. 224 Seiten.



Hanna Grandel
Spezialitäten aus Schlesien
gewürzt mit Anekdoten
In einem jahreszeitlichen Reigen zusammengestellte Rezepte schlesischer Spezialitäten wie Suppen, Fisch- und Fleischgerichte, Beilagen, Salate, Mehl- und Eierspeisen, Süßes u. Backwerk. 84 Seiten
Nr. P 4010 Gebunden 12,95 €

Hannelore Doll-Hegedo
Spezialitäten aus Pommern
gewürzt mit Anekdoten
Mit typischen Spezialitäten aus der pommerschen Küche: Fisch-, Geflügel- und Fleischgerichte, Suppen, Kartoffelgerichte, Süßspeisen, Kuchen und Gebäck sowie typische Getränke. 82 Seiten
Nr. P 3021 Gebunden 12,95 €

Kaffeebecher Pommern
Porzellanbecher mit Wappen „Greif"
Nr. P A0809 12,95 €

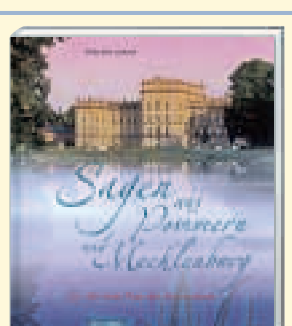


Heinz Schön
Pommern auf der Flucht 1945
Rettung über die Ostsee aus den Pommernhäfen Rügenwalde, Stolpmünde, Kolberg, Stettin, Swinemünde, Greifswald, Stralsund und Sassnitz
Mehr als 2,5 Millionen Deutsche wurden kurz vor Ende des Zweiten Weltkrieges von der deutschen Marine vor einem elenden Schicksal bewahrt. In diesem Buch fasste der Autor Heinz Schön die Ereignisse seiner jahrzehntelangen Recherchen darüber zusammen. Im Zeitraum von nur drei Monaten – von Mitte Januar bis Ende März 1945 – gelang es im größten Rettungswerk der Seekriegsgeschichte, deutsche Flüchtlinge vor dem Zugriff der Roten Armee zu beschützen. Viele Flüchlingstrecks aus Ost- und Westpreußen retteten sich in die pommerschen Hafenstädte, um von dort über die Ostsee in den Westen Deutschlands zu gelangen. Auch die pommersche Bevölkerung war viel zu spät von den Nazis informiert worden, dass sie ihre Heimat würde verlassen müssen. An Hand von Zeitzeugenberichten schildert das Buch ausführlich die Situation in der acht Pommernhäfen. 444 Seiten.
Nr. P A0429 Gebunden **19,90 €**



Edeltraut Wagner
Omi, erzähl' von früher
Jugenderinnerungen einer Ostpreußin
60 S/W-Abbildungen.
320 Seiten/Gebunden mit SU
Nr. P 533153 14,95 €

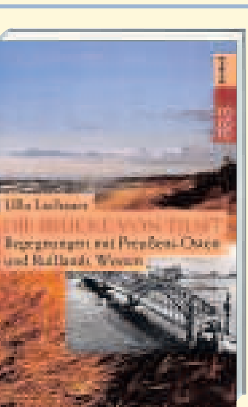
Edeltraut Wagner wurde 1923 in dem kleinen ostpreußischen Dörfchen Kubillen (ab 1938 Nordenfeld), Kreis Goldap, geboren. Dort wuchs sie zusammen mit zwei Schwestern auf dem elterlichen Bauernhof auf. Am 19. Oktober 1944 setzte der Beginn einer abenteuerlichen Flucht vor den Russen der Idylle ein Ende. Hier hat Edeltraut Wagner ihre Kindheits- und Jugenderinnerungen aufgeschrieben. Sie handeln von ihrer Familie, ihrer Schulzeit in der kleinen Dorfschule und dem Leben mit den Tieren. Auf spannende und lebendige Weise berichtet die Autorin unter anderem von Ausflügen in die Rominter Heide, nach Trakehnen und an den Marinowo-See.



Sagen aus Schlesien
Das Besondere an dieser Ausgabe sind die den Sagen beigegebenen Informationen, die helfen, die Orte der Sagen zu lokalisieren.
136 Seiten/Gebunden
Nr. P 575624 7,95 €

Sagen aus Pommern und Mecklenburg
Das Besondere an dieser Ausgabe sind die den Sagen beigegebenen Informationen, die helfen, die Orte zu lokalisieren.
136 Seiten/Gebunden
Nr. P 575691 7,95 €

Fahne Pommern
Die Fahne ist bedingt wetterfest.
Format 150 cm x 90 cm
Nr. P 9955 Fahne **12,50 €**

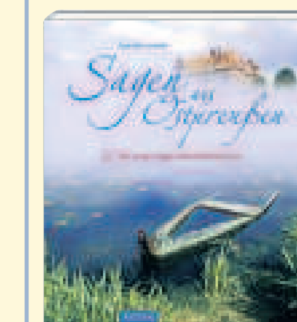




Ulla Lachauer
Die Brücke von Tilsit
Begegnungen mit Preußens Osten und Russlands Westen
400 Seiten/Taschenbuch
Nr. P 1827 9,95 €

Mitten in Europa ein weißer Fleck. Wer heute die einst am besten bewachte Grenze der Sowjetunion hinter sich gelassen und den Weg über die Memel-Brücke ins frühere Tilsit genommen hat, muss sich fühlen, wie auf einer Reise zu einem anderen Planeten. Denn die Geschichte der Ostpreußen, die 1944/45 von hier vertrieben wurden, ist unwirklich fern, fast schon vergessen. Von dem Schicksal der Sieger, die hier ein neues Leben begannen, ist nahezu nichts bekannt. Vorsichtig nähert sich Ulla Lachauer den so unterschiedlichen, untereinander doch verwandt gewordenen Lebenswelten: denen der Siedler von heute und damals. Eine Zeitreise verknüpft mit eigenen Reiseerlebnissen.





Marion Lindt
Spezialitäten aus Ostpreußen
gewürzt mit Anekdoten
Mit vielen ostpreußischen Spezialitäten wie Suppen, Fisch- und Fleischgerichte, Eintöpfe, Kartoffelgerichte, Mehl- und Eierspeisen, Süßes zum Nachtisch, Backwerk u. Seelenwärmer. 104 Seiten
Nr. P 1052 Gebunden 12,95 €

Ernst-Otto Luthardt
Sagen aus Ostpreußen
Das Besondere an dieser Ausgabe sind die den Sagen beigegebenen Informationen, die helfen, die Orte der Sagen zu lokalisieren.
136 Seiten/Gebunden
Nr. P 575584 7,95 €



Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Angst vor dem »Wahl-O-Maten«

Schwerin – CDU und SPD blokkieren die Internet-Plattform „Wahl-O-Mat“ zur Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern. Dort können Benutzer ihre Meinung zu 38 Fragen der Landespolitik eingeben. Am Ende teilt ihnen der „Wahl-O-Mat“ mit, welcher Partei sie am nächsten stehen. Wie der „Focus“ berichtet, fürchtet vor allem die CDU, dass ihre Positionen zu nahe an denen der AfD liegen könnten. *H.H.*

Netzportal für Meinungsfreiheit

Berlin – Der bekannte Anwalt Joachim Steinhöfel zieht gegen willkürliche Sperrungen bei „Facebook“ zu Felde. Dafür hat er eine Seite im Netz eingerichtet, auf der Personen, die sich ungerechterweise von „Facebook“ gesperrt fühlen, ihren Fall öffentlich machen können: https//facebooksperre.steinhoefel.de/. Steinhöfel kritisiert, dass durch zahlreiche Sperrungen die Meinungsfreiheit sabotiert werde. Einige Beispiele stehen bereits auf der Seite. *H.H.*

ZUR PERSON

Bollwerk gegen die Moderne

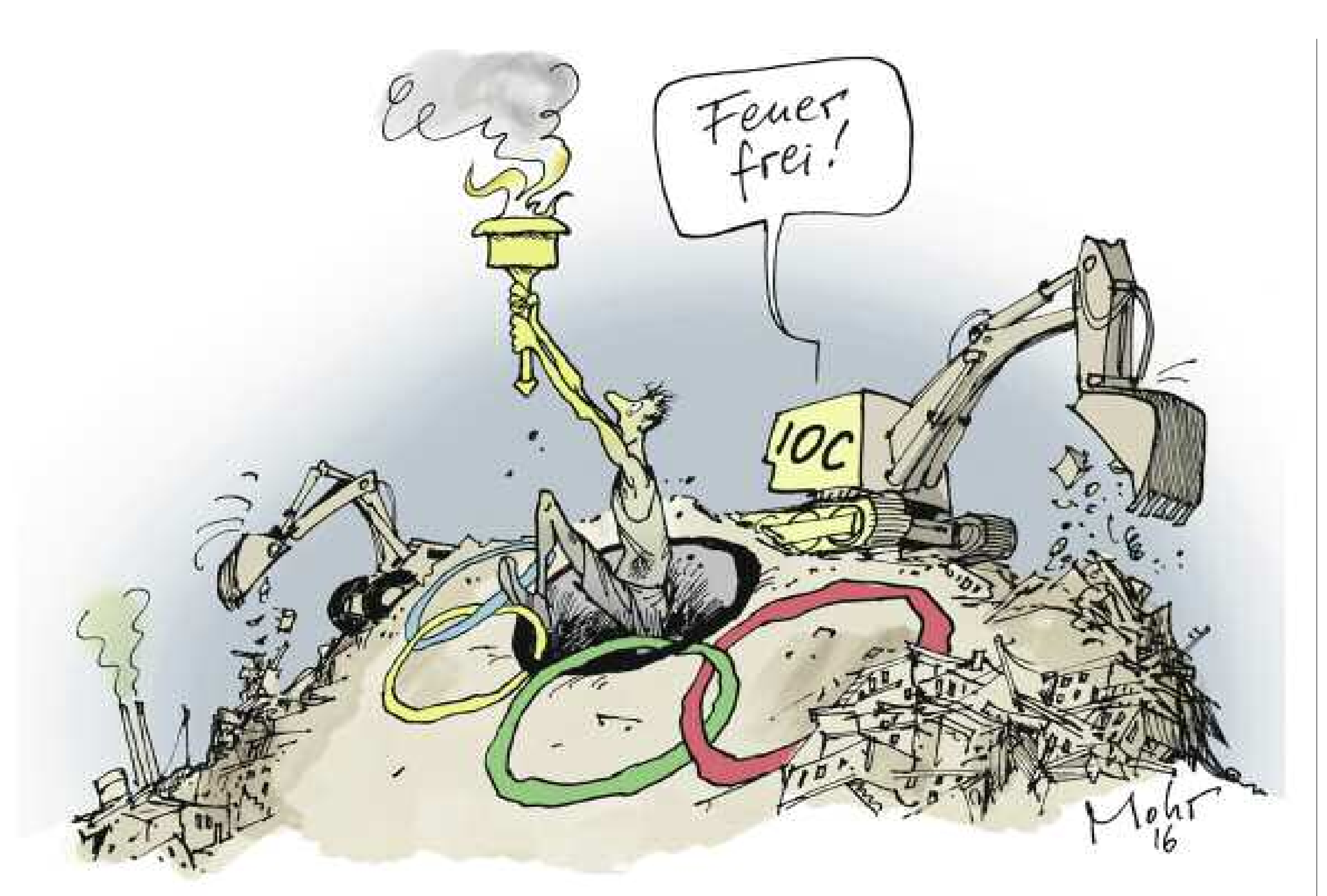
Tsunami-Katastrophe, Fukushima, Erdbeben von Kobe – die Heisei-Zeit stand bislang unter keinem guten Stern. Heisei (zu Deutsch: Frieden überall) ist die kalendarische Zeit in Japan, das sich offiziell im Heisei-Jahr 28 befindet und das mit dem Jahr begann, als Tenno **Akihito** in Tokio den Chrysanthementhron als Nachfolger seines verstorbenen Vaters Hirohito bestieg.

Doch die Japaner müssen sich wohl bald auf eine neue Zeitrechnung einstellen. In seiner zweiten Videobotschaft an sein Volk – bei der ersten spendete er tröstende Worte nach dem Tsunami von 2011 – deutete Akihito seinen Rücktritt an: „Ich bin besorgt, dass es für mich schwierig werden kann, meine Pflichten als Symbol des Staates auszuüben.“

Es sind wohl gesundheitliche Gründe, die den 2012 am Herzen operierten 82-Jährigen zu dieser ungewöhnlichen Ansprache bewogen haben. Da Akihito sich nicht in die Politik einmischen darf und die vorzeitige Abdankung eines Tennos nur durch eine Gesetzesänderung möglich ist, kann er den Thron nicht selbst an seinen Sohn Naruhito übergeben und nur in Andeutungen über einen Rücktritt sprechen.


Bild: William Ng

Akihito gilt als besonnener Tenno, der immer die Nähe zum Volk sucht. Hatte schon sein Vater nach dem Zweiten Weltkrieg der Göttlichkeit entsagt, auf welcher die Autorität der 2700 Jahre zurückreichenden Herrscherdynastie beruht, so untermauerte Akihito dies, indem er 1959 eine Bürgerliche ehelichte. Auch wenn der Tenno seit dem Krieg keine politische Macht mehr besitzt, so ist er doch moralisches Gewissen des Volkes und Bewahrer der shintoistischen Tradition und Kultur. So verehren viele Japaner Akihito als pazifistische Instanz, die gegen die militärische Aufrüstung und nationalistische Strömungen im Land eintritt. *H. Tews*



Glück auf!

Es ist die Hirnrinde!

Wo Forscher die Wurzel der Gewalt fanden, wie Gabriel sich vom Acker macht, und wie mit dem Asylstrom doch noch Geld verdient wird / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Die Deutschen kommen einfach nicht zur Ruhe. Eine nicht enden wollende Reihe von Nachrichten über Messerstechereien und andere Gewaltübergriffe sorgt dafür, dass die Erinnerung an die schreckliche Anschlagserie ständig aufgefrischt wird.

Die Verunsicherung umfasst die gesamte Gesellschaft, von den sogenannten „Eliten“ bis hinunter zum Normalvolk. Damit endet die Gemeinsamkeit von oben und unten aber auch schon. Denn während die Durchschnittsdeutschen eine ziemlich präzise Vorstellung davon haben, woher die Gefahr rührt, sind die „Eliten“ immer noch händeringend auf der Suche nach politisch-korrekten Ersatz-Auslösern der Gewaltwelle.

Eine besonders beliebte Ausweichroute ist die Behauptung, dass so etwas jedem passieren könnte, weil Gewaltneigung oder Frauenverachtung gleichmäßig über alle Kulturen verteilt seien. Um das zu belegen ist es wichtig, angebliche Ursachen auszugraben, die mit Kultur oder Religion auf keinen Fall zusammenhängen können.

So lesen wir im Intelligenzblatt „FAZ“, dass der Grund für die jähen Exzesse junger Leute in der Pubertät liegen könne. Im Übergang zum Erwachsensein komme es nämlich zu einem „Umbau im Kortex, in der Hirnrinde, (der) dazu führt, Nervenstränge auch in dieser Region ... elektrisch zu isolieren“. Das hätten britische Forscher erst neulich herausgefunden, und weiter: „Mit den Myelin-Ummantelungen können die Nerven effizienter und schneller miteinander kommunizieren“, dadurch würde „eine Reihe von Genen aktiviert“, die man bisher mit der „Ausbildung von Schizophrenie und Depression in Verbindung brachte“.

Ja, Donnerwetter! Ist das nicht rasend interessant? Was war noch mal die Frage, die derzeit die Menschen so umtreibt? Hieß sie nicht: Woher rühren die Exzesse von Paris über Brüssel bis nach Ansbach und Würzburg?

Falsch! Die Frage lautete: Wie bringe ich es zustande, mit möglichst wissenschaftlichen Worten von den religiösen und kulturellen Ursachen einer offensichtlich religiös und kulturell motivierten Gewalt-Explosion abzulenken – religiös meint: Hass auf alle Nichtmuslime, kulturell: Verachtung unserer modernen, abendländischen Lebensweise.

Dass junge Männer aufbrausender sind und im Schnitt auch häufiger kriminell werden, vor allem gewaltkriminell, als reifere Leute, ist eine Binsenweisheit. Die Neigung zum Rabatzmachen ist gewissermaßen die Regel, mit der sich die bluttriefenden Ausnahmen, die Europa erschüttern, aber keineswegs erklären lassen. Zumal die Einpeitscher, die hinter dem radikal-islamischen Terror stehen, ihre Pubertät längst hinter sich haben.

> Dass ausgerechnet der SPD-Chef an Merkels Asylpolitik zu mäkeln anfängt, zwingt zum Grinsen

Ärgerlicherweise lässt sich die Mehrheit der Deutschen durch solche Ablenkungsmanöver kaum noch in die Irre führen. Die Leute wissen, dass „Wir schaffen das“ krachend gescheitert ist. Das hat Sigmar Gabriel mitbekommen und sucht nun einen Pfad, über den er sich aus dem Rampenlicht der besinnungslosen „Willkommenskultur“ davonstehlen kann. Ist Ihnen übrigens aufgefallen, dass kaum noch jemand das Wort „Willkommenskultur“ in den Mund nimmt? Es sei denn, mit sarkastischem Unterton? Eben, also höchste Zeit, das Weite zu suchen, um Abstand zu gewinnen zur „Willkommens-Kanzlerin“.

Gabriel zieht über Merkel her: „Einfach nur sagen, wir schaffen das, reicht ja nicht. Man muss es auch machen.“ Man muss „es“ also auch machen. Und was meint er mit „es“? Die Union habe es versäumt, die Voraussetzungen für Integration zu schaffen, weil sie das Geld dafür nicht rausgerückt habe, mosert der SPD-Chef.

Ach so, „die Union“ hat es demzufolge versäumt, dem Axtschwinger von Würzburg seinen fanatischen Glauben und sein jahrtausendealtes paschtunisches Sittengesetz mit den sehr speziellen Begriffen von Ehre, Reinheit, Blutrache mal eben abzuerziehen, weil sie zu geizig war. Gabriel meint demnach tatsächlich, man könne derart tiefsitzende kulturelle Gegensätze im Schnellgang abbauen, wenn man nur ein paar mehr Euronen auf den Tisch legt. Das ist schon fast putzig.

Dass ausgerechnet der SPD-Chef an „Wir schaffen das“ herumzumäkeln beginnt, ist ohnehin ein echtes Sahnestück. Vor einem Jahr noch wollten sich besonders die Sozialdemokraten von niemandem überbieten lassen, wenn es darum ging, jedwede Kritik am ungezügelten Massenzustrom verbal niederzutrampeln. Uns brummen „Pack“, „Pöbel“ und „Mischpoke“ noch laut genug in den Ohren, um Gabriels plötzlicher Kritik an Merkels gedankenlosem Willkommens-Feldzug mit einem milden Grinsen zu begegnen.

Jetzt warten wir noch, bis auch Daimler-Chef Dieter Zetsche auf Distanz zur CDU-Vorsitzenden geht. Der hatte angesichts des Asylstroms gejubelt: „Genau solche Leute suchen wir doch!“ Wir glauben es uns selbst kaum, aber das ist erst elf Monate her — und der Mann führt seit zehn Jahren einen Weltkonzern. Will er Gabriel folgen, müsste Zetsche zetern, dass „die Union es versäumt hat, die Leute, die wir doch suchen, in zehn Monaten vom Analphabeten zum Ingenieur auszubilden“. Ja, sowas auch!

Warum zieht diesen Figuren eigentlich keiner die Ohren lang? Weil praktisch die gesamte „Elite“ des Landes damals vollkommen neben der Kappe lief. Da ist schlicht keiner dabei, der den anderen jetzt die Leviten lesen könnte, ohne mit dem Finger auf sich selbst zeigen zu müssen. Deshalb bohren sie sich gegenseitig in der Nase auf der Suche nach Kleinigkeiten, nach dem kleinen Zusatz-Irrtum im ganz großen Gesamtversagen.

Die Hoffnung auf wirtschaftlichen Mehrwert durch die Asylsucher will man in Berlin trotz aller Enttäuschungen nicht völlig aufgeben. Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) hat sich daher etwas ausgedacht, wovon nicht nur sämtliche Mitglieder irgendeiner Minderheit, also auch alle Asylsucher, profieren sollen, sondern womit sich auch zigtausende Anwälte und Lobbyisten eine goldene Nase verdienen können.

Nicht wie bisher bloß die Opfer, sondern auch Antidiskriminierungsverbände und -stellen sollen laut ADS gegen angebliche Fälle von Diskriminierung klagen dürfen. Die könnten dann „auf der Suche nach angeblichen Diskriminierungen durch Deutschland ziehen und Heerscharen von Juristen beschäftigen“, prophezeit Unionsfraktions-Vize Michael Fuchs. Und warum ist die ADS so scharf darauf? Fuchs weist darauf hin, dass einer der Autoren des Vorschlags ein Grünen-Politiker sei, der „sein Geld ansonsten mit der Beratung von Antidiskriminierungsstellen“ verdiene.

Aha. Übrigens sollen laut Fuchs nach dem Wunsch der ADS künftig sogar Dritte für Diskriminierungen haftbar gemacht werden, das heißt, wie der Politiker entsetzt schlussfolgert: „Wenn ein Mieter einen anderen Mieter rassistisch beleidigt, muss der Vermieter dem Diskriminierungsopfer Schadenersatz zahlen.“ Das wird dem Wohnungsmarkt ganz bestimmt auf die Sprünge helfen.

ADS-Leiterin Christine Lüders hat diese Woche noch einen weiteren Pfeil aus dem Köcher gezogen. Ähnlich wie für Frauen und Behinderte will sie der Wirtschaft eine Mindestquote für Immigranten in Führungspositionen aufdrücken.

Das haben wir schon geahnt, nachdem sie die Frauenquote durchgedrückt hatten: Dies war erst der Anfang. Nach und nach werden die Antidiskriminierungs-Funktionäre eine Quote nach der anderen erzwingen. Irgendwann spielt es keine Rolle mehr, ob jemand qualifiziert ist, sondern nur, ob er einer bestimmten Gruppe angehört und einen guten Anwalt hat, der seine „Diskriminierung“ in Gold zu verwandeln weiß.

Man wird das Gefühl nicht los, dass einflussreiche Kreise daran arbeiten, das deutsche Wirtschaftswunder zu wiederholen, nur diesmal rückwärts: So rasant das Land damals aus der Asche emporstieg, so rasch soll es jetzt wieder abstürzen.

MEINUNGEN

*Angesichts der türkischen Massenkundgebung in Köln räumt **Jakob Augstein** ein, dass die linke Forderung nach massenhafter **doppelter Staatsbürgerschaft der falsche Weg** war. „Wir haben uns geirrt“, schreibt er auf „Spiegel-online“ (4. August) und stellt fest:*

„Geschichte, Tradition, Wurzeln – nichts geht verloren, wenn man eine neue Staatsbürgerschaft annimmt und die alte ablegt. Die Nachfahren der Iren und die Italiener, die nach Amerika ausgewandert sind, haben weder ihre Geschichte noch ihre Tradition noch ihre Wurzeln verloren, auch wenn sie heute Amerikaner sind. Nur wer den Bürger als Konsumenten sieht und den Staat als Dienstleister, für den machen mehrfache Staatsbürgerschaften tatsächlich Sinn. Sie vereinfachen das Leben. Man kann sie dann sammeln wie Kundenkarten von Kaufhäusern oder Tankstellen.“

*Was **typisch deutsch** sei, beschreibt der deutsch-russische Schriftsteller **Wladimir Kaminer** in der „Bild“-Zeitung (8. August):*

„Die Deutschen sind weitsichtig, zukunftsorientiert, sie denken viel darüber nach, was kommt, und bemerken vieles nicht, was längst da ist.“

*Der Biologe und Journalist **Axel Robert Göhring** räumt im Autorenportal „Tichys Einblick“ (8. August) mit der Illusion auf, unsere moderne Gesellschaft kenne weder **Ressentiments** noch **„Heilige Kühe“**. Es seien eben nur andere als früher:*

„Ideologien und Zeitgeister leben nicht nur von ihren Heiligen Kühen, sondern auch von ihren Feindbildern. Zu Zeiten, in denen Kaiser, Kirche und Militär heilig waren, hasste man andere Rassen, andere Länder, andere Konfessionen und andere Religionen. Heute, da alles nicht-europäische oder -westliche von den Zeitgeistrittern für sakrosankt erklärt wird, hasst man eben die eigene Kultur, sogar das eigene Land.“

*Der IT-Unternehmer **Bernd Liske** untersucht in einer Generalabrechnung mit der deutschen Gegenwart in den „Deutschen Wirtschaftsnachrichten“ (6. August) die **Qualität des politischen Personals** der Bundesrepublik:*

„Ihre Laufbahn vollzieht sich in Parallelwelten von Strukturen mit ganz eigenen Leistungsanforderungen. So kommt es dann, dass sie ihr Geld mit Gaukeleien vor den Kulissen der Parteiprogramme verdienen, die potemkinschen Dörfern gleich dem Volk die Hoffnung auf ein Leben geben, dass sich im Realen aber immer weiter von ihren Träumen entfernt. Sie folgen Regieanweisungen, die ihre künstlerische Freiheit auf das gerade zu bespielende Stück begrenzen.“

*Im „Focus“ (6. August) beschreibt **Helmut Markwort** die **Stimmung** vieler **„konservativ-heimatloser“ Wähler**, die ihm in Gesprächen, „vor allem außerhalb von Bayern“, begegne:*

„Merkel auf keinen Fall mehr, sagen sie, und schwanken zwischen Daheimbleiben, FDP und — AfD. Die Alternative AfD flüstern sie erst, wenn sie sicher sind, dass keiner zuhört und dass ich ihren Namen verschweige ... die AfD ist die größte Fehlerquelle für die Umfrager.“